

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK



Foto: Adrienne Gerhäuser

■ ATOMARER GAU IN JAPAN UND LANDTAGSWAHLEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG UND RHEINLAND-PFALZ:

Kräfteverschiebungen im bürgerlichen Parteiengefüge

Mit der Katastrophe in Fukushima wurde Realität, was die Befürworter der Kernenergie noch immer verharmlosend als Restrisiko bezeichnen. Ein völlig überforderte Betreiber, Tepco, der mit primitivsten technischen Mitteln versucht die Auswirkungen der Atomkatastrophe einzudämmen. Beschäftigte, zum Teil als Leihkräfte angeheuert, die ohne ausreichende Ausrüstung und ohne Information über die Gefahren in den todbringenden Einsatz geschickt werden. Eine hilflose, von den Informationen und den Maßnahmen des Betreibers abhängige Regierung, die versuchen musste, das Ausmaß der Katastrophe herunterzuspielen. Zugleich war sie nicht in der Lage, effektive Hilfe für die von der Natur- und Atomkatastrophe Betroffenen in die Wege leisten. Das Schicksal einer ganzen Region, des Großraums Tokio mit 35 Millionen Einwohnern, wurde durch den GAU von einem Tag zum anderen abhängig von Windrichtungen und Niederschlägen. Der Glaube an die Beherrschbarkeit der Kernenergie wurde nach Harrisburg und Tschernobyl erneut durch die Tatsachen widerlegt.

Die Ereignisse in Japan haben noch andere Tatsachen in das Licht der Öffentlichkeit gerückt: Die Schlamperei mit der seit Jahrzehnten die Atomkonzerne ihre Meiler betreiben. Unfälle und Störfälle wurden von den Betreibern vertuscht und von der Regierung gedeckt, wobei Tepco, der größte japanische Stromkonzern, auch hier die Spitzenposition einnimmt. Japan hat als moderne Wirtschafts- und Export-

nation fast ausschließlich auf eine Stromversorgung durch Kernenergie gesetzt. Die Bedeutung einer sicheren Energieversorgung für die kapitalistische Produktion spiegelt sich wider in der ökonomischen Macht und dem politischen Einfluss der Energiekonzerne. Nicht nur in Japan, auch in der Bundesrepublik lassen Regierungsentscheidungen diesen Einfluss deutlich werden, wie der Beschluss zur Laufzeitverlängerung für die Atommeiler.

Votum gegen die Kernenergie

Noch im Herbst hatte die Kanzlerin die Landtagswahl in Baden-Württemberg zur Abstimmung über das Projekt Stuttgart 21 deklariert. Wenn die Proteste gegen das Bahnprojekts beherrschen würden, dann hätte Mappus Chancen die Wahlen zu gewinnen und könne die schwarz-gelbe Koalition fortsetzen, so die taktischen Überlegungen. Tatsächlich wurden die Landtagswahlen zur Abstimmung über die Energiepolitik der Bundesregierung.

Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren ist die Wahlbeteiligung

NATO-Angriff auf Libyen

Gesellschaftlicher Wandel in Ägypten

Interview: Chefduzen

Tarifrunde der Länder 2011

Große Koalition bei Hartz-IV-Reform

Funktionsverbote für Metaller

Zur Wahl in Hamburg

† Wolfgang Müller



nicht gesunken, sondern um 10 Prozent gestiegen und das obwohl das Misstrauen gegenüber den parlamentarischen Parteien nicht ab, sondern weiter zugenommen hat. Das Gefühl durch ihre Stimmabgabe Einfluss auf Entscheidungen der Bundesregierung nehmen zu können, trieben zahlreiche Nichtwähler an die Urnen und bescherten den Grünen ihre Wahlerfolge. Dieser Effekt war nur beim Thema Energiepolitik möglich. Auf den Feldern der Außenpolitik (Stichwort Afghanistan-Einsatz) wie auch in der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik unterscheiden sich die Vorstellungen der Unionsparteien höchstens in Nuancen von denen der SPD oder der Grünen. Nur auf dem Feld der Energiepolitik standen sich die Konzepte von rot-grün und schwarz-gelb auch alternativ gegenüber.

Der Gau in Fukushima hat der Stimmung gegen die Atompolitik der Bundesregierung Auftrieb verliehen, auslösend war er nicht. Das Wiederaufleben der Anti-AKW-Bewegung – die Demonstrationen im Herbst 2010 und der erstarkte Widerstand in Gorleben – waren erste Signale gegen den »Ausstieg aus dem Ausstieg«. Der war für viele Wähler offensichtlich nur die Fortsetzung der seit Amtsantritt der Koalition betriebenen Klientelpolitik. Die sollte den Energiekonzernen zusätzliche Gewinne sichern. Die ältesten, längst abgeschriebenen, Atomanlagen erwirtschaften pro Meiler einen Gewinn von einer Million Euro täglich. Und für diese Gewinne wurde eine von der rot-grünen Bundesregierung bereits mit der Atomwirtschaft vereinbarte Ausstiegsregelung wieder gekippt.

Die plötzliche Kehrtwende von CDU, CSU und FDP nach dem GAU in Japan wurde von der Bevölkerung überwiegend als Wahlkampfakt gewertet. Die für zunächst drei Monate geplante Abschaltung der alten Meiler signalisierte jedoch zugleich die Schwächen der Koalitionsparteien, die ihren energiepolitischen Kurs nicht einfach fortsetzen konnten. Das mobilisierte zusätzlich. Viele WählerInnen wollten mit ihrer Stimmabgabe ein Zeichen setzen: für eine endgültige Kehrtwende in der Energiepolitik.

Die FDP kämpft ums Überleben ...

Bereits unmittelbar nach der Bundestagswahl 2009 begann der unaufhörliche Sinkflug der FDP. Als konsequenter, sprich rabiater, Interessenvertreter des Bürger- und Kleinbürgertums hatte sie mit dem Versprechen »umfassender Steuersenkungen und Erleichterungen für den Mittelstand«

15 Prozent der Stimmen errungen. Der »große Wurf« endete mit den Steuererleichterungen für Hoteliers und bestätigte das Bild von den Liberalen als plumpe Lobbypartei für ihre Spender und Wähler. Seitdem dümpelt die FDP bei Umfragen und Wahlen an der 5-Prozent-Hürde. Die Niederlage bei den Landtagswahlen stürzte die Partei nun in eine Existenzkrise.

Dem Generalsekretär Lindner kann der Ausstieg aus der Kernenergie plötzlich nicht schnell genug gehen. Der Parteivorsitzende Westerwelle musste zurücktreten. Gesundheitsminister Rösler soll ihn beerben. Und dem zukünftigen Führungspersonal fällt plötzlich auf, dass sie ihre liberalen Vorstellungen und Ziele auf einen reinen Wirtschaftsliberalismus verengt hätten.

Die Kehrwenden, die nun vollzogen werden sollen, sind nicht der Einsicht, sondern der nackten Existenzangst geschuldet. Die Felder einer anderen Energie- und Umweltpolitik oder einer liberalen Innen- und Rechtspolitik aber sind schon von den Grünen besetzt. So bleibt vom angekündigten Neuanfang nur der Versuch, durch das Auswechseln von Personen der Partei ein neues Image zu verpassen. An der Politik der Steuerversprechungen muss die FDP festhalten, will sie nicht den eigenen Mitgliedern und den verbliebenen Wählern auch noch vor den Kopf stoßen. Selbst über eine Wende in der Energiepolitik besteht in der FDP keine Einigkeit. Die Befürworter der Atomindustrie melden sich momentan, angesichts der Katastrophe in Japan und der Wahlschlägen, nur nicht so laut zu Wort.

... die CDU/CSU um den Erhalt ihrer Regierungsfähigkeit

CDU und CSU fürchten vom Abwärtsstrudel der FDP mitgerissen zu werden. Mit nicht einmal 40 Prozent in ihrem Stammland Baden-Württemberg und einer FDP, die an der 5-Prozent-Hürde zu scheitern droht, sind die nächsten Bundestagswahlen für die jetzige Koalition nicht zu gewinnen. Die Unionsparteien mussten außerdem zur Kenntnis nehmen, dass die Grünen nicht nur aus dem Lager der Nichtwähler, sondern auch aus dem Milieu von CDU und FDP Stimmen gewinnen konnten.

INHALT · Heft Nr. 2 · 10. Mai 2011 · Jg. 52

Militärische Intervention der NATO in Libyen	5
Gesellschaftlicher Wandel in Ägypten	8
Ägypten: Reformen nach dem Volksaufstand	11
Interview: Chefduzen	14
Zur Tarifrunde der Länder 2011	18
Aktionstag der Berliner GEW	21
Erneut große Koalition bei der Hatz-IV-Reform	22
Funktions- und Versammlungsverbote für Kasseler Metaller	25
Zur Wahl in Hamburg 2011	28
† Wolfgang Müller	30

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
 »GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
 Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Die Krise der FDP lässt zwar die Differenzen innerhalb der Union in den Hintergrund treten. Doch der Rückzug von Friedrich Merz und vor kurzem von Roland Koch waren Signale für die Unzufriedenheit auf dem konservativen und dem Wirtschaftsflügel der Union mit der Regierungsführung durch Merkel. Die Mittelstandsvereinigung der CDU kritisiert diese seit langem. Die Bundeskanzlerin schaue bei ihren Beschlüssen zu sehr auf die Gunst der Wähler und vernachlässige die Interessen der Wirtschaft und Industrie. Dies gelte auch bei der jetzt überhastet eingeleiteten Kehrtwende in der Energiepolitik.

Aber die Wahlergebnisse lassen der schwarz-gelben Koalition kaum eine andere Möglichkeit, als die bisher verfolgte Linie in der Energiepolitik aufzugeben, wollen sie ihre Wahlchancen für die anstehenden Landtagswahlen und die Bundestagswahl 2013 nicht verspielen. Die Sicherheit aller Meiler wird erneut überprüft und eine Ethikkommission wird über die Möglichkeiten eines schnelleren Ausstieges aus der Kernenergie beraten. Dieser Ausstieg soll, so Merks Vorschlag, im breiten gesellschaftlichen Konsens mit den Bundesländern, der Opposition, den Gewerkschaften und den Vertreter von Industrie- und Energiekonzernen beschlossen werden. Der Versuch, die Verlängerung der AKW-Laufzeiten über die Köpfe des Bundesrates und der Opposition durchzupauken, ist gescheitert. Sollte aber ein Ausstieg aus der Kernenergie im breiten Konsens beschlossen werden, dann fielen auch für die schwarz-grüne Koalitionsoption auf Bundesebene eine entscheidende Hürde.

SPD verliert und feiert sich als Sieger – wegen der Verluste der Regierungsparteien

Die SPD konnte aus der Schwierigkeiten der angeschlagenen Regierungsparteien keinen Nutzen ziehen. In Baden-Württemberg landete die SPD auf Platz drei; die Grünen stellen in der zukünftigen Landesregierung den Ministerpräsidenten. Und in Rheinland-Pfalz verlor die Partei über 10 Prozent der Stimmen. Kurt Beck ist auf erstarkte Grüne als Koalitionspartner angewiesen. Da die Wahlen eine Abstimmung über die Energiepolitik war, votierten die Wähler für das Original, für die Grünen. Nicht zu Unrecht wird ihnen der Ausstieg aus der Atomenergie zugeschrieben, während die SPD unter Kanzler Schröder für die Einschnitte bei der sozialen Absicherung (Hartz IV) stehen.

Der SPD gelingt es nicht, die durch die Regierungspolitik von Schröder verprellten Wähler zurückzugewinnen. Auch in der Opposition kann sie ihren Kurs in der Sozialpolitik nicht aufgeben oder auf den Kopf stellen. Den Ruf als »Anwalt der kleinen Leute« hat sie wohl dauerhaft verloren. Eine Alternative zum Kurs der Regierung Merkel stellt die SPD nicht dar. Die Regierungsentscheidungen bei der »Bankenrettung« und bei der »Stabilisierung des Euro« hat sie ebenso mitgetragen wie zuletzt die vom Bundesverfassungsgericht verordnete Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze, die zu einem Feilschen um eine Erhöhung von fünf oder acht Euro wurde. Der Einfluss der SPD auf den Kurs der Gewerkschaften sichert deren Stillhalten bei den parlamentarischen Absprachen zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien, von denen die Linkspartei ausgeschlossen bleibt.

Linkspartei verfehlt den Einzug in die Landesparlamente deutlich

Zu den eindeutigen Verlierern der Wahlen gehört auch die Linkspartei. Das Thema »soziale Gerechtigkeit« spielte im Angesicht der Atomkatastrophe keine große Rolle. So lange es keine Bewegung gibt, mit der sich Belegschaften oder Erwerbslose zur Wehr setzen, wird sich daran zunächst nichts ändern. In der Anti-AKW-Bewegung oder bei den

Protesten gegen »Stuttgart 21« spielte die Linke keine oder nur eine völlig untergeordnete Rolle.

Zwar ist die Linkspartei die einzige parlamentarische Oppositionskraft, die beispielsweise Auslandseinsätze der Bundeswehr oder die Hartz-IV-Regelungen ablehnt, aber das alleine reicht nicht um sich die Unterstützung oder die Stimmen der Betroffenen zu sichern. Es fehlt, wie gesagt, eine Bewegung, die diese Themen auch zum Gegenstand des öffentlichen Interesses und der Berichterstattung werden lässt.

Dass es am Klassenkampf von unten mangelt, dafür kann man die Linkspartei nicht verantwortlich machen. Aber ihre parlamentarische Ausrichtung hindert sie daran, entsprechende Ansätze aufzugreifen und zu fördern. Wo sie, wie in Berlin, in der Regierungsverantwortung sitzt, muss sie als Gegner von Bürgerinitiativen auftreten, wie beim Volksbegehren gegen die Privatisierung der Wasserbetriebe.

Wenig überzeugend wirkt auch die Strategie zur Umsetzung der von ihr aufgestellten sozialpolitischen Forderungen. Die SPD müsse wieder sozialdemokratisch werden, um in einer entsprechenden Koalition den Politikwechsel einleiten zu können. Wer glaubt schon daran, dass die SPD zu ihren »sozialdemokratischen Wurzeln« zurückkehrt? Und welche Existenzberechtigung hätte daneben noch die Linkspartei? Ihr Entstehen in den westlichen Bundesländern verdankt sie ja gerade dem politischen Kurswechsel der SPD, in dem sie das dadurch entstandene politische Vakuum besetzte.

Gestärkte Grüne als moderne Öko-Variante der FDP

Der Höhenflug der Grünen setzt sich in den Meinungsumfragen auch nach Landtagswahlen fort. Sie konnten vor allem in Baden-Württemberg neben der Mobilisierung zahlreicher Nichtwähler auch Stimmen von unzufriedenen SPD-, CDU- und FDP-Wählern gewinnen. Ihre Mitgliedschaft und Wählerbasis repräsentiert im Wesentlichen, was als »gesellschaftliche Mitte« bezeichnet wird: die aufgeklärten, gebildeten und besser Verdienenden. Die stehen zwar nicht in Opposition zur Außen- und Sozialpolitik der Regierung, lehnen aber deren Energiepolitik und in ihren Augen unsinnige Großprojekte wie Stuttgart 21 ab. Vor allem stört sie die Art und Weise ab, wie über ihre Köpfe Entscheidungen gefällt und durchgesetzt werden.

Wie die SPD durch die Lösung der »sozialen Frage« innerhalb der bestehenden Ordnung die Klassenwidersprüche und den Klassenkampf aufheben will, versuchen die Grünen die ökologische Frage zu versöhnen mit dem kapitalistischen Wettbewerb. Der ökologische Umbau der Wirtschaft soll einhergehen mit einer stärkeren Beteiligung der Bürger – anhören, aufgreifen, vermitteln und erst dann entscheiden. Damit soll der weit verbreitet »Politikverdrossenheit« entgegengewirkt und die Akzeptanz parlamentarischer Parteien und Beschlüsse gefördert werden. Als Partei, die aus den Bürgerinitiativen und der Umweltbewegung entstanden ist, verfügen die Grünen in dieser Frage über mehr Glaubwürdigkeit als alle anderen Parteien.

Mit ihrem Programm der ökologischen Erneuerung vertreten die Grünen auch die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen, die im Bereich der erneuerbaren Energien tätig sind. Die fühlten sich, wie auch zahlreiche kommunale Stromanbieter, durch die Laufzeitverlängerung im Wettbewerb mit den großen Stromkonzernen zurückgeworfen und in ihrer Existenz bedroht.

Eine ökologische Erneuerung im Rahmen des kapitalistischen Wettbewerbs erfordert von den Grünen, den wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen auch politisch

Ausdruck zu verleihen. Soziale Verhältnisse, Löhne und Arbeitsbedingungen, spielen traditionell für sie, angesichts der sozialen Herkunft ihrer Mitglieder und Stammwähler, keine Rolle. So gehört die grüne Partei auch zu den eifrigen Befürwortern der Privatisierung von öffentlichen Leistungen und staatlichen Konzernen, wie beispielsweise der Bahn.

Atomausstieg im Konsens – die Stromkonzerne wappnen sich

Dass es kein Zurück zu der von der Regierung beschlossenen Laufzeitverlängerung geben wird, ist allen Beteiligten klar. Mit der dreimonatigen Abschaltung alter Meiler und der Einberufung einer Experten- und Ethikkommission versuchen die Regierungsparteien Zeit zu gewinnen, um die Verunsicherung und die Differenzen in den eigenen Reihen zu überwinden.

Die Regierungskoalition muss ihre politische Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen, will sie nicht schon vor der Bundestagswahl 2013 scheitern. Außerdem sollen die notwendigen Vereinbarungen mit den Stromanbietern durch den Segen »unabhängiger Experten« und durch die Zustimmung der Opposition legitimiert werden. Grüne und SPD werden sich der Suche nach einem gesellschaftlichen Konsens nicht verschließen. Die Regierung habe einen gesellschaftlichen Großkonflikt, der längst befriedet war, erneut geschürt, lautete einer ihrer Vorwürfe angesichts der Laufzeitverlängerung.

Über Dauer und Bedingungen des Ausstiegs aus der »Brückentechnologie« wird aber nicht nur auf der parlamentarischen Ebene entschieden. Ohne die Verbände der Wirtschaft und gegen die betroffenen Energiekonzerne wird es keine Beschlüsse geben. Die haben die Geschütze zur Wahrung ihrer Interessen längst aufgeföhren. RWE klagt gegen den Stilllegungsbeschluss von Biblis, Befürworter und Betreiber der Kernenergie warnen vor Energieengpässen und drastisch steigenden Preisen. Was nütze ein Ausstieg, wenn man danach Atomstrom in Frankreich einkaufen müsse, so eines ihrer vorgeschobenen Argumente.

Der Energiemarkt ist schon seit langem ein europäischer Markt. Die Betreiber erwirtschaften ihre Gewinne durch die Erzeugung und den Verkauf von Strom, nicht durch den Zukauf bei Konkurrenten. Die deutschen Konzerne befürchten ins Hintertreffen zu geraten, wenn die französische oder schwedische Regierung weiterhin die Kernenergie fördern, während in Deutschland die Kosten wegen des schnelleren Ausstiegs und wegen schärferer Sicherheitsanforderungen für die Restlaufzeiten der Meiler steigen. Es wird ein zähes Ringen um die Bedingungen und den Zeitablauf geben. Die deutschen Energiekonzerne werden alles daran setzen, ihre Stellung auf dem Markt zu behaupten und auszubauen. Sie werden sich den Ausstieg wie auch die notwendigen Investitionen in Großprojekte der regenerativen Energieerzeugung teuer bezahlen lassen. Die Verbände der deutschen Wirtschaft unterstützen sie dabei. Denn die Exportindustrie braucht eine sichere, störungsfreie und billige Energieversorgung.

Der Anteil regenerativer Energiegewinnung ist nicht nur in Deutschland im letzten Jahrzehnt kontinuierlich gewachsen. Konzerne wie Siemens, mit seiner Windparktechnologie, oder Großinvestoren im Bereich der Biogas-Gewinnung haben sich zunehmend in diesem Wachstumsmarkt engagiert. Das neu verkündete wirtschaftspolitische Ziel der bürgerlichen Parteien lautet: Wir müssen führend sein bei der Gewinnung alternativer Energien; der neue deutsche Exportschlager soll die Technologie für erneuerbare Energie werden.

Die energiepolitische Wende ist nicht konfliktfrei

Hinter dem polemisch vorgetragenen Vorwurf gegenüber den Grünen, sie verhindere als Partei der Neinsager die energiepolitische Wende, steckt ein realer Kern. Die Interessen der Bevölkerung haben zurück zu stehen, wenn es um Großprojekte der Energiekonzerne (Windparkanlagen, Biogas-Gewinnung, Trassen für Stromleitungen) geht. Die Grünen sollen dies den Betroffenen vermitteln – als notwendigen Beitrag zum Ausstieg aus der Atomwirtschaft und zur Lösung der Menschheitsfrage. Das gilt ebenfalls für die Frage der Endlagerung des Atommülls. Schon zu Zeiten ihrer Regierungsbeteiligung unter Bundeskanzler Schröder hatten sich die Grünen gegen den Widerstand der Bürgerinitiativen im Wendland gestellt.

Auch die finanziellen Kosten, die mit einem Umbau der Energieversorgung verbunden sind, werden sicher nicht den Energiekonzernen und der Wirtschaft aufgebürdet. Bezahlen werden die privaten Verbraucher mit höheren Preisen und die Steuerzahler über Ausgleichszahlungen und Subventionen für die Energiekonzerne. Im breiten Konsens aller gesellschaftlichen Kräfte fällt den Grünen, der SPD und den Gewerkschaften vor allem eine Aufgabe zu: Sie sollen dabei helfen, dass die Kosten der energiepolitischen Wende auch durch Verzicht von der lohnabhängigen Bevölkerung getragen wird.

Politische Kräfte, die ihre Kritik an der Atomwirtschaft verbinden mit einer Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sind in der Anti-AKW-Bewegung momentan eine kleine Minderheit. Die Bewegung bleibt fixiert auf den Atomausstieg; die Frage des Eigentums und der Verfügungsgewalt in der Energiewirtschaft bleibt ausgeklammert – und damit auch die wirtschaftliche Macht und der gesellschaftliche Einfluss privater Energiekonzerne.

4. April 2011 ■

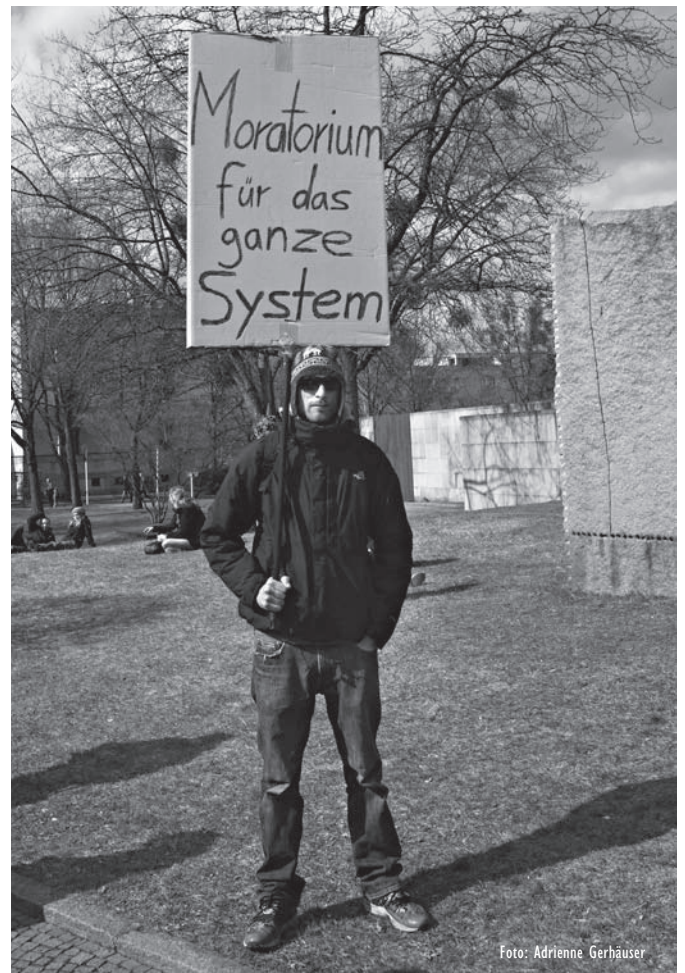


Foto: Adrienne Gerhäuser



■ ZUR SICHERUNG STRATEGISCHER INTERESSEN IN NORDAFRIKA UND IM NAHEN OSTEN:

Militärische Intervention der NATO in Libyen

Vorbemerkung: Die Informationen, die uns über die aktuelle Lage in Libyen zur Verfügung stehen, sind äußerst dürftig und zudem gefiltert durch die Bürgerkriegsparteien und ihre Verbündeten. So lässt sich weder etwas Gesichertes über die soziale Zusammensetzung der Aufständischen, ihre Vorstellungen und Ziele aussagen, noch darüber welche politischen Kräfte oder Parteien unter ihnen zu Beginn des Aufstandes bestimmend waren. Auch die Frage, welchen Rückhalt Ghaddafi in der Bevölkerung besitzt, lässt sich nicht beantworten. Die Bombardements der NATO haben ihn militärisch geschwächt. Offen bleibt, ob er dadurch nicht politisch gestärkt wurde, weil sich größere Teile der Bevölkerung angesichts der Militärschläge der NATO hinter ihn stellen.

Ins Auge fällt allerdings, dass sich die gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen der Erhebung in Libyen erheblich unterscheiden von denen in Tunesien und vor allem in Ägypten. Libyen hat nur gut sechs Millionen Einwohner. Wie in den Golfstaaten besteht die Arbeiterklasse größtenteils aus Arbeitsemigranten, deren Zahl auf 1,5 bis 2 Millionen geschätzt wird. Sie kommen überwiegend aus Ägypten und Tunesien aber auch aus Schwarzafrika und Asien. Mit den Einnahmen aus den Ölexporten konnte der Staat die sozialen Grundbedürfnisse der eigenen Bevölkerung finanzieren, wie beispielsweise kostenlose Bildung, medizinische Versorgung, billigen Wohnraum sowie Witwen-, Waisen- und Altersrenten. Auch wenn sich in den letzten Jahren die Lebensbedingungen für die Masse der Bevölkerung verschlechtert haben (siehe Kasten), Libyen zählt zu den afrikanischen Ländern mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen. Die sozialen Verhältnisse bilden nicht, wie in Tunesien und Ägypten, den explosiven Treibstoff der Revolte.

Stammesstrukturen und regionale Gegensätze prägen die Gesellschaft in Libyen noch immer. Über die Verteilung von Posten und Ämtern entscheiden neben der politischen Loyalität vor allem Stammeszugehörigkeit und Clan-Strukturen. Etwa eine Million Libyer arbeiten im Staatsdienst und profitieren so von den staatlichen Einnahmen aus dem Ölgeschäft. Nach dem Sturz von König Idris durch die Bewegung der »freien Offiziere« wurde eine neue Verfassung eingeführt. Sie verbietet Parteien und legt theoretisch die Macht in die Hände der Volkskomitees. Die wurden mit Stammesvertretern besetzt. Gaddafi gelang es seine Herrschaft abzusichern, in dem er geschickt die verschiedenen Stämme und Volksgruppen gegeneinander ausspielte. »*Anders als in den Nachbarländern Tunesien und Ägypten konnte sich eine strukturierte Zivilgesellschaft unter diesen*

Verhältnissen in Libyen nicht einmal ansatzweise entwickeln.« (FR, 31.3.2011)

Bis 1963 war das Land in drei Provinzen aufgeteilt. Die Stämme und Bewohner der östlichen Provinz Cyrenaika sehen sich in der Verteilung der Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft durch die Zentralregierung benachteiligt, obwohl dort im Syrte-Becken die größten Erdölfelder Libyens liegen und der Export über die Hafenstädte der Provinz abgewickelt wird. Dies ist einer der Gründe, warum gerade in den östlichen Küstenstädten die Revolte ausbrach und relativ rasch zum Zusammenbruch staatlicher Strukturen führte. Im Westen des Landes, in der Provinz Tripolitanien, wo der Gaddafi-Clan seine Stammesherkunft hat, konnten die Aufständischen keine entscheidenden Erfolge erringen.

So mischt sich der Protest gegen despotische Herrschafts- und Entscheidungsstrukturen, wie er auch in anderen arabischen Ländern zum Ausdruck kommt, mit regionalen und Stammeskonflikten. Letztere prägen die Auseinandersetzung und haben faktisch zur Zweiteilung Libyens geführt. Die Zweiteilung des Landes nutzt die NATO für ihr militärisches Eingreifen. Angesichts der vielen, noch offenen Fragen beschränken wir uns auf eine knappe Darstellung der geopolitischen Interessen und Widersprüche und die Gründe für das militärische Eingreifen der NATO.

Imperialistische Nahost-Ordnung

Der engste Verbündete des Westens in der Region ist traditionell die Atommacht Israel. Diese Position kann die israelische Regierung nutzen und ausspielen. Sie erhält letzten Endes auch dann die Rückendeckung der USA, wenn ihre Politik die westlichen Interessen nach einer Befriedung des Nahost-Konfliktes konterkariert, wie die Siedlungspolitik auf der West Bank und die Kompromisslosigkeit gegenüber der palästinensischen Autonomiebehörde.

Die Anerkennung der durch das Bündnis mit Israel bestimmten Ordnung durch die arabischen Staaten bildet den zweiten Eckpfeiler in der Nahost-Politik des Westens unter Führung der USA. Hier kam und kommt Ägypten als bevölkerungsreichstem Land der arabischen Welt eine Schlüsselstellung zu. Dem Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel 1979 folgte bis heute die überwältigende Mehrheit der Mitgliedsstaaten in der arabischen Liga. 1993 erkannte auch die PLO im Rahmen des Osloer Friedensprozesses Israel an und durfte in dessen Interesse die besetzten Gebiete selbst verwalten. Eine der ersten Amtshandlungen der Militärführung nach dem Sturz Mubaraks war folgerichtig die Versicherung, zukünftig alle internationalen Verträge und

Vereinbarungen einzuhalten, insbesondere den Friedensvertrag mit Israel. (siehe Artikel auf Seite 11)

Der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers entzog den arabischen Staaten die Möglichkeit, den weltpolitischen Systemgegensatz für eine eigenständige Entwicklung und eine unabhängige Außenpolitik zu nutzen. Diese bittere Erfahrung musste zunächst das irakische Volk machen. Im Verlauf des ersten Golf-Krieges mit dem Iran (1980 – 1988) hatten die USA und Saudi-Arabien das Regime von Saddam Hussein gegen die »islamistische Gefahr« aus dem Iran unterstützt und aufgerüstet. Als das Regime in Bagdad eigene hegemoniale Ansprüche anmeldete, reagierten die USA prompt. Die Besetzung des Scheichtums Kuwait durch den Irak führte zum militärischen Eingreifen und zum zweiten Golfkrieg im Frühjahr 1991. Zum wichtigsten arabischen Partner in der Koalition zählte damals der schon erwähnte Golf Kooperationsrat (Gulf Cooperation Council, GCC). 2003 folgte mit dem dritten Golfkrieg die endgültige Beseitigung eines unbequemen Regimes durch die militärische Besetzung des Irak.

Nationale oder gar hegemoniale Interessen, die das bestehende Kräfteverhältnis und die Ordnung im Nahen Osten in Frage stellen, werden vom Westen nicht geduldet. Diese Warnung gilt auch weiterhin – sowohl gegenüber dem Iran als auch gegenüber zukünftigen Regierungen in Kairo oder Tunis, sollten sie eine Abkehr von den außenpolitischen Maximen ihrer Vorgänger anstreben.

Diplomatische und propagandistische Nebelwände

Als »humanitäre Intervention zum Schutze der Zivilbevölkerung« rechtfertigt der UNO-Sicherheitsrat seinen Beschluss, mit dem er der NATO eine weit reichende Ermächtigung für das militärische Eingreifen in Libyen erteilte. Der Militäreinsatz diene der Unterstützung der arabischen Demokratiebewegungen gegen ihre Despoten. Diese Argumente finden Zustimmung – nicht nur bei bürgerlichen Journalisten und Politikern, die Außenminister Westerwelle heftig wegen der Enthaltung Deutschlands im Sicherheitsrat kritisieren. Bis weit in die Linke reicht die Unterstützung der NATO-Intervention. »Es gibt keinen anderen Weg, diesen »exzentrischen« Tyrannen los zu werden als mit reiner militärischer Macht. [...] Im Hebräischen sagen wir: derjenige, der anfängt, eine gute Tat zu tun, muss diese auch beenden. Gaddafi muss beseitigt werden, dem libyschen Volk muss eine anständige Chance gegeben werden, um sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Genau so das syrische Volk, die Jemeniten, die Bahrainis und all die anderen.« (Uvi Avnery, Journalist und prominentes Mitglied der israelischen Friedensbewegung)

Ihre eigentlichen Interessen und Ziele versuchen Regierungen in der Regel hinter diplomatischen Formulierungen, moralischen Rechtfertigungen und politischer Propaganda zu verbergen. »Staaten haben keine Moral, sondern Interessen« (Winston Churchill). Diese banale Feststellung gilt auch für das Eingreifen der NATO-Staaten in den libyschen Bürgerkrieg. Dabei widerlegt schon die Haltung der Westmächte gegenüber anderen arabischen Despoten als auch die Art und Weise, wie die »Koalition der Willigen« zu Stande kam, die vorgebrachten Argumente. Für die »Asia Times Online« schreibt der brasilianische Journalist Pepe Escobar unter der Überschrift:

Der Libyen-Deal der USA mit Saudi-Arabien

»Ihr dringt in Bahrain ein. Wir nehmen Muammar Gaddafi in Libyen aus dem Verkehr. Dies, kurz gesagt, ist das Wesen des Handels, der zwischen der Barack Obama-Administration und dem Haus Saud getroffen wurde. Zwei diplomatische Quellen bei den Vereinten Nationen haben unabhängig von-

einander bestätigt, dass Washington über US-Außenministerin Hillary Clinton grünes Licht für Saudi-Arabiens Invasion in Bahrain gab, um die Pro-Demokratie-Bewegung im Nachbarstaat zu vernichten – im Austausch für ein Ja der Arabischen Liga für eine Flugverbotszone über Libyen, dem wichtigsten Grund, der zur Resolution 1973 der Vereinten Nationen führte. Von den 22 Vollmitgliedern [der arab. Liga] waren nur elf anwesend bei der Abstimmung. Sechs von ihnen waren Mitglieder des Gulf Cooperation Council (GCC), dem von den USA unterstützten Club von Königreichen/Scheichtümern des Golfs. Syrien und Algerien waren dagegen. Nur neun von 22 Mitgliedern der Arabischen Liga stimmten für die Flugverbotszone. Die Abstimmung war im Wesentlichen eine vom Haus Saud geführte Operation, mit der sich der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Moussa, bemühte, seinen Lebenslauf für Washington zu polieren, um der nächste ägyptische Präsident zu werden.«

Die Aufstände in Tunesien und Ägypten kamen für den Westen und seine Geheimdienste völlig überraschend, wähten sie doch die mit ihnen verbündeten Regimes sicher im Sattel. Bis zuletzt hielten die westlichen Regierungen an den mit ihnen verbündeten Machthabern fest. Damit diskreditierten sie sich auch bei den Teilen der Opposition, die doch nur für die westlichen Werte (Informations- und Meinungsfreiheit, demokratische Wahlen) auf die Straße gegangen waren. Vor allem die französische Regierung hatte sich völlig diskreditiert, nachdem sie dem tunesischen Diktator ben Ali noch polizeiliche Unterstützung zur Niederschlagung des Aufstandes gewähren wollte.

In Libyen bot sich nun durch die Unterstützung der Aufständischen die Möglichkeit, direkt Einfluss auf die inneren Auseinandersetzungen und die zukünftige Regierungsbildung zu nehmen. Das ließ sich auch noch als Unterstützung der arabischen Demokratiebewegung medial vermarkten. »Gaddafi muss weg« lautete die von westlichen Regierungsvertreter und den Medien erhobene Forderung schon unmittelbar nach dem Ausbruch des Aufstandes. Zwar hatte der Westen das libysche Regime als Geschäftspartner akzeptiert, nachdem es sich vom »internationalen Terrorismus« losgesagt und auf das eigene Atomprogramm verzichtet hatte, aber auf der weltpolitischen Bühne blieb Gaddafi das »Schmuddelkind«, galt als unberechenbar und unzuverlässig. Die Regierung in Tripolis ließ sich nicht in die Nahost-Strategie des Westens unter Führung der USA einbinden. »Allerdings ist es die Unabhängigkeit Libyens, nicht die Natur seines Regimes, die für den Westen unerträglich ist in einer Region von Vasallen, und an dieser Feindseligkeit hat sich kaum etwas geändert in den 42 Jahren, die vergangen sind, seit Gaddafi den feudalistischen König Idris stürzte.« (John Pilger)

Die libyschen Rebellen sind mit Beginn der Militärintervention zu Bodentruppen der NATO geworden. In einer solchen ungleichen Koalition gibt der Stärkere die Ziele vor und bestimmt über die Wahl der Mittel und Methoden zu deren Durchsetzung. Zahlreiche Exil-Libyer mit ihren engen Kontakten zu westlichen Regierungen und Geheimdiensten bekleiden mittlerweile Funktionen in der provisorischen Übergangsregierung in Bengazi. Die Intervention soll nicht, wie von Avnery schreibt, dem »libyschen Volk eine Chance geben, um sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen«. Sie soll, angesichts der Revolten in der arabischen Welt, die geostrategischen Interessen der NATO in der Region absichern.

China, der neue Konkurrent in Afrika

Ein Gesichtspunkt, der bisher in der Öffentlichkeit kaum beachtet und diskutiert wurde, sind die geostrategischen Interessen der USA und der EU gegenüber China. Chine-

sische Firmen haben sich zunehmend in Afrika engagiert. Sie sollen nicht nur den wachsenden Bedarf an Energie und Rohstoffen sichern, sondern auch den wirtschaftlichen und politischen Einfluss Chinas auf dem Kontinent stärken und ausbauen. »Bis zu Beginn des Aufstandes arbeiteten 36.000 Chinesen in Libyen. [...] Nach offiziellen Angaben sind 75 chinesische Firmen in Libyen aktiv; deren Investitionen in Infrastrukturprojekte addieren sich auf 14 Milliarden Dollar. Das staatliche Infrastruktur-Unternehmen China Civil Engineering Construction Corporation (CCECC) gehört mit 4,8 Milliarden Dollar zu den größten Investoren, unter anderem für eine Bahnverbindung entlang der Küste und gigantische Wohnsiedlungen. China und Russland bauen zwei Hauptstrecken der Bahn in Libyen mit einer Gesamtlänge von 2000 Kilometern. [...] In der östlichen Sahara treibt die CCECC ein riesiges Bewässerungsprojekt voran. Die Telekommunikationskonzerne Huawei und ZTE installieren Telekommunikationseinrichtungen. [...] Die China National Petroleum Corporation (CNPC) fördert Öl und baut an einer Pipeline.« (isw, Claus Schreer, 20.3.2011)

Die China National Petroleum Corporation ist auch in erheblichem Umfange an den Konzessionen für die Erschließung und Förderung der Ölfelder im Südsudan beteiligt, einer Region die durch die Bürgerkriege und die Teilung des Sudan umstritten bleibt.

»Der europäisch-amerikanische Überfall auf Libyen [...] ist die Antwort des Westens auf die Volkserhebungen in strategisch wichtigen, ressourcenreichen Regionen der Erde und der Beginn eines Zermürbungskrieges gegen den neuen imperialen Konkurrenten China.« (John Pilger, 9.4.2011 auf antiwar.com)

Gemeinsamkeiten und Widersprüche in der NATO und der EU

Mit dem Wegfall des weltpolitischen Systemgegensatzes ist auch für die NATO-Staaten der Zwang entfallen, als geschlossener Block gegenüber dem Warschauer Pakt aufzutreten und zu agieren. Hinter dem gemeinsam formulierten Ziel eines Regimewechsels in Tripolis können die Mitgliedsstaaten der NATO die aufgetretenen Widersprüche in den eigenen Reihen nur mühsam verbergen. Diese sind Ausdruck differierender, teilweise auch konkurrierender Interessen als auch unterschiedlicher Einschätzungen über die Erfolgsaussichten des militärischen Eingreifens und seiner politischen Folgen in der Region.

In der Europäischen Union drängten vor allem die englische und die französische Regierung auf einen raschen Militärschlag. Traditionell verfügen Frankreich und Großbritannien über enge, aus der Kolonialzeit stammende, wirtschaftliche und politische Beziehungen im nördlichen Afrika. Noch heute ist Frankreich beispielsweise die militärische Schutzmacht im Tschad, dem südlichen Nachbarn Libyens. Mit der, von der Regierung in Paris ins Leben gerufenen Gemeinschaft der Mittelmeerstaaten, sollte der französische Einfluss in der Region gefestigt und ausgebaut werden. Dieser Initiative stand die Bundesregierung ablehnend gegenüber. Sie konnte kein Interesse daran haben, dass Frankreich sich parallel zu den Strukturen der EU ein eigenes Instrument zur Sicherung seines Einflusses in Nordafrika schaffen wollte. Die französische Regierung beanspruchte zunächst die militärische Führung des Einsatzes und sprach sich deshalb gegen eine offizielle Beteiligung der NATO aus, konnte sich damit aber gegenüber den USA und den anderen NATO-Partnern nicht durchsetzen.

Sarkozy und Cameron können den Krieg gegen Gaddafi zusätzlich innenpolitisch gut gebrauchen: Er lenkt die Bevölkerung ihrer Länder vom Angriff auf den sozialen Be-

sitzstand ab. Auch Obama versucht damit in der US-Bevölkerung zu punkten.

Mit der Führung des Einsatzes durch die NATO fällt dem amerikanischen Oberkommando für das Mittelmeer die Leitung der Militäroperation zu. Die USA beteiligten sich zwar anfangs an den Luft einsätzen, zogen sich aber nach zwei Wochen aus der direkten Beteiligung zurück. Die Administration in Washington will angesichts der Kriege im Irak und in Afghanistan und der innenpolitischen Schwierigkeiten die militärischen und finanziellen Belastungen so gering wie möglich halten. Für ihren Einfluss in der Region sind die Beziehungen zu Ägypten und zu den Staaten der arabischen Halbinsel entscheidend.

Die Bundesregierung folgte dem Kurs, der schon vom damaligen Bundeskanzler Schröder gegenüber dem Irakkrieg eingeschlagen wurde. Der deutsche Vertreter im Sicherheitsrat enthielt sich bei der Abstimmung über die Flugverbotszone gemeinsam mit Brasilien, Russland, Indien und China der Stimme. Die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den Ländern der arabischen Welt sollen nicht aufs Spiel gesetzt werden. Deshalb lehnte die Bundesregierung wie auch ihre Vorgänger eine Beteiligung an militärischen Einsätzen im arabischen Raum bisher ab.

Als einziges islamisches Land im NATO-Bündnis beansprucht die Türkei eine Vermittlerrolle zwischen dem Westen und den arabischen Staaten. Sie sei ein demokratisches Vorbild für die arabischen Staaten und liefere den Beweis, dass eine gemäßigt islamische Regierung zugleich auch Garant für die wirtschaftliche und politische Öffnung des Landes gegenüber dem Westen sein könne. Ihre Ansprüche als eigenständige Regionalmacht im östlichen Mittelmeer hatte die Türkei schon durch die Entsendung der Gaza-Flotte unterstrichen. Sie nahm dabei das militärische Eingreifen und die diplomatischen Konfrontation mit Israel in Kauf. Die Türkei beteiligt sich ebenfalls nicht an den Militäraktionen, sondern beschränkt sich auf humanitäre Hilfsleistungen und bietet an, auch in Libyen zu vermitteln.

Folgt nach dem Luftkrieg der Einsatz von Bodentruppen?

Das von allen Partnern verkündete Ziel eines Regimewechsels in Libyen kann die NATO kaum noch fallen lassen. Dabei wissen auch die NATO-Stäbe, dass allein mit der Luftwaffe der Krieg nicht zu gewinnen ist. So müssen zwangsläufig dem ersten Schritt, die nächsten folgen: die weitere Ausrüstung der Rebellen mit modernen Waffen als auch der Einsatz von Bodentruppen. Den würde die NATO, wenn möglich, gern umgehen. Sie fürchtet deren negative Folgen auf die Stimmung der Bevölkerung in den arabischen Ländern.

Faktisch ist Libyen schon geteilt. Die Übergangsregierung in Benghazi wurde von Frankreich und zahlreichen europäischen Staaten anerkannt. Die Übergangsregierung beginnt damit, das im östlichen Landesteil geförderte Öl mit Hilfe des Emirats Katar zu vermarkten, um sich eigene finanzielle Einnahmequellen zu erschließen. Gegenüber der noch amtierenden Regierung in Tripolis hat der Westen ein umfassendes Embargo und das Einfrieren aller Konten (auch der von libyschen Firmen) verfügt. So wäre es auch möglich, den Sturz Gaddafis nicht durch den militärischen Vormarsch der Rebellen bis nach Tripolis, sondern durch materielle und finanzielle Aushungern Westlibyens herbeizuführen.

Über das Schicksal Libyens wird längst nicht mehr allein in Tripolis oder Bengasi entschieden, sondern in Washington, London und Paris.

3. Mai 2011 ■



Gesellschaftlicher Wandel in Ägypten

Wenn eine Macht wankt und schließlich stürzt, die seit Zeiten festgefügt wie Stein erschien, regt sich das Bedürfnis zu erkennen, wie dies nun zustande gekommen ist. So auch Ägypten. Die Revolution von 1952, auch wenn sie ein Offiziersputsch war, genoss die Unterstützung der ägyptischen Bauern und Arbeiter, weniger die der kleinen Zahl von ägyptischen Unternehmern und gar nicht die der ehemalige Kolonialmächte England und Frankreich. Warum wandten sich die nachfolgenden Generationen der Lohnabhängigen von Mubarak als dem Nachfolger Nassers ab, wo er doch im Großen und Ganzen dessen Werk fortführte?

Als die Offiziere Faruk stürzten, lebten in Ägypten etwa 20 Millionen Menschen, etwa ein Viertel der heutigen Bevölkerung. Die vorangegangenen zwei Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise hatten die heimische Industrie begünstigt: Der Niedergang des Welthandels und damit der Importe nach Ägypten ließen die heimische Konsumgüterindustrie aufblühen, die Versorgung der alliierten Truppen im II. Weltkrieg schuf einen zusätzlichen Absatzmarkt für die Betriebe und Arbeitsplätze für landlose Bauern und Arbeiter. 1920 war die Misr-Bank gegründet worden, um Kredite für industrielle Investitionen bereit zu stellen. Die Erdölquellen bei El-Ghardaqa und in Ras Gharib deckten den Energiebedarf des Landes. Die Reform des Steuer- und Zollrechts 1930 verteuerte Fertigwaren-Importe. Der Ersatz importierter Konsumgüter durch heimische Produktion führte zwischen 1945 und 1950 zur Verringerung der entsprechenden Einfuhr um 63 Prozent. Nutznießer dieser Entwicklung waren auch die Großgrundbesitzer, die den Rückgang der Baumwollexporte durch Steigerung der Nahrungsmittelproduktion ausgleichen konnten und ihre Gewinne in der florierenden Konsumgüterindustrie anlegten.¹

Gleichwohl war und blieb Ägypten ein Entwicklungsland. Es überwog die bäuerliche Landbevölkerung im Niltal und Nildelta, die noch 1947 fast zwei Drittel der Erwerbsbevölkerung ausmachte. Es gab eine Minderheit von Großgrundbesitzern, Privatleuten oder religiösen Stiftungen,

die über die erforderlichen Landflächen und das Kapital für moderne, mechanisierte Agrarbetriebe verfügten, und die in der Regel in einer der beiden großen Städte, Kairo oder Alexandria, lebten. Dieser Minderheit stand eine große Mehrheit von über 80 Prozent Kleinbauern (Fellachen) gegenüber, die nur bis zu etwas über einem Hektar Agrarfläche als Eigentum besaßen, von denen jedoch manche Land hinzu pachten konnten. Es dominierten der Anbau von Nahrungsmitteln und von Baumwolle. Zu dieser Zeit konnten die ägyptischen Bauern den Weizenbedarf des Landes, in dem das Brot für die Ernährung der Bevölkerung eine große Rolle spielt, in vollem Umfang decken.

Die große Bourgeoisie Ägyptens war seit jeher mit den französischen und britischen Wirtschaftsinteressen verflochten. Sie stand den Freien Offizieren mit Distanz oder gar Ablehnung gegenüber. Mit der erfolgreichen Verstaatlichung des Suez-Kanals 1956 war die entscheidende Bastion der alten imperialistischen Mächte gefallen. Die Einnahmen flossen dem Staat zu, der daraus industrielle Investitionen finanzieren konnte. Die französischen und britischen Industrie- und Finanzbeteiligungen wurden ebenfalls nationalisiert. Auch dies erhöhte die Staatseinnahmen. Hinzu kam, dass für die höheren Verwaltungspositionen etwa in der Suez-Kanalgesellschaft und den übernommenen Banken und Unternehmen loyales Personal aus dem Offizierskader rekrutiert werden musste. Damit begann die Verschmelzung staatlicher und privater Interessen in den obersten Regionen der Regierung und natürlich auch die damit einher gehende direkte und indirekte Korruption. Im Vordergrund stand allerdings die Reform der ägyptischen Wirtschaft. Zwischen 1952 und 1965 stieg die Industrieproduktion um mehr als das Vierfache. Allerdings blieb die sektorale Struktur unverändert: Zwei Drittel der Wertschöpfung kamen von der Konsumgüterproduktion, die Investitionsgüterproduktion machte nur etwa drei Prozent aus. In der gleichen Zeit wuchs die Bevölkerungszahl an; nicht durch Erhöhung der Geburtenrate, sondern durch Verringerung der Sterblichkeit. Der neue Staat hatte durch Wirtschaftsinvestitionen, durch Gesundheits- und Sozialprogramme, den Bau von Krankenhäusern und Schulen, durch eine Landreform und durch Ausweitung der Stellen im öffentlichen Dienst die Lebenslage insbesondere der

¹ Fouad N. Ibrahim, Barbara Ibrahim, Ägypten, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 2006, S. 127. Es wird hier und in der Folge nicht zwischen Industrien im engeren Sinne, die eine vollmechanisierte Produktion zur Voraussetzung haben, und Manufakturen unterschieden, die von einander abweichende Mechanisierungsgrade aufweisen können.

unteren Klassen der Gesellschaft deutlich verbessert. Eine solche positive Entwicklung gab es in fast allen ehemaligen Kolonial- oder Halbkolonialstaaten, nachdem sie sich ihrer imperialistischen Herrscher entledigt hatten.²

Wie die klassischen europäischen kapitalistischen Industrieländer, konnte auch der ägyptische Kapitalismus sich erst richtig mit erheblicher staatlicher Unterstützung entwickeln. Der Unterschied zu diesen Vorläufern bestand für Ägypten darin, dass die nationale Bourgeoisie aus vielerlei Gründen nicht imstande war, die Entwicklung des Landes zu leiten. Diese Aufgabe übernahmen die Offiziere unter der Führung Nassers – und später, auf der Grundlage der gleichen Strukturen, seine Nachfolger Sadat und Mubarak. Die wachsende Bevölkerung war auf der einen Seite Voraussetzung für die Fortentwicklung der Wirtschaft und für das politische Gewicht Ägyptens in der Welt. Auf der anderen Seite mussten Arbeitsplätze geschaffen werden und die Zunahme einer überwiegend jugendlichen Bevölkerung erforderte riesige Infrastrukturinvestitionen für Bildung und Ausbildung. Bereits 1970 war die Bevölkerungszahl auf 33 Millionen gestiegen, für 2009 wird die Zahl dann mit etwa 83 Millionen angegeben.

Eine bekannte Methode, um sozialen Unruhen vorzubeugen, besteht darin, Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu schaffen. Die Notwendigkeit dazu bestand in manchen Sektoren ohnehin: Es musste Personal für Schulen und Universitäten, Krankeneinrichtungen, für die Staatsverwaltung auf den unterschiedlichen Verwaltungsebenen eingestellt werden. Mit solchen Stellen wurden auch loyale Parteisoldaten der Staatspartei belohnt. Für das Jahr 2003 wurden 6,04 Millionen Beschäftigte im Staatsdienst genannt, die fast zur Hälfte in der Region Kairo tätig waren. Das waren 34 Prozent der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung und die Gehaltszahlungen verschlangen etwa ein Drittel des Staatshaushalts. Um diese Menschen zufrieden zu stellen, müssten die Löhne und Gehälter allerdings den Lebensunterhalt sichern. Und dies ist schon länger nicht mehr gegeben. 2005 erhielt ein junger Universitätsabsolvent im Staatsdienst ein Monatsgehalt von etwa 25 Euro (200 LE³). Für ein Kilo Fleisch müsste diese Person etwa 3 Euro ausgeben. Eine 2- bis 3-Zimmer-Wohnung in Kairo kostet etwa 200 LE Monatsmiete. »Ein Ingenieur im Staatsdienst, der einst ein ansehnliches Gehalt bezog, erhält heute so wenig, dass er es vorziehen wird, sich nach einer Stellung bei einer Privatfirma umzusehen, oder in Zeiten, in denen der Tourismus floriert, weit unter seiner eigentlichen Qualifikation als Kellner in einem Touristenhotel zu arbeiten.« (Ibrahim, S. 87) Wer auch immer zu solchen oder ähnlichen Bedingungen beim Staat angestellt ist, braucht einen zweiten oder gar dritten Job im informellen Sektor, als Taxifahrer, Fremdenführer oder Handwerker, um über die Runden zu kommen.

Zwar sind seit 1952 und insbesondere seit dem Friedensschluss mit Israel neue Erwerbszweige hinzu gekommen: Der Ausländertourismus brachte 1996/97 fast doppelt so hohe Einkünfte wie die Suez-Kanalgebühren, in den letzten beiden Jahrzehnten wurden Zulieferbetriebe inter-

national operierender Unternehmen angesiedelt; 60 Prozent dieser ungefähr 480 Betriebe sind Automobilzulieferer. Etwa 40 Prozent der Industriearbeiter verdienen ihr Geld im Großraum Kairo, wo es eine die Umwelt verpestende Kombination aus Stahl- und Zementwerken, Munitionsfabriken, chemisch-pharmazeutischen Unternehmen, Maschinenbauern, Automontagewerken, Eisenbahnwaggonbau, Werften für Nilschiffe, Textilindustrie und anderen Gewerbebranchen gibt. Aber der Anteil der Beschäftigten in der Industrie ist zwischen 1990 und 2003 zurückgegangen, die Beschäftigung im Handel und Dienstleistungsbereich hat anteilig zugelegt, der Ausländertourismus hat auch das Baugewerbe wachsen lassen. Doch strömen mit jedem Jahr mehr Menschen auf den ägyptischen Arbeitsmarkt als Arbeitsplätze neu entstehen. Das Überangebot an Arbeitskraft drückt auf die Löhne, der Mangel an Wohnraum in den Ballungsräumen führt zu elenden Wohnbedingungen und gleichzeitig zu steigenden Mietpreisen, vor allem seit der Liberalisierung des Wohnungsmarkts 1995.

2004 gab es im Stadtgebiet von Kairo 76 illegale Siedlungen mit geschätzten 2,1 Millionen Bewohnern. Viele junge Familien wohnen in einem einzigen Raum in der Wohnung der Eltern oder Schwiegereltern. Andere schieben die Eheschließung um Jahre hinaus, weil sie keine bezahlbare Wohnung finden. Familien mit geringem Einkommen leben in Kellern, auf Dächern unter freiem Himmel zusammengedrängt unter unhaltbaren hygienischen Bedingungen. Die Aufhebung der unter Nasser eingeführten Mietpreisbindung durch Gesetz im Jahr 1995 hat für die obere Mittelklasse die Situation auf dem Wohnungsmarkt entspannt, jedoch nicht für die Menschen mit niedrigem Einkommen.

Ein Beispiel: Im Jahr 2000 wurde eine Wohnung in einer 1960 gebauten Wohnanlage frei. Diese war vormals für 6 LE vermietet worden. Die neuen Mieter zahlen eine auf 500 LE erhöhte Monatsmiete. Der Mietvertrag läuft über fünf Jahre, die Mietvorauszahlung beträgt 25 000 LE, das sind 50 Monatsmieten. (nach Ibrahim, S. 164 ff.)

So sehen sich viele junge Ägypter zur Emigration gezwungen, entweder vorübergehend in die Ölstaaten am Golf, nach Libyen, oder auf lange Sicht nach Nordamerika oder Europa. Die ägyptische Regierung sprach 2003 von etwa 1,9 Millionen im Ausland lebenden Ägyptern. Aber es gibt keine verlässlichen Erhebungen. Im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in Libyen 2011 war die Rede von 1,5 Millionen ägyptischen Arbeitern, die aus dem Land flüchteten. Inoffizielle Schätzungen rechnen mit zwischen 2,5 und 4 Millionen Arbeitsemigranten.

Den ägyptischen Lohnabhängigen kommt das relativ entwickelte Bildungssystem in ihrem Lande zugute, auch wenn dessen Qualität kritisch betrachtet wird, so zuletzt in einem Bildungsbericht der Weltbank von 2010. Es gibt eine allgemeine Schulpflicht für beide Geschlechter, die aber angesichts der tatsächlichen sozialen Lage der Menschen nicht durchgesetzt werden kann. Das statistische Amt Ägyptens gibt für 2004 einen Durchschnitt von 42 Schülern pro Schulklasse an, jedoch waren Klassen mit 60 Kindern nicht selten. Bereits 1997 wurden zwanzig Prozent des Staatshaushalts für Bildung ausgegeben, aber angesichts des Bevölkerungswachstums hätten von 2000 bis 2010 die illusorische Zahl von 27 000 neuen Schulen gebaut werden müssen, ein Aufwand von rund 60 Milliarden USD.

² Die Lebenserwartung bei der Geburt zwischen 1960 und 1965 lag bei Männern bzw. Frauen bei 51 bzw. 53 Jahren. Bei Geburt zwischen 2000 und 2003 liegt die Lebenserwartung bei 67 bzw. 69 Jahren. Das ist eine gewaltige Entwicklung. Der Vergleich mit entwickelten Industriestaaten wie Deutschland, wo die Lebenserwartung der Geschlechter mittlerweile deutlich über 80 Jahre liegt, zeigt allerdings, was es für die meisten Menschen heißt, in einem Entwicklungsland zu leben. Auch in der Alterspyramide zeigt sich der Unterschied: 2004 waren 37,5 Prozent der ägyptischen Bevölkerung jünger als 15 Jahre; die über 60jährigen beiderlei Geschlechts machten zusammen gerade einmal 5,8 Prozent der Bevölkerung aus.

³ LE = Ägyptische Pfund

Unter diesen Umständen überrascht die hohe Analphabetenrate von um die 40 Prozent nicht. Die Lehrer sind schlecht bezahlt. Um über die Runden zu kommen, müssen sie private Nachhilfestunden geben; das drückt zusätzlich auf die Qualität des Schulunterrichts. Die ägyptische Oberschicht und die obere Mittelschicht, etwa 7 Prozent der Bevölkerung, schickt ihre Kinder auf private Bildungseinrichtungen, von Kindergärten und Vorschulen angefangen bis zu den Hochschulen. Wer es sich leisten kann, ermöglicht den Kindern das Studium an prominenten Universitäten im Ausland, außerdem gibt es kostspielige, angesehene Privatuniversitäten im Lande selbst. Die teuersten Privatschulen in Kairo und Alexandria verlangen bis zu 10 000 USD pro Jahr, so die America School in Kairo und die Deutsche Evangelische Oberschule. Die billigeren Privatschulen kosten pro Jahr etwa 400 USD.

Für die Lebensumstände und die Zukunftsaussichten der kleinen Zahl der reichsten Familien Ägyptens war diese Weiterentwicklung der Gesellschaft seit den sechziger Jahren – auf dem Niveau der fortgesetzten Unterentwicklung – wenig problematisch, solange dieser Zustand stabil blieb. Die durch den Druck der Weltbank in den neunziger Jahren erzwungene Privatisierung von Staatsbetrieben⁴ kam dieser Oligarchie sogar zugute, weil sie zu günstigen Konditionen und mit billigen Bankkrediten in neue Geschäftsfelder einsteigen konnte. Es entstanden privatwirtschaftliche Monopole oder Oligopole, wo sie vorher staatlich gewesen waren, etwa im Eisen- und Stahlsektor. Wichtige öffentliche Firmen, z.B. die Erdölindustrie, die Suez-Kanalbehörde oder die Waffenindustrie blieben in Staatshand und damit weiterhin Pfründen für die politisch-militärische Oligarchie. An dem grundsätzlichen Zustand eines Ausgleichs zwischen privater und staatlicher Oligarchie hatte auch die von Gamal Mubarak ab 2004 forcierte zweite Privatisierungswelle nichts grundlegend geändert. Diese hatte lediglich eine gewisse interne Gewichtsverschiebung zugunsten des privatwirtschaftlichen Teils zur Folge. Die kleine und mittlere Bourgeoisie blieb nach Mubaraks »Reformen« ein-

gemauert in eine monopolistische Wirtschaftsstruktur, in der ihr die Preise für die wichtigen Waren diktiert werden konnten und wo sie niemals eine Chance haben würden, ganz nach oben zu kommen. Die Lohnabhängigen konnten eine Verbesserung ihrer Lage unter keinem denkbaren Gesichtspunkt erwarten: Die Inflationsrate blieb zweifelhaft, die Fähigkeit der Regierung zur Subventionierung der Lebensmittel würde weiter nachlassen, die Löhne würden niedrig bleiben und Streiks würden unter dem weiterhin herrschenden Ausnahmezustand wie in der Vergangenheit von der Staatsmacht gewaltsam unterdrückt oder niedergeschlagen werden. Die Schülerinnen und Schüler, die Studierenden, sie würden in einem schlechten oder teuren Bildungssystem ausharren mit der Perspektive, am Ende der Ausbildung in die Arbeitslosigkeit entlassen zu werden oder sich mit mehr oder weniger qualifizierten Gelegenheitsjobs notdürftig über Wasser zu halten, so wie es die Abgangsemester vor ihnen getan hatten. Dann kam der 25. Januar 2011, der Tag des Zorns, und mit ihm die Hoffnung, Veränderungen bewirken zu können.

Zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Artikels ist noch nicht klar, wohin die Reise wirklich gehen wird. Die Oligarchien kämpfen um den Machterhalt, auch wenn ihnen klar ist, dass sie Einfluss werden abgeben müssen. »Die Straße« hat sich für den Moment zurück gezogen. Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen zwischen den Vertretern der großbürgerlichen und mittel- und kleinbürgerlichen Klassen und der militärischen Spitze statt, die im Moment über ökonomische und politische Kompromisse verhandeln. In diese Verhandlungsposition wäre die Klein- und Mittelbourgeoisie niemals gekommen, hätte nicht die breite Bevölkerung mit ihren Demonstrationen den dafür erforderlichen Druck aufgebaut. Das wird ihr schlecht vergolten, wie ein Kabinettsbeschluss vom 23. März 2011 erweist, der am 3. April 2011 bekannt wurde. Danach sollen Demonstrationen und Streiks, die private oder öffentliche Betriebe beeinträchtigen, mit Gefängnis und hohen Geldbußen bestraft werden. Geht es nach den Vertretern der bürgerlichen Klassen, so werden die Träger der ägyptischen Protestbewegung, die Lohnabhängigen, die Kleinbauern und deren Kinder, am Ende mit leeren Händen da stehen und erneut den Kampf um ihre sozialen und politischen Interessen aufnehmen müssen. Aber auch die bürgerlichen Kreise um Amr Mussa, El Baradei oder die Muslimbrüder sollten sich keinen Illusionen hingeben: Wenn die Oligarchen die Angst vor »der Straße« verloren haben, werden sie in den Verhandlungen sehr hartleibig werden. 4.4.2011 ■

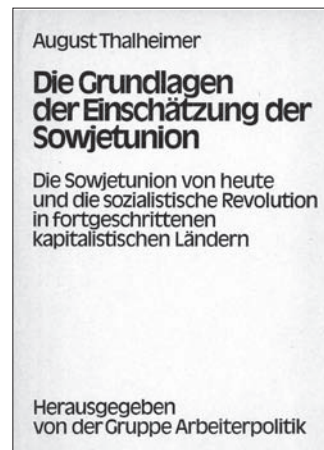
⁴ Ein mit der Weltbank abgestimmtes Privatisierungsprogramm war Voraussetzung für den Erlass von 10 Milliarden USD ägyptischer Staatsschulden. Im Jahre 1998 sollte die Privatisierung abgeschlossen sein; tatsächlich waren nur 17,5 Prozent der im Gesetz zur Privatisierung vorgesehenen Betriebe tatsächlich in den Privatsektor überführt worden und davon einige nur durch Scheinverkäufe an Belegschaften, die in Wirklichkeit nie Eigentumsrechte erlangten, oder an andere Staatsbetriebe.



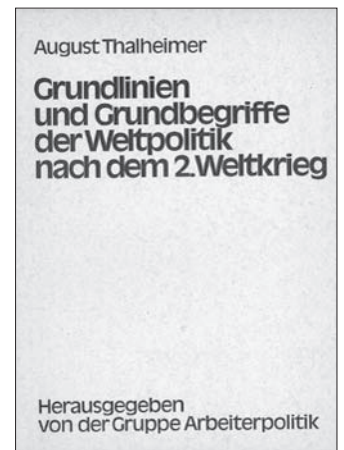
Faschismus in Deutschland I
Analysen und Berichte der KPD-O
von 1928 – 1933,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1973
296 Seiten A5 | Broschur | 8,00 EUR



Westblock – Ostblock
Internationale monatliche Übersichten
von August Thalheimer 1945 – 1948,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992
460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR



August Thalheimer
**Grundlagen der Einschätzung
der Sowjetunion**
1946, Gruppe Arbeiterpolitik
43 Seiten A5 | 1,50 EUR



August Thalheimer
**Grundlinien und Grundbegriffe
der Weltpolitik nach dem
2. Weltkrieg**
32 Seiten A5 | 1,50 EUR

Reformen nach dem Volksaufstand

In den internationalen Medien wurden Zusammenhänge hergestellt:

Im Juni 2010 prügelt die Polizei in Alexandria den Blogger Chaled Said zu Tode. Am 17. Februar 2011 treten rund zwei Drittel der etwa 27 000 Beschäftigten der staatlichen Spinnerei und Weberei Misr in El-Mahalla el-Kubra in einen unbefristeten Streik um die Auszahlung des gesetzlichen Mindestlohnes durch die Firmenleitung, von dem ihnen über die Hälfte vorenthalten wird. Am Dienstag, den 25. Januar 2011, geht ein Demonstrationszug vom Arbeiterviertel Nahya, im Westen Kairo, sowie weitere Züge aus anderen Stadtteilen zum Tahrir-Platz. Dieser Tag bleibt als »Tag des Zorns« in Erinnerung. Innenminister Habib el Adli wird in der halboffiziellen Tageszeitung Al Ahram (Die Pyramiden) mit den Worten zitiert: »Die Proteste werden keinerlei Wirkung haben.« Hilary Clinton, die US-Außenministerin, erklärt vor der Presse: »Nach unserer Einschätzung ist die ägyptische Regierung stabil.« Von diesem Tag an bis zum Rücktritt des ägyptischen Staatspräsidenten Hosni Mubarak sind es dann noch 18 Tage. Bis dahin wurde Kairo zum Zentrum eines Massenprotests, an dem Vertreter sämtlicher Klassen der ägyptischen Gesellschaft teilnahmen, Lohnabhängige, Schüler und Studierende, Bauern (Fellachen), Unternehmer, akademische Freiberufler, das städtische Lumpenproletariat.

Es waren vorwiegend junge Leute, was die Alterspyramide des Landes widerspiegelt, in dem über die Hälfte der Bevölkerung jünger als 25 Jahre ist und in dem die über 65jährigen nicht einmal sieben Prozent ausmachen. Das Militär verhielt sich im Großen und Ganzen neutral zum Protest, von einigen Ausnahmen abgesehen – viele der eingesetzten Mannschaften und Offiziere fraternisierten mit den Demonstranten, umgekehrt behandelten die Protestierenden die Soldaten als Verbündete gegen Polizei und Geheimdienste. Aber Polizei- und Geheimdienste ließen nach einigen provozierenden Aktionen gegen die Protestierenden, die bald darauf vom Militär unterbunden wurden, sich nicht mehr auf den Straßen sehen, Polizisten verweigerten ungestraft den Dienst, Bürogebäude der Staatssicher-

heit wurden von Demonstranten gestürmt, um Akten sicher zu stellen, deren Vernichtung sie befürchteten.

Wenn eine Gesellschaft in solcher Weise in Bewegung gerät und wenn ein Herrschaftsapparat derart gelähmt erscheint, dann können die Ursachen mit Sicherheit nicht in einzelnen Streiks oder Demonstrationen liegen, mögen diese auch noch so wuchtig sein. Einzelne solcher Ereignisse kommen durchaus als Auslöser in Betracht, aber sie können eine Gesellschaft nur dann in dieser Tiefe erschüttern, wenn sie bereits von inneren Widersprüchen zersetzt ist und darum dem Anstoß von Außen erliegt. Wann eine Gesellschaft einen solchen Zustand erreicht hat, das weiß man im Nachhinein, wenn das Gebäude in sich zusammengebrochen ist, in der Regel nicht vorher. Auch die vielgerühmten und vielgefürchteten Geheimdienste der USA und Israels waren von den Ereignissen überrascht und lange Zeit außerstande, sie zu interpretieren. Auch ihnen blieb nur übrig, anschließend die Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen.

Um das Neue zu verstehen, welches sich nun entwickelt, muss man die gesellschaftlichen Strukturen begreifen, die nach dem Putsch der »Freien Offiziere« im Jahr 1952 entstanden. Die kleine Verschwörergruppe, die sich Freie Offiziere nannte, und unter denen Gamal abdel Nasser der populärste war, waren ihrerseits ein Element des Widerspruchs in einem Ägypten unter faktischer Oberhoheit des britischen Imperialismus und unter einem Operettenkönig Faruk und einem Pseudoparlament mit Zweikammersystem angelsächsischer Prägung. Die Erfordernisse der modernen Kriegführung hatten bereits den osmanischen Statthalter (Khedive) Mohammed Ali (1815 – 1838) zum Aufbau eines an europäischen Vorbildern orientierten Schulwesens veranlasst. Die spätere britische Herrschaft über Ägypten seit 1882 setzte den Ausbau des Bildungswesens fort; die Briten brauchten Verwaltungskräfte für die Suez-Kanal-Gesellschaft und die damit zusammenhängenden Aufgaben. Gleichzeitig stabilisierte die britische Krone die feudale und halbfeudale Herrschaft auf dem Lande, wo sie allein die Baumwolle für ihre eigenen Fabriken interessier-



te. Die Ausbildung des ägyptischen Offizierskaders fand über Jahrzehnte in Zusammenarbeit mit französischen und englischen Militärakademien statt. Die jungen Soldaten lernten außer dem spezifischen Militärtechnischen auch moderne, kapitalistische Nationalstaaten kennen und stießen selbstverständlich auf den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und militärischer Macht. Ein Vergleich mit der ägyptischen gesellschaftlichen Wirklichkeit musste die politisch Interessierten unter ihnen zu der Auffassung führen, dass nur ein Ende der feudalen Verhältnisse ein unabhängiges und starkes Ägypten hervor bringen konnte.

Der Sturz des Königs Faruk 1952 verlief unspektakulär. Der König durfte mit Ehefrau und seinem engeren Hofstaat das Land auf seiner Privatyacht verlassen und war danach nur noch ein Thema für die internationale Regenbogenpresse. Die Putschisten hatten kein ausformuliertes politisches Programm. Ihr Ägypten war ein Agrarland mit feudalen und halbfeudalen Herrschaftsverhältnissen, mit ersten, schwachen Ausformungen der modernen Klassen, der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie, in einigen wenigen Städten, vor allem Kairo und Alexandria. Die Offiziere hatten die Staatsmacht erobert, sie mussten sie aber noch über einige Jahre gegen Briten und Franzosen verteidigen, sie waren jedoch nicht die Vertreter einer sozialen Klasse. Ihr allgemeines Programm war die Modernisierung der ägyptischen Wirtschaft und des Staates, aber sie hatten wenig konkrete Vorstellungen davon, wie dies zu bewerkstelligen sein sollte.

Es war ihnen klar, dass die alte feudale Klasse ihr Gegner war; ein erster Schritt war deshalb eine Landreform (»Grüne Revolution«), die ihnen die Unterstützung der Kleinbauern, der Fellachen, sicherte. Als jedoch die Arbeiter in Kairo für höhere Löhne streikten, ließ Nasser Soldaten auf sie los und die Streikführer hinrichten. Nassers Haltung zur Arbeiterschaft wird in einer ihm zugeschriebenen Äußerung deutlich: »Die Arbeiter fordern nicht; wir geben.« Zur besseren Kontrolle der Arbeiter etablierten die Offiziere eine staatliche Gewerkschaft, deren Vorstand sie selbst ernannten. Alle anderen gewerkschaftlichen Organisationen konnten nur in der Illegalität wirken. Außerdem gründeten sie eine politische Partei, die ein faktisches Monopol auf landesweite legale politische Betätigung hatte, und die heute unter dem Namen Nationaldemokratische Partei (NDP) bekannt ist. Die maßgeblichen Unternehmer, die enge Verbindung zu den westlichen Industriestaaten haben, betrachteten die Freien Offiziere mit Skepsis und verweigerten die Zusammenarbeit.

Dies zwang die neue Staatsmacht, wollte sie nicht kapitulieren, für die nationale Wirtschaft wichtige Betriebe

zu verstaatlichen und deren Leitungen durch Vertrauenspersonen zu ersetzen. So rekrutierten sich die ersten Industrieführer aus den Kreisen der höheren Militärs. Dem damaligen Zeitgeist entsprechend wurde diese Politik als arabischer Sozialismus bezeichnet. Nasser und seine Gefolgsleute kreierten eine Ideologie, die sie Panarabischen Nationalismus nannten, die in den Versuch mündete, unter dem Namen Vereinigte Arabische Republik (VAR), Ägypten und Syrien zu vereinen. Als nach drei Jahren der Verbund wieder auseinander brach, behielt Nasser die Bezeichnung VAR weiterhin aufrecht, und erst unter der Präsidentschaft Sadats wurde der Name Ägypten als Staatsbezeichnung wieder eingeführt.

Nachdem der erste Fünfjahresplan wirtschaftliche Erfolge erbrachte, verlangsamte sich die wirtschaftliche Entwicklung während der folgenden zwei Fünfjahrespläne. Nasser suchte dann stattdessen den Erfolg auf militärischem Gebiet. Der unter dem Namen Sechstagekrieg bekannt gewordene Waffengang gegen Israel wurde zum Debakel für die ägyptische Armee. Sie wurde vernichtend geschlagen und Israel besetzte den Sinai. Nasser trat daraufhin von seinem Staatsamt zurück. Gleichwohl war und blieb Nasser ein charismatischer Führer, der im gesamten arabischen Raum bei der Bevölkerung hohes Ansehen genoss. In Massendemonstrationen wurde seine Rückkehr ins Amt gefordert. Das geschah dann auch, allerdings starb Nasser bald darauf im Jahr 1970. Seine Nachfolger Sadat und Mubarak konnten an seine Popularität nicht anknüpfen.

Mit Sozialismus hatte der Kurs Nassers ebenso wenig zu tun, wie anschließend derjenige von Sadat oder Mubarak. Seine Wirtschaftspolitik mündete in die Vergrößerung der kleinbäuerlichen Klasse und den Aufbau von Industrie- und Handelsunternehmen mit monopolistischem Charakter und engster Verbindung zu den politischen Strukturen. Von seiner Bedeutung her – sowohl im Hinblick auf die Bevölkerungsgröße und vor allem auf den strategisch wichtigen Suezkanal – konnte die internationale Politik Ägypten nicht ignorieren. So war die innere Entwicklung Ägyptens immer auch abhängig von den außenpolitischen Konstellationen.

Grundsätzlich wollten Nasser und die Offiziere die Zusammenarbeit mit den USA und dem Westen, aber sie wollten sie nicht bedingungslos und zu jedem Preis. Die Auseinandersetzung um den Bau des Assuan-Hochstaudamms zeigt anschaulich, wie sehr die ägyptische Führung auf die USA setzten, und wie die US-Politik diese letztlich zwang, das Hilfeangebot der Sowjetunion (SU) anzunehmen, das sie für mehrere Jahre zu deren Schuldner machte. Wenn Nasser sozusagen die heroische Phase des modernen

ägyptischen Nationalismus personifiziert, dann erfüllten dies die Präsidenten Sadat (1970 – 1981) und Mubarak (1981 – 2011) für die pragmatische Phase. Nachdem die SU mehrfach deutlich gemacht hatte, dass sie keinen militärischen Konflikt mit den USA zugunsten Ägyptens eingehen würde, war es nur eine Frage der Zeit und der Bedingungen, bis es zu einer Annäherung Ägyptens an die USA kommen würde. Mit dem Camp-David-Abkommen von 1978 erhielt Ägypten den Sinai von Israel zurück, ohne darum erneut Krieg führen zu müssen, und es erhielt sukzessive Zugang zu westlichen Märkten, die ihm bis dahin verschlossen geblieben waren. Diese Verbindung wurde noch enger durch die Unterstützung der USA bei deren Kriegen 1991 und 2003 gegen Irak.

Die politische, aber auch wirtschaftliche Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft hatte natürlich auch Konsequenzen für die innere Entwicklung Ägyptens. Von 1900 bis 1960 wuchs die Bevölkerung von 9,7 Mio. auf 25,5 Mio. und bis 2009 auf 83 Mio. Diese Menschen leben in einem Staat mit einer Fläche von über 1 Mio. km² zu etwa 80 Prozent auf ungefähr einem Zwanzigstel dieser Staatsfläche im Niltal und im Nildelta zunehmend in großen Städten. Ungeachtet der Hemmungen, die der ineffiziente und korrupte Staatsapparat und das monopolistisch organisierte Großkapital verursachen, hat sich ein Kleinbürgertum, vorwiegend in den Städten, entwickelt. Es ist zahlenmäßig zu schwach, um ohne Unterstützung durch die anderen von der Macht ausgeschlossenen Klassen der Gesellschaft den Kampf um seine Herrschaft mit Aussicht auf Erfolg zu führen. Es ist jedoch groß genug, um sichtbar zu sein. Ein Zeichen dieser Existenz sind zum Beispiel die privaten Schulen und Universitäten, deren Besuch im günstigsten Falle 400 USD, im teureren Fall 10.000 USD im Jahr kostet, und die von etwa 7 bis 14 Prozent der Bevölkerung in Anspruch genommen werden, um ihren Söhnen und Töchtern eine Zukunftsperspektive durch Bildung zu sichern. Aber auch für das mit den politischen Machthabern verbundene Großbürgertum stellt die teure und ineffiziente Staatsverwaltung mit all den Folgen für Energie, Verkehrsinfrastruktur und Handel ein Hindernis auf dem Wege zu einer weiteren Entwicklung dar, weil sie den inneren Markt lähmt, staatliche Ressourcen verschwendet und den Außenhandel behindert, soweit er nicht über die privilegierten Sonderwirtschaftszonen abgewickelt wird.

Solange der Blockkonflikt zwischen sozialistischem und kapitalistischem Lager existierte, waren die Staatsführung mit ihrem Repressionsapparat, die Großgrundbesitzer und die große wie kleine Bourgeoisie in Ägypten geschlossen gegen jede im inneren auftretende Reformbewegung. Rund zwanzig Jahre nach dem Ende des sozialistischen Lagers sieht die Sache anders aus. Die Massen haben auf dem Tahrir-Platz nicht die Eigentumsfrage gestellt. Die Reformbewegung sprengt die Fesseln der Staatsführung in der Tradition der Freien Offiziere – aber die unterschiedlichen Klassen und Schichten dieser Bewegung haben unterschiedliche Forderungen, die unterschiedlich weit gehen. Die Lohnabhängigen wollen Löhne, die ihnen eine auskömmliche Existenz sichern. Dafür brauchen sie freie Gewerkschaften und die Möglichkeit, legal ihre Forderungen gegen ihre Unternehmer durchzusetzen. Die Fellachen wollen u. a. niedrigere Pachtsätze und Sicherheit für ihr Pachtland. Die Unternehmer wollen insgesamt u. a. die Staatsbürokratie verkleinern, angeblich sind vier Fünftel der Stellen überflüssig, sie sind der Korruption überdrüssig und sie möchten den Handel gefördert sehen. Für sie alle geht es darum, Zugang zur politischen Macht zu erhalten, der bisher von einer dünnen Gesellschaftsschicht monopolisiert wird. Dabei spielen Fragen wie das Wahlrecht, die

Kandidatenaufstellung, die Versammlungs- und Organisationsfreiheit und die Freiheit der Medien eine große Rolle. Darum geht es jetzt bei den Auseinandersetzungen um die Verfassungsänderung bzw. eine neue Verfassung. Der Ausgang des Referendums vom 20. März 2011 lässt erkennen, dass die Kräfte um die NDP und die Muslimbruderschaft sich durchsetzen konnten, die auf baldige Neuwahlen noch in diesem Jahr setzen und somit ihre organisatorischen Vorteile vor den neuen Oppositionsgruppen, die sich auf nationaler Ebene noch konstituieren müssen, ausschöpfen können¹.

Bei den Verhandlungen haben die ägyptischen Lohnabhängigen keine eigene Vertretung. Die politischen Parteien repräsentieren, von den Kommunisten abgesehen, ausschließlich die oberen Klassen und Schichten der Gesellschaft. Im Mittelpunkt der Verhandlungen wird zwangsläufig die Frage stehen, wie weit die bislang herrschende Schicht den Zugang für ihre Klassengenossen öffnen muss, wie stark der Druck der Straße noch ist, dem sie sich beugen muss. Das Beispiel der Türkei, wo die die AKP als Partei der neueren Bourgeoisie den Kampf gegen die herrschenden Überreste des Kemalismus führte, zeigt, dass solche Entscheidungen nicht von heute auf morgen und nicht ohne beträchtlichen Widerstand seitens der Familien gefällt werden, die bislang die politische Macht monopolisiert hatten. Für die Arbeiterklasse ist der Übergang von der bisherigen zu einer direkten Klassenherrschaft der Bourgeoisie insofern von Vorteil, weil sie hier einen günstigeren Kampfbo- den hat, indem sie legal organisieren und publizieren kann und wahrscheinlich nicht mehr in gleichem Maße offenem und verdecktem Terror ausgesetzt ist, wie dies bisher der Fall war. Ihr Klassengegner steht dann offen vor ihr und sie kann sich mit ihm direkt auseinandersetzen.

Die USA und die europäischen Regierung ließen ihren Beurteilungsmaßstab für die Ereignisse in Ägypten schnell erkennen: Die Sicherheit Israels und der Durchfahrt durch den Suezkanal sowie eine stabile ägyptische Regierung, welche die internationalen Verträge einhält und seine ökonomischen Nachbarn nicht beunruhigt, das waren und sind ihre Hauptkriterien. Längst vorbei die Zeiten, wo die westlichen Regierungen die Muslimbrüder als Terrororganisation verunglimpften. Stattdessen werden sie von regierungsnahen Experten, wie dem Direktor der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, Volker Perthes, als stabilisierender Faktor in der künftigen bürgerlichen ägyptischen Politik vorgestellt. Die herrschenden Klassen der bedeutenden Industrienationen waren in dem Moment beruhigt und stellten sich auf die Seite der ägyptischen Rebellion, als sicher war, dass die Eigentumsfrage nicht gestellt würde. Solange es um politische Reformen geht, die die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse nicht berühren, stellen die bürgerlichen Medien in der ganzen Welt die ägyptische Opposition in ein gutes Licht. Die Interessen der lohnabhängigen Klassen spielen dabei keine Rolle.

21. März 2011 ■

1 An dem Referendum für eine Verfassungsänderung beteiligten sich etwa 41 Prozent der Wahlberechtigten. Wenn man berücksichtigt, dass an den Wahlen zum ägyptischen Parlament und den Präsidentenwahlen in der Regel nur etwa 20 Prozent teilnahmen, so ist das als eine hohe Beteiligung zu bewerten. 77,2 Prozent der Abstimmenden stimmten für die Verfassungsänderungen, 22,8 Prozent dagegen. Die Gegner wollten eine neue Verfassung und einen späteren Wahltermin für das Parlament, um ausreichend Zeit für die Vorbereitung ihrer Kandidatur zu haben. Die nun gebilligte Verfassungsänderung beinhaltet u. a. die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Beschränkung des Präsidentenamtes auf maximal zwei Wahlperioden und Änderungen im Wahlverfahren für das Parlament. Die Parlamentswahlen sollen im September 2011 stattfinden, die Präsidentschaftswahl ein oder zwei Monate darauf.



■ INTERVIEW

Chefduzen

Im folgenden veröffentlichen wir ein Interview mit einem Redakteur von »Chefduzen.de«, einer Internetplattform, die sich als Forum von und für Ausgebeutete begreift.

Warum habt ihr mit dem »Chefduzen« angefangen? Womit wart ihr nicht zufrieden, was wolltet ihr ändern?

Es war eine zunächst unbestimmte Unzufriedenheit mit gesellschaftlichen Entwicklungen, mit der allgemeinen Verschlechterung der sozialen Lage, wir waren alle in eher prekären Jobs beschäftigt. Aber es war auch eine Unzufriedenheit mit der Politszene und deren Aktivitäten.

In welcher Situation ist die Internetseite entstanden? Welche Vorstellungen hattet ihr anfangs? Warum Internet, warum keine Zeitung wie andere Inis auch?

Wir hatten vor mehr als acht Jahren begonnen und es war die Agenda 2010 noch nicht durchgesetzt, es gab Hartz IV noch nicht, aber die Stoßrichtung war schon abzusehen: Es sollte Arbeitenden und Erwerbslosen weiter an den Kragen gehen.

Die Politszene engagierte sich in Kampagnen wie Proteste gegen einen Weltwirtschaftsgipfel oder einen Naziaufmarsch. Nach jeder Aktion warteten die Aktivisten auf das nächste Thema.

Junge Leute, die sich irgendwo politisch engagieren wollten, landeten bei der Antifa, den Tierbefreiern oder den Antideutschen, wobei letztes ein Ausdruck politischer Verwirrung war und ist.

Wir wollten aber nicht an den Symptomen eines kranken Systems herumdoktern, sondern uns mit dem System der Ausbeutung selbst auseinandersetzen. Es ging uns darum den Klassenstandpunkt zum Ausgangspunkt politischer Arbeit zu machen. Wir wollten lebensnahes Vorgehen, in dem der eigene Alltag mit seinen Problemen mit Job oder Arbeitslosigkeit, mit Ämterstress und Geldsorgen als politisch erkannt wird. Der Alltag und das eigene Leben als politische Grundlage, statt eines subjektiv ausgesuchten politischen Betätigungsfeldes, dem man gelegentlich am Wochenende nachgeht. Wir wollten einen offenen Treff für alle sozialen Fragen organisieren, wo man sich austauschen kann, individuellen Rat bekommt, aber vielleicht auch Aktionen und Kampagnen organisieren kann.

Die Idee mit dem Internet kam zufällig von außen. Nach Platzen der New Economy Blase in den USA wurden plötzlich zehntausende IT-Fachleute entlassen. Ein

Teil von ihnen organisierte und politisierte sich dann über die Internetplattform NETSLAVES. Ihre Diskussionen und Kampfformen kamen aus keiner gewerkschaftlichen Tradition, sie waren frech, radikal, witzig und betrachteten auch andere Aspekte des Lebens.

Das war unterhaltsam und vielversprechend. Wir wollten es deshalb auch einmal probieren.

Wie würdest du den Ansatz von »Chefduzen« von dem des »LabourNet« unterscheiden?

Der Ansatz vom LabourNet und von Chefduzen unterscheidet sich nur wenig, der Klassenstandpunkt als Ausgangspunkt ist uns ebenso gemein, wie der Versuch über den traditionellen Ansatz der reinen Betriebsarbeit hinauszugehen. Uns unterscheidet am meisten unsere Arbeitsweise. LabourNet ist ein redaktionell geführtes Informationsportal. Es werden der Redaktion zahlreiche Texte und Informationen zugesandt, die dort ausgewählt, bearbeitet und dann veröffentlicht werden. Unsere Redaktion mag zwar größer sein, doch steht sie einer Zahl von 10.000 Mitgliedern mit der Möglichkeit Texte zu veröffentlichen gegenüber. Die Masse der Beiträge kommt ungefiltert direkt ins Forum und wir achten nur darauf, daß kein rechtes Zeug, keine Werbung und keine argen Beleidigungen dabei sind. Wir versuchen von der Redaktion aus Diskussionen zu entfachen und etwas zu lenken, doch es ist die Community selbst, die das Gros der Themen vorgibt. Vieles geht um individuelle Beratung bei Problemen aller Art, man reißt auch Witze, empfiehlt Filme weiter oder spielt einander Musik vor. Das Ganze ergibt ein Stimmungsbild der hier und heute Ausgebeuteten. Wir lernen stets dazu in der Diskussion und auch beim Verfolgen der Berichte.

Wie war die Entwicklung in den ersten Jahren?

Der Anfang war zäh. Wir nötigten Bekannte irgendwelche nennenswerten Erlebnisse aus ihren Jobs in das Forum zu posten. Wir schrieben selbst unter verschiedenen Namen eigene Erfahrungen mit Unternehmern und Ämtern, über erfolgreiches Sich-Durchsetzen oder über Niederlagen. Dieses Kochen auf kleiner Flamme endete erst, als eine Münchner Leiharbeitsfirma uns Berichte über ihren Betrieb untersagen wollte. Wir bewegten uns im deutschen Internet auch juristisch auf Neuland und der Unternehmer wechselte den Anwalt, als wir seinen Aufforderungen nicht nachkamen und begann dann mit Kanonen auf Spatzen zu schießen. Die gerichtliche Androhung eines Zwangsgeldes von 250.000 EUR, bzw. 6 Monaten Knast verbreitete sich in der Internet-Community wie ein Lauffeuer und erreichte

nach kurzer Zeit auch die Mainstream-Medien. Seit dem war »chefduzen.de« populär und wurde zu einem Selbstläufer.

Ist es damals oder auch später zu einem Prozess gekommen? Wie ging die Sache aus?

Nein, wir haben uns den Drohungen des Gerichts gebeugt, aber die Anwalts- und Gerichtskosten waren erheblich. Es gab dann Zeiten, in denen wir im juristischen Dauerfeuer standen mit rund zwei Schreiben pro Woche von Anwälten und Rechtsabteilungen von Betrieben. Wir haben aber schnell dazugelernt und wussten damit umzugehen, ohne dass es uns teuer kommt. Das HANDELSBLATT riet Unternehmen dann davon ab, Chefduzen und vergleichbare Projekte frontal anzugreifen, denn das könne einer Firma schaden. Dem ist auch so. Wenn ein so aggressiver Umgang mit Kritikern publik wird, trägt das nicht zu einem besseren Image des Betriebes bei. Das Münchner Leiharbeitsunternehmen gibt es heute auch nicht mehr.

Aber erst kürzlich bekamen wir noch einmal ernsten Ärger von einem sozialdemokratischen Provinzpolitiker in Brandenburg, der ein Obdachlosenheim betreibt. Immer wieder wird über skandalöse Zustände in der Einrichtung berichtet, doch auf Kritik wird scharf reagiert. Es gibt auch einen unglaublichen Filz in dieser ländlichen Region, da lobt selbst die Linkspartei diese zweifelhafte Einrichtung. Die Auseinandersetzung mit diesem Profiteur des sozialen Elends ist uns auch teuer zu stehen gekommen. Ohne dass es je zu einem Prozeß kam, hatten wir seit Gründung des Forums rund 5000 EUR Kosten für juristische Auseinandersetzungen

Habt ihr nach Bündnispartnern gesucht?

Grundsätzlich ist es unser Ziel einen Beitrag zu leisten, um die Klasse zu einen und Spaltungen zu überwinden. Deshalb wollen wir uns nicht an Sektierertum und Grabenkämpfen beteiligen. Wir wollen auch Unpolitische erreichen und nicht abschrecken. Wir sind offen für jeden, der sich gegen Entrechtung und Ausbeutung engagieren will, auf einer antifaschistischen Grundlage. Wir wollen es aber vermeiden, daß eine Organisation oder Strömung das Projekt »chefduzen.de« für sich vereinnahmt.

Habt ihr Erfahrungen mit den Gewerkschaften gemacht?

Natürlich wird das Forum von Aktivisten aus den Gewerkschaften genutzt. Bei der ersten großen juristischen Attacke gegen das Forum erhielten wir ein Solidaritätsschreiben eines Betriebsratsvorsitzenden eines Betriebes mit 600 Mitarbeitern. Es gibt auch einzelne, die Einladungen zu Diskussionen und gewerkschaftlichen Aktivitäten im Forum veröffentlichen.

Das »LabourNet« hat als Netzprojekt mit einer ähnlichen Stoßrichtung sich stets hilfsbereit und solidarisch gezeigt. Die kleinen Basisgewerkschaften FAU und Wobblies scheinen eine Nähe zu dem Forum und eine praktische Brauchbarkeit des Projektes zu erkennen. Sie werben für das Forum und nutzen dessen Möglichkeiten. Manchmal übernehmen sie auch Forderungen oder Kampagnen, die im Forum entstanden sind.

2004 warb die Zeitung der DGB-Jugend SOLI AKTUELL mit dem »Webtip des Monats« und einem kleinen Bericht für die Internetplattform. Das war aber das offiziellste, was vom DGB-Apparat kam. Der betrachtet uns eher mit Argwohn. Es gibt jedoch ein paar Flugblätter und Webseiten von VERDI, die auf unser Forum verweisen. Wir hätten liebend gern gewerkschaftliche Unterstützung gehabt, als wir von Ausbeutern und ihren juristischen Attacken existenzi-

ell bedroht waren. Es waren dann aber zahllose Einzelpersonen und die ROTE HILFE, die das Überleben des Forums ermöglichten.

Es ist eher das »einfache Fußvolk« der Gewerkschaften im Forum und viele Nutzer schreiben, warum sie in eine Gewerkschaft ein- oder ausgetreten sind. Aber gerade die Entwicklungen in der Leiharbeitsbranche führten zu einer Wut auf den DGB und seine Politik, die die Einführung von Hartz IV und die Ausweitung des Sklavenhändler-Sektors mitgetragen hat. Als dann sogar der Tarif der christlichen Scheingewerkschaften vom DGB unterboten wurde, war das Maß voll. Es kam zu einer Austrittswelle aus dem DGB und viele bereuten es, zuvor noch weitere Mitglieder für den DGB geworben zu haben. Diese Entwicklung war bei der täglichen Beobachtung unserer Foren wie im Bilderbuch zu sehen.

Wir halten die Selbstdemontage der traditionellen Gewerkschaftsbewegung nicht automatisch für tragisch, sie bedeutet ja gleichzeitig auch eine Chance. Es ist aber eine Katastrophe, dass es bisher nicht gelungen ist, das Vakuum, das die so unfähigen und unwilligen Gewerkschaften hinterlassen, bisher nicht ansatzweise sinnvoll zu füllen.

Wie seht ihr eure Rolle heute?

Es ist es uns gelungen ein Medium zu schaffen, das viel erfolgreicher geworden ist, als wir es je erträumt hatten. Wir haben täglich rund 10.000 Leser und die Mainstreammedien sind dabei, die hier nach Themen fischen. Wir haben auch das erreicht, wo andere Linke nur von träumen können: »chefduzen.de« ist ein echtes proletarisches Projekt. Über 90 Prozent Nutzer haben keinerlei politischen oder gewerkschaftlichen Hintergrund. Es sind einfache Leute, die bei Problemen mit Unternehmern oder Ämtern auf der Suche im Netz auf uns gestoßen sind. Viele sind dann zu regelmäßigen Nutzern des Forums geworden, weil sie hier eine hilfreiche Antwort gefunden haben, weil sie im Forum anderes interessant oder inspirierend finden. Es findet sich da vieles aus dem Alltag und auch den Medien wieder, nur aus einer völlig anderen Sichtweise. Das hat uns eine treue Community beschert. Doch es geht uns nicht darum ein besonders tolles Medium zu betreiben oder Besucherrekorde zu brechen, wir wollen den politischen und sozialen Entwicklungen Paroli bieten, wir wollen Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse. Widerstand kann durch Internetmedien befeuert werden, doch er kann nicht im Internet selbst geführt werden, das muss in der realen Welt und im gelebten Alltag passieren.

Was würdet ihr klassenkämpferischen Initiativen raten, die sich schwer damit tun auch Jüngere anzusprechen, wie zum Beispiel die Informationsbriefe »Arbeiterpolitik«?

Am Internet kommt man heute schwer vorbei und man kann darüber wirklich ohne großen Aufwand viele Menschen schnell erreichen. Ich finde aber alle Versuche sich einer angeblichen Jugendkultur anzubiedern, trendige Sprache und Bilder zu benutzen, einfach fürchterlich. Einen »Flashmob« zu organisieren ist in meinen Augen auch ein verzeufelter Versuch sich als zeitgemäß zu präsentieren.

Das Internet ist auch kein Wundermittel. Es ist jedoch zu einem Medium der einfachen Menschen geworden und es ist schwer zu zensieren/kontrollieren. Bei den arabischen Revolten spielte es eine große Rolle, weil die Zeit für die Umbrüche reif war und die Menschen die unerträgliche Situation nicht länger hinnehmen wollten. Nicht Facebook oder das Internet haben die Revolten ausgelöst, sondern die Menschen, die diese Medien des heutigen Alltags für sich und den Kampf nutzten.

Wenn Gewerkschaften oder attac denen, die gerne aktiv werden möchten, einfach nur von Grafikdesignern entworfene Transparente und Flugblätter in die Hand drücken, werden sie nicht viele bei der Stange halten. Die meisten fühlen sich von einer solchen Politik entmündigt.

Jugendliche sehen sich in einer Situation, in denen Subkulturen nicht mehr schockieren und Proteste gegen ein übermächtiges System nichts mehr ausrichten können. Es wäre für junge Leute jedoch attraktiv zu erfahren, dass dieses System sehr wohl angreifbar und erschütterbar und keineswegs allmächtig ist. Die Revolten im Magreb gingen von Jugendlichen aus und das hat Einfluss auf das Lebensgefühl der Jugend hier. Die meisten Menschen sehnen sich danach, das verbreitete Gefühl der Ohnmacht zu verlieren. Ihnen gilt es das Wissen über Möglichkeiten der Selbstermächtigung der Klasse zu vermitteln, statt sie für Partei-Interessen einzuspannen.

Und jetzt konkret Eure Meinung zu den Veröffentlichungen der ARPO?

Für uns ist es sicherlich beeindruckend zu sehen, dass es diese Organisation so lange gibt mit ihren regelmäßigen Publikationen. Nach dem Mauerfall haben sich ja viele linke Organisationen einfach von der Bildfläche verabschiedet. Und politische Bewegungen haben oftmals nur eine kurze Lebensdauer. Ich glaube an die Notwendigkeit kontinuierlicher Arbeit entgegen tagespolitischer Konjunktur. Es ist essentiell die Erfahrung von Kämpfen zu erhalten. Wir sehen an dem Forum, wie wenig die Menschen von den Kampferfahrungen vorangegangener Generationen wissen. Selbst Auseinandersetzungen, die erst kürzlich stattgefunden haben, sind vielen unbekannt.

Die ARPO selbst ist in meinen Augen zu sehr in der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung gefangen. Die Hälfte der Artikel befasst sich damit. Stets liest man in den Artikeln, dass in einer Tarifaueinandersetzung viel mehr drin gewesen wäre, dass die Gewerkschaft die Situation nicht genutzt hat und jetzt von der Basis mehr Druck kommen muss. Ich habe das Gefühl, es ist seit zwanzig Jahren der gleiche Artikel in dem nur die Namen der Branchen, Betriebe und Gewerkschaften ausgetauscht werden, wie die Prozentzahlen bei den Forderungen und dem Erreichten. Ich überblättere diese Artikel inzwischen. Ich glaube nicht, dass aus der ständigen Forderung nach mehr Druck von unten, dieser auch entsteht.

Wir besitzen auch kein Patentrezept. Wir versuchen den Menschen zuzuhören und ihnen politische Zusammenhänge und Erfahrungen zugänglich zu machen. Ich habe in einigen Sonderausgaben der ARPO sehr gute Hintergrundinformationen und Einschätzungen gefunden, z.B. über Geschichte und Zusammenbruch der Sowjetunion in der Broschüre »Weiße Flecken« oder in »Klassenkampf und Bombenkrieg«. Dieses Wissen ist hilfreich für die politische Diskussion.

Bei der politischen Praxis sehe ich die vielversprechendsten Ansätze beim Hamburger Jour Fixe. Man versucht hier Betriebsaktivisten und Menschen aus sozialen Bewegungen zusammenzubringen zum Erfahrungsaustausch. Dass hier die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft oder linken Organisation zweitrangig ist, macht diesen Ansatz interessant, auch für junge Leute.

Sind aus eurem Forum Aktivitäten entstanden, die über das Internet hinaus im realen Leben stattfinden?

Viele der Chefduzen-Nutzer fühlen sich sehr wohl im Forum, fast schon zu wohl. Wir müssen ihnen eindrücklich klarmachen, dass nicht »chefduzen.de« ihre Probleme löst,

dass sie das nur selbst und möglichst kollektiv tun müssen. Das Forum kann dazu beitragen, dass sich die Leser notwendiges Wissen aneignen, es gibt auch vielen Mut und es kann auch dazu beitragen, dass sich Leute kennenlernen. Das beste Beispiel ist die »Begleitung zum Amt«. Hier verabreden sich Leute zum Gang zum Arbeitsamt, um so mit einem Zeugen dem Sachbearbeiter gegenüberzutreten zu können. Das hat sich bewährt und ist nur weiterzuempfehlen. Es haben sich auch schon Leute getroffen, um gemeinsam ein Transparent für eine Demo vorzubereiten. Der Erfolg unserer Idee der Stammtische blieb bislang hinter den Erwartungen zurück. Bisher funktioniert sie halbwegs kontinuierlich in nur zwei Städten, in den anderen Orten sind Stammtische wieder eingeschlafen oder die Aufrufe lokaler Aktivisten brachte nicht das erhoffte Echo. Wir haben die Idee aber keineswegs begraben. Auf anderen Gebieten haben wir weitaus mehr Erfolg: Infoblätter und Kollegenzeitungen, im Moment für Leiharbeiter, für Callcenterpersonal und Berufskraftfahrer. Insbesondere DIE LEIHKEULE erfreut sich unter Leiharbeitern einer großen Beliebtheit. Es sind einige Tausend Exemplare im Umlauf und wir haben schon einen Einfluss auf die Diskussion in der Branche.

Wie spiegelt sich die aktuelle Kampagne der Gewerkschaften in Eurem Forum wider, dass Leiharbeiter den gleichen Lohn wie Festangestellte bekommen sollen? Gibt es da Resonanz?

Das Thema Leiharbeit gehört zu den meist frequentierten Rubriken im Forum. Die Stimmung ist zwischen deprimiert bis stark gereizt.

Man will aus dieser erniedrigenden Situation raus. Natürlich ist niemand gegen eine Lohnerhöhung, aber das ist nicht das Hauptanliegen. Man will nicht weiter Arbeiter zweiter Klasse sein und hin- und hergeschoben werden zwischen verschiedenen Orten und Ausbeutern. Die gewerkschaftliche Forderung nach gleicher Bezahlung wird nicht als ihre Forderung empfunden, das ist nur eine Teilantwort auf die entwürdigenden Arbeitsbedingungen: Leiharbeiter wollen die Abschaffung des Sklavenhandels. In Kiel gingen einige mit einem eigenen Flugblatt und Transparent in eine Leiharbeitsveranstaltung der IGM im Gewerkschaftshaus. »Leiharbeit nicht verbessern, sondern abschaffen« war die Forderung. Dem pflichteten die meisten Anwesenden bei. Inzwischen sind in anderen Städten Transparente mit ähnlichen Forderungen aufgetaucht. Es gibt seit einiger Zeit ein Internetprojekt namens www.leiharbeit-abschaffen.de und in Düsseldorf gründete sich die Antileiharbeitsinitiative ALAID.

Was habt ihr bei der Organisation der prekär Beschäftigten erlebt?

Im Bereich der Callcenter haben wir etwas bewegen können. Ein Internetprovider und Callcenterbetreiber hat sich selbst schlechte Publicity beschert, indem er juristisch gegen Chefduzen vorging. Er ließ sich sogar zu illegalen Aktionen hinreißen, in dem er Zugriffe seiner Kunden auf den chefduzen-Internetauftritt blockierte. Dies löste eine Debatte über Zensur im Netz aus. Begleitend haben wir überall in der Stadt postkartengroße Miniplakate zu den Arbeitsbedingungen in dem Callcenter verklebt. Das Thema machte die Runde und auch vor der Lokalpresse und dem Jobcenter nicht halt. Das Arbeitsamt erkannte die Arbeitsbedingungen als unseriös an und schickte Arbeitsuchende ins Callcenter mit dem Hinweis, es gäbe keinerlei Sanktionen, wenn man da nicht arbeiten möchte. Als auch die Suche nach Arbeitskräften in anderen Bundesländern nicht den notwendigen Erfolg brachte, sah man sich gezwungen, in dem Laden den Grundlohn zu erhöhen.



Es gibt inzwischen auch rege Diskussionen im Forum von Mitarbeitern eines Callcenter-Betreibers mit Niederlassungen in verschiedenen Bundesländern. Man stellte so Unterschiede ihrer Arbeitsbedingungen je nach Standort fest. In einer Region sind die Aktivitäten in dem Bereich so weit vorangeschritten, dass es eine Zusammenarbeit zwischen Chefduzen-Aktivist*innen, der FAU, ver.di und Lokalmedien gibt. In diesem Zusammenhang bildete sich auch die Callcenter-Initiative Münsterland »Telefonzelle«, die sich seitdem regelmäßig trifft und Aktionen gegen Ausbeutung in verschiedenen Callcentern organisiert. Sowohl aus Furcht vor Rufschädigung, als auch vor einer immer weniger unterwürfigen und pflegeleichten Belegschaft, bot das Management ein Gespräch über Arbeitsbedingungen an mit Vertretern von der FAU, Chefduzen und Mitarbeitern unter der Bedingung, dass Chefduzen einige Veröffentlichungen über die Firma löscht. Es ist für uns nicht messbar, was die Veröffentlichungen und Diskussionen genau auslösen, doch wird es von Unternehmen als bedrohlich empfunden. Ein Callcenter versuchte sogar Hacker zu engagieren um unser Forum »abzuschießen«.

Worin siehst du die »Chancen« in der »Selbstdemontage der traditionellen Gewerkschaftsbewegung«?

Da die Gewerkschaften mit ihrer Politik der Sozialpartnerschaft viele ihrer Mitglieder vergraulen und einen Großteil ihrer Autorität verspielt haben, ist es höchste Zeit, das dort hinterlassene Feld zu beackern. Es ist eine großartige Chance den Moment zu nutzen und nach neuen politischen Ansätzen zu suchen. Es geht nicht allein um andere Kampfformen, es geht auch um die Fragen, die man sich stellt und die Ziele, die man sich setzt. Es ist Unsinn einfach nur ein paar Prozent Lohnerhöhung zu fordern. Heute sind Belegschaften so zersplittert in Auslagerungen, Subunternehmen, Leiharbeiter etc., dass viele von den Forderungen nicht mehr betroffen sind und es gibt wirklich noch andere Probleme als fehlendes Geld. Psychische Krankheiten sind auf dem Vormarsch. Die Menschen werden in ihrem Alltag gedemütigt und gebrochen. Die heutige Zeit ist geprägt von kaputten Menschen, egal ob mit oder ohne Arbeit.

Wieso soll sich nicht das Personal im Krankenhaus (im Gesundheitswesen oder anderswo) die Frage stellen, was überhaupt »Gesundheit« oder der Begriff »krank« bedeutet? Die Definition sollte man keinesfalls Ärzten und Politikern überlassen. Es ist auch zum Kotzen, wenn Gewerkschafter Einsparungen in der Rüstung kritisieren, weil es Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie kostet. Man muss schließlich über den Tellerrand eines Betriebes und einer Branche hinausblicken. Warum sollten sich nicht Berufskraftfahrer, Leute von der Bahn und aus der Autoindustrie treffen, um über den Unsinn zu diskutieren, die öffentlichen Nah- und

Fernverkehre herunterzuwirtschaften und gleichzeitig den Individualverkehr weiter voranzutreiben und den Güterverkehr auf die Straße zu verlegen. In den Belegschaften schlummert ein enormes Potential und diese Macht sollte man auch für gesellschaftliche Themen nutzen.

Warum ist es so schwer »das Vakuum ... ansatzweise sinnvoll« zu füllen?

Die linken Organisationen werden in der Gesellschaft kaum wahr-, bzw. ernstgenommen. Man sieht, dass sie klein und schwach sind und hält sie, oft zu recht, für sektiererisch. Die Linkspartei ist da eine Ausnahme, doch macht sie keinerlei Anstalten klassenkämpferische Entwicklungen zu stärken, sie ist zu sehr damit beschäftigt ihre Position im Parlament zu sichern, sie trampelt in alten Pfaden.

Chefduzen mit einigen zehntausend Leuten, die zum Leserkreis gehören, steht 6 Millionen Mitgliedern in DGB-Gewerkschaften und zigmillionen Unorganisierten, die von Politik nichts wissen wollen, gegenüber. Wir können vielleicht ein Zündfunken für etwas Größeres sein. Wir sind uns der Begrenztheit unserer Möglichkeiten bewusst. Wir mögen eine besondere Stärke in dem Bereich prekärer Jobs und der Erwerbslosen haben, doch für den ersten Arbeitsmarkt gilt es nicht. Menschen in großen Industriebetrieben lesen bestenfalls stumm mit und warten ab, was ihr Betriebsrat und ihre Gewerkschaft tut. Sie melden sich im Forum erst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist und der Betrieb ohne vorherige Gegenwehr geschlossen wird.

Ich denke, es ist unsere Aufgabe zu vermitteln, wo unsere Macht genau liegt. Man sieht an dem Forum, wie sich die Menschen aufreiben in Aktivitäten, die die grundlegende Situation nicht verändern können. Man organisiert vielleicht einen Protest und befindet sich sonst in einem Privatkrieg mit Behörden und Arbeitgebern. Man schreibt Widersprüche, geht vor Gericht und unterzeichnet Petitionen. Das ist für die Herrschenden bestenfalls ein Verwaltungsproblem.

Es sieht schon anders aus, wenn man das Herz des Kapitalismus angreift, die Ausbeutung selbst. Die Produktion lahmlegen und die Wege des Warenverkehrs blockieren, das erscheint im Moment wie ein Fernziel, da viele keinerlei Streikerfahrung haben. Aber in diese Richtung wollen wir weiter diskutieren.

Und eines ist auch klar: Arbeitslose können nicht streiken! Es gibt ja schon Beispiele, wo Erwerbslose Aktionen gegen Leiharbeitsfirmen gemacht haben. In diese Richtung sollte man weiterdenken.

Gleichzeitig muss man die Diskussion bei Leuten, die Betriebsarbeit machen, auf dieses Thema lenken. Es ist ja nicht nur so, dass man den armen Erwerbslosen helfen sollte, da sie keinerlei Druckmittel haben, etwas für sich einzufordern. Die massiven Angriffe auf die Arbeitsbedingungen wären ja gar nicht möglich ohne die Einführung der Hartz-IV-Gesetze. Die Löhne in prekären Jobs liegen inzwischen oft unter dem, was man vor Hartz IV als Arbeitslosengeld bezogen hat. So hält man die Belegschaften in ständiger Angst vor dem Abstieg in miesere Jobs und in die Erwerbslosigkeit, die Armut bedeutet und Furcht vor den Demütigungen und Sanktionsmöglichkeiten der ARGE. Wer sich ernsthaft für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen einsetzen will, kommt nicht umhin das Hartz-IV-System zu bekämpfen. Bei dem Streik bei BSH (Bosch-Siemens-Hausgeräte) Berlin stand die Abschaffung von Hartz IV auf der Forderungsliste, wie auf der einen Bremer Demo, die von Betriebslinken verschiedener Großbetriebe organisiert worden ist. Dies sind gute Ansätze. Diesen Gedanken möchten wir allen, die sich in Betrieben engagieren, ans Herz legen. ■



Zur Tarifrunde der Länder 2011

Im Frühjahr 2011 fand die Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder statt. Hierzu muss man sich erinnern, dass im Jahr 2005 mit der sogenannten Tarifrechtsreform der BAT (Bundesangestelltentarifvertrag) und die entsprechenden Arbeitermanteltarifverträge abgeschafft und durch einen neuen, erheblich schlechteren Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) ersetzt worden waren (vgl. Arpo 3/2005, 1/2006, 2/2006). In diesem Zusammenhang wurde auch die frühere Tarifeinheit von Bund, Ländern und Kommunen zerbrochen, indem die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) ihren eigenen Weg ging. Damit sind zentrale Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst erst einmal vorbei, und auch deren Ausstrahlung auf andere Bereiche wie Kirchen, Sozialverbände, Bahn, Post und Telekom gibt es nicht mehr. Die TdL koppelte ihre Tarifrunde zeitlich von Bund und Kommunen ab, so dass die Beschäftigten der Länder nun allein in der Auseinandersetzung stehen.

Die stärksten Streikkontingente des öffentlichen Dienstes gab es aber traditionell im kommunalen Bereich (z.B. Entsorgung, Nahverkehr), von dem die Landesbeschäftigten nun abgeschnitten sind. Sie müssen für sich allein kämpfen. Erschwerend kommt hinzu, dass ver.di auf Länderebene am schwächsten organisiert ist. Und diese Ebene wurde noch weiter zersplittert, weil Hessen 2005 aus der Tarifgemeinschaft der Länder austrat und Berlin ihr schon längere Zeit nicht mehr angehört. Eine dringende Aufgabe von ver.di wäre logischerweise die Wiederausführung der Tarifrunden im öffentlichen Dienst. Davon ist die Gewerkschaft zur Zeit jedoch weit entfernt.

Tarifrunden im öffentlichen Dienst werden von Gewerkschaftsseite aufgrund des Kräfteverhältnisses im wesentlichen von ver.di organisiert. Beteiligt sind aber außerdem die DGB-Gewerkschaften GEW (LehrerInnen und andere Beschäftigte des Erziehungswesens), GDP (Polizei) und IG BAU (staatliche bzw. kommunale Forsten) sowie die Tarifunion des Beamtenbundes (dbb-tarifunion). Streikbereite Bereiche auf Länderebene sind z. B. Straßenmeistereien, Schulen und bestimmte Zweige der Verwaltung wie Finanzämter, Justizwesen, unter Umständen die Polizei. Ein Problem ist häufig das zahlenmäßige Verhältnis von Tarif-

beschäftigten zu Beamten und die Bereitschaft letzterer zu aktiver Beteiligung an Arbeitskampfmaßnahmen.

Die Tarif- und Besoldungsrunde 2011 wies drei Besonderheiten auf. Die erste ist die Forderung der GEW nach der Länderentgeltordnung (L-EGO) für angestellte Lehrkräfte, die von ver.di und dbb-tarifunion mit übernommen wurde. Die zweite betrifft die Diskussion in ver.di und GEW um die Beteiligung von Beamten an gewerkschaftlichen Aktionen (Warnstreik und Streiks). Die dritte Besonderheit ist die Forderung nach einer Vorteilsregelung für Gewerkschaftsmitglieder von ver.di und dbb-tarifunion.

Zahlen zum Tarifbereich der Länder

Das Tarifgebiet umfasst alle Bundesländer, ausgenommen Berlin und Hessen. Bei den Ländern einschließlich Berlin und Hessen waren am 30.06.2009 im Tarifbereich 681.800 KollegInnen beschäftigt; gut 196.000 davon arbeiteten als angestellte Lehrkräfte in den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Als Beamte waren in den Ländern 1.239.000 Personen tätig, dazu kamen weitere 181.000 in den Gemeinden. Der Personalabbau war im Bereich der Tarifbeschäftigten besonders spürbar. Allein von 2006 bis 2009 wurden bei diesen 231.560 Stellen vernichtet, bei den Beamten waren es 25.289.

Nach Angaben von ver.di sind bei den Ländern ohne Berlin und Hessen in 2011 gegenwärtig 585.409 tarifliche Arbeitnehmer beschäftigt.

Im Bereich der Länder waren 2009 rund 209.000 Tarifbeschäftigte gewerkschaftlich organisiert, davon bei ver.di rund 102.000. In 2011 dürften es gut 200.000 gewesen sein, da GDP und GEW in 2010 geringfügigen Mitgliederzuwachs hatten und der Mitgliederverlust bei ver.di – insgesamt mit rd. 83.000 – doch erheblich war.

Die angestellten Lehrkräfte

Mit 1.283.000 Beamten und Angestellten (2009) sind bei den Ländern die meisten Beschäftigten im Bereich der Bildung eingesetzt. Hiervon arbeiten rund 834.000 KollegInnen (davon 196.000 im Angestelltenverhältnis) als Lehrkräfte an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen.

Kurzer Vergleich mit der Tarifrunde 2009

Bei der Tarifrunde 2009 beteiligten sich an 12 Streiktagen vom 3.2.2009 bis 27.2.2009 mehr als 179.000 KollegInnen an den Warnstreiks. Dabei ist zu berücksichtigen, dass 2009 einzelne Landesbezirke mehr als einmal warnstreikten. In 2011 trat nur ein Landesbezirk zweimal in den Warnstreik. Die Forderung 2009 war mit 8 Prozent – mindestens 200 Euro – mobilisierender. Das Ergebnis enthielt im Wesentlichen die Erhöhung der Monatsentgelte ab 1.3.2009 um einen Sockelbetrag von 40 Euro plus weitere 3 Prozent. Für die ersten beiden Monate gab es eine Einmalzahlung von 40 Euro. Ab dem 1.3.2010 wurden die Monatsentgelte um 1,2 Prozent erhöht.

Die ver.di-Mitglieder hatten 2009 mehr erwartet. Die Enttäuschung über das Ergebnis war gerade bei den KollegInnen, die im Warnstreik standen und sich zutrauten, einen Streik zu führen, hoch. Die befragten ver.di-Mitglieder stimmten 2009 dem Ergebnis mit 68,8 Prozent und in der GEW mit knapp 84 Prozent zu.

Nach Darstellung der GEW *»haben die Arbeitgeber die Vergütung der angestellten Lehrkräfte einseitig diktiert«*¹. Die Bezahlung der Lehrkräfte wird über Beamtenengesetze oder Arbeitgeberrichtlinien definiert. Die Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder geben hier Orientierung². Dies war zu Beginn des Bundesangestelltentarifvertrags 1961 finanziell kein Nachteil, da die Bruttolöhne entsprechend des damaligen Arbeitnehmeranteils an der Rentenversicherung mit ca. 7 Prozent über den Bruttobeholdungen vergleichbarer Beamter lag. Seit den 70er Jahren stiegen die Sozialabgaben aber kontinuierlich.

*»Verschärfend wirkt das Steuerrecht, welches diese Belastung nicht ausreichend berücksichtigt. Das sorgt zunehmend für Unmut bei den inzwischen mehr als 200.000 angestellten Lehrkräften in den Schulen und ca. 120.000 hauptberuflich Angestellten mit Lehraufgaben an den Hochschulen. ... Tausende Lehrerinnen und Lehrer werden heute während ihres gesamten Arbeitslebens schlechter bezahlt, weil sie nicht die geforderte Ausbildung für die Schulform haben, an der sie lehren – obwohl Schulleitung, Schülerinnen und Schüler und Eltern ihnen gute Arbeit attestieren. Besonders häufig sind hiervon Kolleginnen und Kollegen betroffen, die ihre Ausbildung nach DDR-Recht oder in der Wendezeit absolviert haben. In Zeiten zunehmenden Lehrermangels werden nicht nur mehr Quereinsteiger rekrutiert. Es nehmen auch die Fälle zu, in denen z. B. Grundschullehrkräfte in der Mittelstufe unterrichten oder Hauptschullehrkräfte an beruflichen Schulen. Schon jetzt lehren an Gymnasien etwa zehn Prozent Kolleginnen und Kollegen, ohne über das geforderte Lehramt zu verfügen. Bei den Finanzministern sind sie gern gesehen, weil sie »billiger« sind.«*³ So sind z.B. 2009 54.134 der rund 196.000 angestellten Lehrkräfte in den Entgeltgruppen 1 bis 10 eingruppiert.

Der Anteil der angestellten Lehrkräfte liegt 2009 bundesweit bei durchschnittlich 24,38 Prozent. Auf die Länder verteilt lag der Anteil in Mecklenburg-Vorpommern mit 99,85 Prozent, Sachsen mit 97,14 Prozent, Sachsen-Anhalt mit 83,54 Prozent und Thüringen mit 50,75 Prozent extrem hoch. Brandenburg bildet mit 29,11 Prozent in den neuen Bundesländern eine Ausnahme. In den alten Bundesländern liegt der Anteil außer in Hamburg mit 24,58 Prozent

¹ Was ist pädagogische Arbeit wert? Hrsg. GEW, Ffm, 2007, 4

² vgl. Länder-Entgeltordnung L-EGO, Worum es geht, Hrsg. GEW, FFM, 2009, S.10

³ ebenda, S. 4

und in Bremen mit 23,97 Prozent unter 20 Prozent. Über die aktuelle Verteilung der Eingruppierung in den Ländern können keine Angaben gemacht werden. In dem Vorwort zur Broschüre des GEW-Hauptvorstandes *»Tarifrunde 2011-Entgeltordnung durchsetzen!«* rief Ilse Schaad (Vorstandsmitglied der GEW) die Mitglieder auf, alles dafür zu tun, dass sie in der Tarifrunde 2011 streikfähig seien. Sie stellte fest, dass es ohne massive Streiks 2011 kein gutes Tarifergebnis geben würde.

Forderungen und Warnstreiks

Die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst forderten die Erhöhung der Gehälter und Ausbildungsvergütungen um einen Sockelbetrag von 50 Euro plus eine lineare Erhöhung von 3 Prozent. Die Ablehnung durch die Arbeitgeber führte zu Warnstreiks.

Insgesamt streikten an 11 Tagen den Angaben von ver.di zufolge rund 80.000 Beschäftigte der Länder (die GEW gab 92.000 an). Rund 45.000 der Streikenden sollen VerdianerInnen gewesen sein (Angabe von ver.di). Bei den weiteren 35.000 handelte es sich vorwiegend um Mitglieder der GEW und mit weitem Abstand von GDP und dbb-Tarifunion. Die Aktionen der Tarifbeschäftigten wurden auch von Beamten unterstützt.

Die Teilnahme von ver.di-Mitgliedern an Warnstreiks in diesem Jahr war gegenüber der letzten Tarifrunde auf Länderebene in 2009 (s. Kasten) wesentlich geringer. Die GEW-Mitglieder waren wegen der Forderung nach L-EGO aktiver als sonst vertreten. Allein am 8.3.2011 legten in Sachsen 20.000 Lehrkräfte die Arbeit nieder und brachten

Vorteilsregelung

ver.di und dbb-tarifunion fordern Vorteilsregelungen für Gewerkschaftsmitglieder. Danach hält die BTK ÖD *»tarifliche Differenzierungsklauseln für geeignet, den gesellschaftlichen Beitrag der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten für die Gestaltung der Arbeits- und Tarifbeziehungen anzuerkennen«*. Die dbb-tarifunion fordert *»eine gewerkschaftliche Vorteilsregelung für dbb-Mitglieder«*. Die Forderung nach einer Vorteilsregelung wurde schon oft von KollegInnen vor und nach Tarifrunden erhoben. Begründet wurde dies u. a. damit, dass sie aktiv sind, für bessere Löhne kämpfen, Beitrag zahlen, von Nichtorganisierten noch dafür angemacht werden, dass der Abschluss so beschissen war. Auch steckt die vage Hoffnung dahinter, dass mehr KollegInnen eintreten und mitmachen. Verkannt wird dabei, dass die Belegschaften dann weiter gespalten werden und die Vorurteile den Gewerkschaften gegenüber bei den Nichtorganisierten wachsen. Zudem muss berücksichtigt werden, dass sich an Warnstreiks oft genug KollegInnen beteiligen, die nicht organisiert sind. Für die organisierten KollegInnen würde eine Vorteilsregelung mit sich ziehen, dass dem Arbeitgeber eine Liste der Mitglieder vorgelegt werden muss, damit er die vertragliche Vorteilsregelung erfüllen kann.

Es ist nicht auszuschließen, dass weitere mit der Gewerkschaft unzufriedene und verängstigte Mitglieder aus der Gewerkschaft austreten, weil sie nicht wollen, dass der Arbeitgeber Kenntnis über ihre Mitgliedschaft bekommt. Mit dieser Liste erfährt er auch den konkreten Organisationsstand der Gewerkschaft in seinem Betrieb und kann entsprechend agieren, wenn ihm die Aktivitäten im Betrieb zuwiderlaufen. Auch der möglichen Benachteiligung einzelner Mitglieder gegenüber Nichtmitgliedern wird damit Tor und Tür geöffnet.

damit ihre Forderung nach mehr Entgelt und der Eingruppierungsordnung deutlich zum Ausdruck.

Die Gründe für die mangelnde Bereitschaft der Mitglieder, dem Aufruf ihrer Gewerkschaft zum Warnstreik in großer Anzahl zu folgen, waren vielfältig. Eine Rolle spielten die enttäuschten Erwartungen auf hohe Lohnerhöhungen in der Tarifrunde 2009 und die nicht genutzte Bereitschaft von Belegschaften, in den Streik treten zu können.

Das Auseinanderklaffen von Forderung und Ergebnis in 2009 hat auch bei den Diskussionen um die Aufstellung der Forderung für 2011 eine gewichtige Rolle gespielt. Es sollten »realistische« Forderungen aufgestellt werden, um keine überhöhten Erwartungen zu schüren.

Andere Gründe für die geringe Warnstreikbeteiligung sind darin zu finden, dass die Aktionen in den vergangenen Tarifrunden vorwiegend von KollegInnen getragen worden sind, die mittlerweile auf Grund ihres Alters aus dem Berufsleben ausgeschieden sind. Die neuen Mitglieder können den Verlust an Kampferfahrung und -bereitschaft noch nicht ausgleichen. Bemerkenswert ist auch, dass sich bei diesen Warnstreiks längst nicht alle organisierten Mitglieder beteiligten. Da mag der Frust: *»Es nützt ja eh nichts, wir sind so wenige!«*, und die bittere Einsicht, flächendeckend schlecht aufgestellt zu sein, auch eine Rolle gespielt haben.

Die Gewerkschaftsführung im ver.di-Fachbereich 6 war nicht unbedingt auf einen Streik aus. Aus dem hauptamtlichen Bereich war aber zu hören, dass der Arbeitskampf vorzubereiten sei, wenn es am 9.3.2011 zu keiner Einigung kommt. In den Verwaltungen sind es die ehrenamtlichen Vertrauensleute und Personalräte, die mobilisieren. Diese haben in der Regel Interesse daran, dass ihre KollegInnen sich beteiligen und dem Aufruf ihrer Gewerkschaft folgen.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TDL)

Möllring, der Vorsitzende der TDL, sah in einer Pressemitteilung am 14. Dezember 2010 keinen Spielraum für deutliche Erhöhungen. Er begründete dies damit, dass *»die Länder ... 2011 weiterhin weniger Steuern einnehmen (werden) als in 2008 und das bei steigenden Ausgaben. Zudem verbietet die Schuldenbremse im Grundgesetz den Ländern, spätestens ab 2020 neue Schulden zu machen. Das erfordert von den Ländern einen strikten Konsolidierungskurs, der mit stark steigenden Personalkosten nicht zu schaffen ist. Wenn weniger eingenommen wird, kann nicht mehr ausgegeben werden. ... Zudem gebe es auch keinen Nachholbedarf. Der öffentliche Dienst war während der Wirtschaftskrise weder von Lohnkürzungen noch von Kurzarbeit betroffen, ... anders als in der freien Wirtschaft sind die Einkommen des öffentlichen Dienstes in der Krise sogar gestiegen«*.

Ergebnis

Das Ergebnis wurde nach drei Verhandlungsrunden und den Warnstreiks zwischen dem 28.2.2011 und 8.3.2011 am 9.3.2011 erzielt. Abgeschlossen wurde folgendes:

- Ab 2011 gibt es eine Einmalzahlung in Höhe von 360 Euro. Für die Auszubildenden gibt es 120 Euro.
- Ab dem 1.4.2011 werden die Monatsentgelte der Tarifbeschäftigten und Auszubildenden um 1,5 Prozent erhöht. ver.di beziffert die durchschnittliche Erhöhung auf das Jahr bezogen auf 2,3 Prozent.
- Ab dem 1.1.2012 werden die Monatsentgelte der Tarifbeschäftigten und Auszubildenden um weitere 1,9 Prozent heraufgesetzt. Die Monatsentgelte werden anschließend um 17 Euro erhöht, die der Auszubildenden um 6 Euro. ver.di gibt die durchschnittliche Erhöhung auf das Jahr bezogen mit 2,55 Prozent an.

Die geforderte Begrenzung der Laufzeit zum 29.2.2012 konnte nicht erreicht werden. Damit sollte erreicht werden, dass 2012 wieder eine gemeinsame Tarifaufeinandersetzung der Beschäftigten bei Bund, Ländern und Kommunen hätte geführt werden können, um den schwach organisierten Länderbereich im Verbund zu stärken. Der jetzt abgeschlossene Entgelttarifvertrag läuft bis zum 31.12.2012.

Eine verbindliche Regelung zur Übernahme von Auszubildenden für die Dauer von mindestens 24 Monaten konnte ebenfalls nicht durchgesetzt werden.

Die Hauptforderung der GEW, die L-EGO für angestellte Lehrkräfte umzusetzen und die Lehrkräfte in die Entgeltgruppe 14 einzugruppieren, konnte nicht erreicht werden, da die Arbeitgeber nicht bereit waren darüber zu verhandeln.

Der Forderung, das Verhandlungsergebnis auf die Beamten zeit- und inhaltsgleich zu übertragen, kam das Land NRW inzwischen nach.

In Hessen wurde mittlerweile auch ein Abschluss erzielt, den ver.di als gleichzusetzendes Ergebnis wertet.

Reaktion der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder

Die Bundestarifkommission ver.di empfahl mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung die Annahme des Verhandlungsergebnisses und eine Befragung der Mitglieder. Die GEW-Tarifkommission hat das Ergebnis auch akzeptiert und den Mitgliedern zur Befragung vorgelegt.

Bei ver.di nahmen das Angebot 82,95 Prozent der Befragten an. In der GEW stimmten die Mitglieder trotz massiver Kritik auf Mitgliederversammlungen und via Internet an der fehlenden L-EGO mit 82,9 Prozent dem Abschluß zu. Ilse Schaad, Verhandlungsführerin der GEW, wertete das Ergebnis der Befragung dahingehend, *»dass die GEW-Mitglieder das Verhandlungsergebnis differenziert bewertet haben. Sie haben dem Tarifiergebnis zugestimmt, ohne das Thema Entgeltordnung für Lehrkräfte aufzugeben. Im Gegenteil: Die Mitglieder Diskussionen haben gezeigt, dass es eine »jetzt-erst-recht-Stimmung« gibt«*.⁴ Auch bei mehr Kampfbereitschaft wäre es fraglich gewesen, ob ein Streik zustande gekommen wäre oder gar längere Zeit hätte durchgehalten werden können. Die Forderung nach 50 Euro und 3 Prozent wurde von allen Beteiligten getragen. Die besonderen Forderungen der Lehrer hätten aber zu einer Schwächung des Streikes geführt, da die Masse der Kolleginnen von Lehrern-»Löhnen« nur träumen können. Ein »Solidaritätsstreik« mit den Lehrern hätte wenig Aussicht auf Erfolg gehabt. Achim Meerkamp (Leiter des ver.di-Bundesfachbereichs 6) fasste diesen Sachverhalt folgendermaßen zusammen: *»Letztlich war entscheidend, dass die AG die Verhandlungen an der EGO Lehrerinnen hätten scheitern lassen und an die Presse gegangen wären, um zu erklären, auf welches Angebot wir verzichten, um in den Streik für die Lehrer zu gehen. Hier wurde von unseren Verhandlungsspitzen gemeinsam eingeschätzt, dass dies erhebliche Probleme bei der Urabstimmung gegeben hätte. Deshalb werden wir aber auch zukünftig an der Seite der GEW für eine Lehrereingruppierung kämpfen.«*

In welcher Form dieser Kampf *»auch (!) zukünftig an der Seite der GEW für eine Lehrereingruppierung«* stattfinden solle, nachdem er in dieser Tarifrunde sang- und klanglos abgeblasen worden war, verriet er freilich nicht. Hier müssen die KollegInnen, die eine entschlossene Auseinandersetzung dafür anstreben, sich frühzeitig Gedanken machen und die Kräfte sammeln. ■

⁴ GEW Pressemitteilung 1.4.2011

Die Diskussion um den Beamtenstreik

Aktueller Ausgangspunkt um die in ver.di und GEW wieder aufgenommene Diskussion um das Streikrecht von Beamten ist das Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf, Aktenzeichen: 31 K 3904/10.O vom 15.12.2010. Eine verbeamtete Lehrerin nahm Anfang 2009 an einem dreitägigen Warnstreik, zu dem die GEW Köln aufgerufen hatte, teil. Die Bezirksregierung Köln ahndete dies disziplinarisch und verhängte eine Geldbuße in Höhe von 1.500 Euro. Mit rechtlicher Unterstützung der GEW zog die Lehrerin vor Gericht. Das Gericht hob die Disziplinarverfügung auf.

»Als Begründung gab das Gericht an, dass Lehrer nicht in beamtenrechtlichen Kernbereichen tätig seien. Dadurch könnten sie für eine Teilnahme an einem Arbeitskampf nicht belangt werden. Für andere Beamtengruppen habe das Urteil keine Auswirkungen. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Sache ließ die Kammer die Berufung gegen das Urteil beim Obergericht in Münster zu.

In der mündlichen Urteilsbegründung wies die Erste Landesdisziplinarkammer des Verwaltungsgerichts zunächst darauf hin, dass die Teilnahme an Warnstreiks weiterhin als Dienstvergehen betrachtet werden müsse. Verantwortlich dafür seien die im Grundgesetz verankerten Grundsätze des Berufsbeamtentums, wonach Beamte nicht streiken dürfen.

Dass verbeamtete Lehrer aber ohne disziplinarische Konsequenzen streiken dürfen, begründeten die Richter mit der neueren Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg. Demnach verstößen Disziplinarmaßnahmen gegen bestimmte Beamtengruppen wegen der Teilnahme an Streiks gegen die in der Europäischen

Menschenrechtskonvention verankerte Koalitionsfreiheit. Diese Rechtsprechung sei in der völkerrechtsfreundlichen Auslegung des Disziplinarrechts zu berücksichtigen.«⁵

Da dieses Urteil von Bedeutung ist, ließ die Kammer zu, dass das Land NRW Berufung beim Obergericht in Münster einlegen kann. Auf einer gemeinsamen Tagung von ver.di- und GEW-Personalräten beschäftigten sich Gewerkschafter am 21.2.2011 in Düsseldorf mit der Teilnahme von Beamten an gewerkschaftlichen Aktionen. Sie betrachteten dabei verschiedene Rechtssprechungen. Der Referent sah in dem Düsseldorfer Urteil ein erstes bahnbrechendes Urteil.

Innerhalb von ver.di NRW wurde nun in den einzelnen Bezirken ein Beamter gesucht, der bereit wäre zu streiken. Gesucht wurden Beamte, die sich aufgrund ihres Alters und Beendigung ihrer Laufbahn nichts mehr »zerstören« könnten. Es wurde jedoch niemand gefunden. Dies ist nicht verwunderlich, da diese Aktion nicht in der Beamtenschaft diskutiert und über einen längeren Zeitraum vorbereitet wurde. Streiken ist zudem für das Gros der Beamten ein Fremdwort. Die verbeamteten Feuerwehrleute dürften dafür am ehesten ansprechbar sein. Die dbb- tarifunion verurteilte, dass ver.di und GEW die Beamten zur Streiks aufrufen. Ein zentraler Aufruf von ver.di oder GEW, in dem die Beamten zum Warnstreik aufrufen wurden, ist jedoch nicht bekannt!

⁵ <http://www.focus.de/finanzen/recht/urteil-verbeamtete-lehrer-duerfen-streiken> (vom 15.12.2010)

■ AKTIONSTAG DER BERLINER GEW

»Alte Stärken«

Unter diesem Motto fand am 5. April in Berlin eine Demonstration der Berliner Lehrerinnen und Lehrer statt, an der gut 6.000 Menschen teilnahmen. Ziel der Demonstration war es, den rot-roten Senat zur Wiedereinführung der Altersermäßigung für Lehrkräfte zu veranlassen. Ermutigend für diese Kampagne waren die Erfolge der Hamburger Lehrkräfte in gleicher Sache im Jahr 2009.

Die Kampagne wurde im Sommer 2010 durch die Übergabe von 10.000 Unterschriften Berliner LehrerInnen an den Schulsenator Zöllner (SPD) eingeleitet und mit einer Demonstration von knapp 2.000 Kolleginnen und Kollegen nach Schulschluss im November fortgesetzt. Die damalige geringe Zahl der Teilnehmer drückte einerseits das Unverständnis der Lehrerschaft für das Ziel der Kampagne aus, andererseits aber auch die Skepsis, mit einer Nachmittagsveranstaltung den Senat beeindrucken zu können.

Der Streik ab Fünf vor Zwölf am 5. April

Umso überraschter waren die Kampagnenleiter, die eine Teilnehmerzahl von 3.000 erwartet hatten, über die Größe der Demonstration. Die Route verlief durch das Zentrum Berlins. Verloren sich die Kundgebungsteilnehmer im November noch auf dem riesigen Alexanderplatz, so reichte diesmal die Lautsprecherkapazität nicht, um alle zu erreichen. Inwieweit die Inhalte den Schulsenat erreichten, ist noch nicht abzusehen. Eines aber wurde erreicht: Die Ankündigung der Kürzung der Besoldung für den nichtge-

leisteten (bestreikten) Unterricht. Diese Maßnahme wurde bereits einige Tage zuvor den Lehrern per Rundschreiben angekündigt.¹ Das Schreiben verfehlte offensichtlich seine Wirkung.

Ermutigend wirkte das Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom Herbst 2010. Einer verbeamteten Kölner Kollegin wurde das Recht auf Streikteilnahme zugestanden, da die Tätigkeit einer Lehrerin oder eines Lehrers keine hoheitlichen Kernaufgaben beinhalte.

Als besonders erfreulich konnten die Streikleitungen feststellen, dass sich ein großer Teil auch nichtorganisierter Kolleginnen und Kollegen (geschätzt 40 Prozent) an dem Streik beteiligt hatte, sowie eine größere Anzahl von KollegInnen aus den Schulleitungsgremien.

Erfreulicherweise unterstützte die Landeselternvertretung die Forderungen der Lehrkräfte sowie auch ihre Aktionsform. Ihr früherer Sprecher hatte sich dagegen jahrelang eher abwertend gegenüber den Lehrkräften geäußert. Unausgegorene, »kostenneutrale« Schulreformen zeigten inzwischen auch in der Elternschaft Wirkung.

Schulreformen und die besondere Belastung der »Alten«

Zu diesen Schulreformen gehören das Projekt Jahrgangsbübergreifendes Lernen (JÜL, z.B. gemeinsames Lernen von Erst- bis Drittklässlern), die Veränderung der Schullandschaft durch die Umwandlung von Haupt- und Realschulen

in Integrierte Sekundarschulen (ISS mit und ohne Oberstufe), die Bildung von Gemeinschaftsschulen (Klassen 1-10) bei gleichzeitiger Umwandlung funktionierender Gesamtschulen, die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur (G8), die Einführung von Ganztagschulen im Grundschulbereich, die Durchführung von Tests (VERA 3 und 8). Abgesehen von der »Testerei« waren dies durchaus überwiegend vernünftige Reformen, die auch von der GEW im Wesentlichen befürwortet wurden. Sie werden jedoch mit einem Tempo durchgeführt, das den Entwicklungsbedingungen der Kollegien nicht entspricht. So führen die durch diese Maßnahmen bedingten Belastungen aufgrund des hohen Durchschnittsalters der Kollegen, bei hoher Pflichtstundenzahl (sie wurde seit 1992 dreimal erhöht) und gleichzeitigem Wegfall der Altersermäßigung zu physischen und auch psychischen Erkrankungen. Dies drückt sich in der hohen Zahl von 1.400 Langzeitkranken aus. Ein Tatbestand, der zwar öffentlich anerkannt wird, dem jedoch aus Haushaltsgründen nicht entgegengetreten wird.²

Wie geht's weiter?

Mit der Aktion vom 5.4. ist die Kampagne nicht zu Ende: Auf der Landesdelegiertenversammlung am 12./13. April wurden weitere Schritte beratschlagt. Einig war man sich darin, dass zur Durchsetzung der Forderung nach Wiedereinführung der Altersermäßigung die Unterstützung der

Öffentlichkeit nötig ist und dass der Druck gesteigert werden muss – sei es durch Vergrößerung der Streikdauer oder der Teilnehmerzahl oder durch andere Aktionen im Bündnis mit den Eltern und SchülerInnen. Als ein Druckmittel werden die im September stattfindenden Wahlen zum Berliner Landesparlament, dem Berliner Abgeordnetenhaus, angesehen. Auch die Ausweitung der Forderungen hin zu einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit der Lehrkräfte wird diskutiert.

Da der Berliner Senat Lehrer nicht mehr verbeamtet, gehen die jungen, in Berlin ausgebildeten Lehrkräfte in andere Bundesländer. Es kommt zu der widersinnigen Situation, dass der Schulsenat verbeamtete Lehrer aus anderen Bundesländern anwerben muss.

16. März 2011 ■

1 Verantwortlich zeichnete für dieses Schreiben der ehemalige Vorsitzende der GEW, der im Jahre 2000 für den bis dahin größten Lehrerstreik verantwortlich gewesen war und damit die Auseinandersetzung mit dem derzeitigen SPD-Senat um die Bedeutung eines beamtenrechtlichen Verbots des Streiks herausforderte.

2 Es ist jedoch anzumerken, dass die GEW sich nicht für die Verbeamtung stark macht, stattdessen die materielle Gleichstellung der angestellten mit den verbeamteten Lehrkräften durch entsprechende Tarifverträge erwirken will. Ein Unterfangen, das durch die Wirksamkeit des Angleichungstarifvertrages bis 2012, Berlin kehrt erst dann in die TdL zurück, erschwert wird.

Erneut große Koalition bei der Hartz-IV-Reform



Am 25. Februar 2011 wurde das sogenannte Regelbedarfsermittlungsgesetz in Bundestag und Bundesrat verabschiedet. Im Hartz-IV-System wird damit der Eckregelsatz für Alleinstehende – das sind gegenwärtig rund 4,7 Mio. Erwachsene – rückwirkend zum 1. Januar 2011 um 5 Euro auf 364 Euro, ab 1. Januar 2012 um weitere 3 Euro auf 367 Euro erhöht. Vorausgegangen war ein »Geschacher ... um drei Euro mehr oder weniger ... die erbärmlichste Farce, die die deutsche Sozialgeschichte je erlebt hat«, so der Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider. Nach zweimonatigen Auseinandersetzungen in parlamentarischen Gremien, vor allem aber in den Medien, stimmten im Bundestag schließlich die Abgeordneten von CDU/CSU, FDP und SPD dafür, Linke und Grüne dagegen, auch im Bundesrat gab es eine klare Mehrheit.

Am 9. Februar 2010 hatte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die bisherige Regelsatzfeststellung durch den Gesetzgeber aus formalen Gründen als verfassungswidrig

verworfen und eine Neuberechnung gefordert. Entgegen vielfach geäußelter Erwartungen bedeutete dies aus Sicht des Gerichtes, der Bundesregierung und der SozialpolitikerInnen von CDU/CSU, FDP und SPD jedoch keineswegs eine automatische Erhöhung der Regelsätze für Erwachsene und Kinder auf ein »menschenwürdiges« Niveau (was immer dies in einem solchen System wie Hartz IV heißen soll). Auch in den sozialen Bewegungen haben viele vor einem solchen Missverständnis gegenüber der staatlichen Praxis gewarnt.

Hartz IV ist Armutsverwaltung

Hartz IV ist als Armutsverwaltung geplant worden und soll dies bleiben. In dem neuen Gesetz ist nicht nur die Erhöhung des Regelsatzes so lächerlich niedrig ausgefallen, dass sie einer Verhöhnung der Anspruchsberechtigten gleichkommt. Es sind auch Verschärfungen enthalten, z.B. bei der Einkommensanrechnung, den Sanktionen, der möglichen Pauschalierung der Kosten der Unterkunft (letzteres z. B. würde dazu führen, dass bei Kürzungen in diesem Bereich die Mehrkosten aus dem Regelsatz bezahlt werden müssen). »Es ist davon auszugehen«, so z.B. die Beratungsinitiative »Tacheles« in Wuppertal, »dass auch dieses Gesetz vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern wird ...«, weil auch diesmal die Willkür in der Regelbedarfsfestlegung offensichtlich sei. Aber ohne wirksame Proteste der Betroffenen, unterstützt von einsichtigen Intellektuellen (so Tacheles), »werden die Existenzbedingungen Jahr für Jahr in diesem Land verschärft, der Profit des Kapitals maximiert, die Menschen weiter ausgeplündert, demokratische Rechte durch Gesetze, Wasserwerfer und Polizeiknüppel Stück für Stück abgebaut. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen schreien danach, dass auch in den europäischen Metropolen der Schrei gegen Ungerechtigkeit durch die Straßen hallt.«

Der Regelsatz umfasst den Teil der Hartz-IV-Leistung, aus dem insbesondere Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Bedarfe des täglichen Lebens sowie »in vertretbarem Umfang« auch Beziehungen zur Umwelt und Teilnahme am kulturellen Leben bestritten werden müssen (§ 20 Abs. 1 SGB II). Er enthält z. B. folgende Teilbeträge (jeweils monatlich):

- für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke 128,46 Euro (pro Tag: 4,18 Euro);
- für Strom und Wohnungsinstandhaltung 30,24 Euro;
- für Möbel, Hausgeräte und Heimtextilien 27,41 Euro;
- für die Fahrt mit Bus und Bahn sind 22,78 Euro;
- für Freizeit, Unterhaltung, Gaststättenbesuch und Kultur 7,16 Euro.

Einmalige Beihilfen nach SGB II § 23 wie Erstausstattung von Wohnungen, Bekleidung und bei Schwangerschaft und Geburt, Leistungen für mehrtägige Klassenfahrten sind nicht von der Regelleistung umfasst und werden gesondert erbracht. Ebenso gehören nicht dazu die Aufwendungen für Kosten der Unterkunft (Miete, Heizung), die nach tatsächlichem Bedarf gezahlt werden; allerdings muss die Wohnung nach Preis und Größe »angemessen« im Sinne der bewilligenden Behörde sein. Diese Aufteilung gilt grundsätzlich für Leistungen im Rahmen von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (SGB II) sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII). Pauschalen für Tabak und Alkohol gibt es nicht mehr in den neuen Regelsätzen.

Der Regelsatz (neuerdings »Regelbedarf« genannt) wird nach einem komplizierten Erhebungsverfahren unter den 20 Prozent (neuerdings 15 Prozent) ärmsten Gruppen der Bevölkerung ermittelt und pauschaliert. Grundlage ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder in mehrjährigen Abständen ermittelt wird. Die letzte EVS fand 2008 statt, die nächste ist für 2013 vorgesehen.

Grundsätzlich wird die Regelsatzleistung von den Kommunen finanziert, während für die Kosten der Unterkunft, die hier keine Rolle spielen, der Bund aufkommt.

»Geschacher um drei Euro«

»Wieder entsprangen die von der Regierungskoalition getroffenen Entscheidungen reiner Willkür und waren der Haushaltslage angepasst«, schreibt Christoph Butterwegge, Politikprofessor und »Armutsforscher« (www.nachdenkseiten.de). Er beschreibt, dass man von 364 Euro »in unserer Wohlstands- und Konsumgesellschaft keinesfalls menschenwürdig leben, sich weder gesund ernähren noch sich gut kleiden und erst recht nicht am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilhaben« kann. Absurdes Beispiel: Um bei scheinbarer Einhaltung der vom Gericht geforderten Transparenz der Berechnungsmethode den Regelsatz auf gleicher Höhe (plus 5 Euro) halten zu können, hat man den Langzeitarbeitslosen 19,10 Euro monatlich für Tabak und Alkohol gestrichen – unabhängig davon, ob sie diese Güter nachfragen oder nicht.

Weil die Koalition ihre Mehrheit im Bundesrat nach der NRW-Wahl verloren hat, musste sie einen Kuhhandel mit der SPD beginnen, der in parlamentarischer Sprache »Vermittlungsausschuss« heißt. Hier standen die Positionen so, dass die Bundesregierung von der 5-Euro-Erhöhung nicht

abgehen und die SPD ihr Gesicht wahren wollte. Wer glaubt, es ginge um die Interessen der Hartz-IV-Anspruchsberechtigten, sollte sich überlegen, was man mit 5 Euro anfangen kann. »Das Resultat ist eine Bankrotterklärung der etablierten Politik«, so Butterwegge in seiner Kritik. Diese Auffassung grassiert auch in weiten Teilen der Gewerkschaften, der Wohlfahrtsverbände und der sozialen Bewegungen. Die Frage ist aber, nach welchen Kriterien bürgerliche Politik gemacht wird. Illusionen sind hier unangebracht.

Der Sinn der rigiden Deckelung der Regelsätze ist ein doppelter. Zum einen will die Regierung bei den Sozialkosten sparen, und das tut sie mit Vorliebe bei den Ärmsten, die sich am wenigsten wehren. Zum anderen geht es um das sogenannte Lohnabstandsgebot: Sozialleistungen sollen niedrig bleiben, damit Beschäftigte mit mehreren Kindern ein höheres Einkommen haben, als wenn sie nicht arbeiten. So ist die Formulierung mit Blick auf den Stammtisch. Umgekehrt wird jedoch ein Schuh daraus: Hartz IV soll gedrückt werden, damit für das Kapital der Spielraum wächst, Löhne weiter unter das gesellschaftliche Existenzminimum zu senken.

Kritikpunkte aus den Reihen der Anti-Hartz-IV-Initiativen beziehen sich: 1. auf die Berechnungsgrundlage (statt wie bisher 20 Prozent untere Einkommensgruppen wurden nur 15 Prozent einbezogen), 2. die Verschiebung der Inflationsanpassung von Mitte 2011 auf Anfang 2012; 3. weiterhin fehlende Einmalleistungen für langfristige Gebrauchsgüter und 4. Verschärfungen in Einzelfragen wie etwa Kosten der Unterkunft, Darlehensgewährung und Einkommensanrechnung. Das Existenzminimum wurde erneut abgesenkt. Die Partei Die Linke bereitet angeblich eine Verfassungsklage vor, aus den Reihen der Betroffenen ist das ebenso zu erwarten. Von Protesten auf der Straße bzw. Planungen dafür ist gegenwärtig noch nichts zu sehen.

Das »Bildungspaket«

Ausgangspunkt des Gerichtsverfahrens war eigentlich die frühere Festlegung, die Regelsätze für Kinder als prozentualen Abschlag vom Eckregelsatz für erwachsene Alleinstehende zu bestimmen: Kinder bis sechs Jahre gleich 60 Prozent, sechs bis dreizehn gleich 70 Prozent und ab vierzehn gleich 80 Prozent. Jetzt ist klar, was Eltern schon immer wussten: Kinder, die z. B. wachsen, altersspezifische Ernährung brauchen, zur Schule gehen, haben eigene Bedarfe¹. Als Babys brauchen sie z. B. Windeln, aber keine (inzwischen ohnehin abgeschafften) Tabakwaren. Der Zynismus der Umgangsweise drückte sich nun in der Behauptung der »Sozial-« Ministerin aus, aufgrund der neuen Berechnungsmethode, die aus dem Urteil folge, müssten eigentlich die bisherigen Kinderregelsätze sogar gesenkt werden. Man tue dies aber nicht, und zwar wegen des »Vertrauensschutzes«.

Die Regelleistung für Kinder wird also nicht verändert. Kinder bis fünf Jahre bekommen 215 Euro, Kinder von sechs bis 13 Jahren 251 Euro. Die 14 bis 18-Jährigen erhalten 287 Euro Regelleistung. Zu erwarten ist nun, dass die Kinderregelsätze an den Erhöhungen kommender Jahre erst mal nicht teilnehmen, um den jetzigen angeblichen Mehrbetrag »abzuschmelzen«.

Damit die Empörung nicht gar so groß wird und die Regelung nicht gleich wieder vom Bundesverfassungsgericht kassiert wird, wurde das Bildungspaket erfunden. 250 Euro

1 Bedarf ist in Systemen der sozialen Sicherung wie Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II, Sozialgeld die Bezeichnung für die Anspruchsberechtigung. Der Bedarf ist derjenige Betrag, den der Berechtigte zur angemessenen finanziellen Deckung seines Lebens beanspruchen kann, allerdings nur im Rahmen der gesetzlichen Regelungen. Bei Hartz IV z. B. setzt er sich aus der Regelbedarfsleistung und den Kosten der Unterkunft (Miete, Heizung) sowie evtl. Mehrbedarf zusammen.

soll jedes Kind in Hartz-IV-Familien pro Jahr bekommen. Das ist eine Mogelpackung, denn es enthält 100 Euro des schon im vergangenen Jahr eingeführten »Schulbedarfspakets« und 30 Euro für eintägige Klassenfahrten, die bis jetzt im Regelsatz enthalten waren. Am Ende geht es nur um 10 Euro monatlich pro Kind. Davon sollen finanziert werden können: warmes Mittagessen, kostenlose Beförderung von Schülern ab der zehnten Klasse, Nachhilfe- und Musikunterricht, Training im Sportverein sowie der Besuch von kulturellen Veranstaltungen, wie etwa ein Theaterbesuch. Eine wirkliche Teilhabe ist nicht mit Beträgen vorstellbar, die in keinem Verhältnis zur Vielfalt der Aufgaben stehen.

Ein weiteres Problem ist die angedachte Gutscheine Regelung. Diese, so die Begründung hierfür, diene dazu, dass die Leistungen auch bei den bedürftigen Kindern ankommen. Die Eltern werden unter Generalverdacht gestellt, dass sie das Geld lieber für Alkohol und Flachbildschirme verschleudern, statt ihre Kinder zu fördern, und diese werden bei der Vorzeige des Gutscheins als Armutskinder stigmatisiert. Wie viele andere eher fortschrittliche Soziologen weist auch Butterwegge daraufhin, dass Geld in öffentliche Einrichtungen statt in private Haushalte gesteckt werden sollte: »Grundsätzlich müsste stärker als bisher in unsere soziale Infrastruktur allgemein und besonders in die Betreuungsstruktur für Kinder investiert werden, die vor allem gegenüber den skandinavischen Ländern einen großen Nachholbedarf aufweist. In den dortigen Gemeinschaftsschulen, die Kinder bis zur 10. Klasse gemeinsam unterrichten, existieren nicht bloß mehr LehrerInnen, sondern auch Sozialarbeiter und PsychologInnen. So kommen Aufwendungen für die Hilfe und Betreuung auch bei den sozial benachteiligten Kindern an.« Doch die herrschende Politik will dies nicht. Sie will Auslese, damit die Bessergestellten auch bei der Erziehung und Förderung ihres Nachwuchses ihren strukturellen Vorteil voll nutzen können.

Lohnabstandsgebot und Mindestlohn

Der zweite Themenschwerpunkt in den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss war die Auseinandersetzung um einen gesetzlichen Mindestlohn. Der Grund dafür ist die Wechselbeziehung zum Eckregelsatz als gesetztes Existenzminimum.

Schon lange setzt das Kapital in der internationalen Konkurrenz um Weltmarktanteile auf Senkung der Lohnkosten. Die Rahmenbedingungen, unter denen die Rundumsicherung durch den Sozialstaat als wesentlicher Faktor zur Erhaltung des »sozialen Friedens« und zur Bestandspflege qualifizierter Arbeitskraft galt, lösten sich schon gegen Ende der Blockkonfrontation (des »Kalten Krieges«) allmählich auf. Es war aber nicht die damalige schwarz-gelbe Koalition, sondern die nachfolgende von SPD und Grünen unter Schröder/Fischer, die mit den Hartz-Gesetzen den tiefsten Einschnitt in das Gefüge der sozialen Absicherung setzten. Ein Kernpunkt ihrer Philosophie war, in Deutschland einen Niedriglohnsektor schaffen zu wollen. In dieser Tragweite hat das damals kaum jemand verstanden, aber die Initiatoren dieser Politik (zu nennen wäre z. B. noch Walter Riester) sind heute noch stolz auf ihre »Leistung«.

Hier kommt nun das sogenannte Lohnabstandsgebot ins Spiel. In allen Varianten klagen PopulistInnen in der Politik und am Stammtisch ein, »dass, wer arbeiten geht, mehr haben müsse als derjenige, der zu Hause bleibt«. In konkrete herrschende Politik übersetzt, heißt das: Um dem Kapital Spielraum zur Lohnsenkung zu eröffnen, müssen Lohnerersatzleistungen massiv gekürzt werden. Also hat man das Arbeitslosengeld verschlechtert, die Arbeitslosenhilfe abgeschafft und die Sozialhilfe unter der neuen Bezeichnung »Arbeitslosengeld II« auf die Gruppe der Langzeiterwerbs-

losen ausgedehnt. Dazu hat man die Bestimmungen reformiert, die Repressionsmöglichkeiten verschärft und das früher nur vereinzelt angewendete Instrument der 1-Euro-Jobs systematisiert und verallgemeinert. Hinzu kommen »Liberalisierungen« des Zugriffs der Unternehmen auf Leiharbeit. Seitdem weisen die Statistiken eine stetige Vergrößerung des Niedriglohnsektors aus.

Zum Bereich des Sozialabbaus durch Hartz-Gesetzgebung u. a. gehört im Übrigen mehr: z. B. die Rentenverschlechterung, die Verschärfungen in der Gesundheitspolitik, die Privatisierung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Zweck ist auch nicht immer unmittelbar Lohnkostensenkung, sondern Befreiung der Unternehmen von lästigen Steuern und Sozialkosten, Schaffung von Anlagensphären für das Kapital etc. In den jüngsten Hartz-IV-Reformen spielten diese Faktoren jedoch keine Rolle.

Lohnuntergrenze für die Leiharbeit?

In den Verhandlungen mit der Koalition im Vermittlungsausschuss versuchten SPD und Grüne, eine alte Forderung der sozialen Bewegungen in das parlamentarische Geschacher einzubringen: den gesetzlichen Mindestlohn als Untergrenze des tariflichen Lohnsystems. Als Strategie verbinden die einen damit, das Sozialsystem nach dem tiefen, durch SPD/Grüne verursachten Absturz ins Hartz-IV-System auf diesem Niveau wieder zu stabilisieren und die Stimmen der hierfür mäßig dankbaren WählerInnen einzufahren. Die anderen – z. B. Teile der Gewerkschaften, der sozialen Bewegungen und der Partei Die Linke – verstehen das als Haltelinie gegen Lohn- und Sozialabbau, um von hier aus in die Offensive im Kampf um soziale Rechte zu kommen.

In den Verhandlungen zwischen Regierungskoalition und SPD-regierten Ländern wurde das Thema sachfremd verkürzt. Die Forderung eines allgemeinen, flächendeckenden, branchenübergreifenden, gesetzlichen Mindestlohns prallte an CDU/CSU und FDP ab. Die Linke wurde ohnehin außen vor gehalten. Die Grünen hatten immerhin für einen höheren Regelsatz gekämpft und die Verhandlungen verlassen, weil das nicht gelang. Die SPD ließ sich mit dem Versprechen einer Mindestlohnregelung in den Bereichen Leiharbeit, Weiterbildung und Wachgewerbe abspeisen.

Überraschenderweise drängen seit Monaten ausgerechnet die Unternehmerverbände auf eine solche Maßnahme. Am 1. Mai öffnen sich nämlich die Grenzen für osteuropäische ArbeitnehmerInnen, deren »Freizügigkeit« in der Europäischen Union bisher im Zuge der EU-Erweiterung von 2005 noch ausgesetzt worden war. Nun befürchten offensichtlich auch deutsche Kapitalvertreter, dass Arbeits- und Ausbeutungsbeziehungen auch hierzulande völlig aus dem Ruder laufen und der Standort in gewissem Maße destabilisiert wird. Das scheint sogar für die Kapitalisten so etwas zu sein wie ein Sprung ins Dunkle. Die Alternative wäre die gesetzliche Untergrenze als Stabilitätsmarke, die hierzulande für alle gilt.

Für die Linken in den Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen können die Sorgen von Kapitalisten und Gewerkschaftsvorständen um Konkurrenzfähigkeit und sozialen Frieden kein Maßstab sein. Solange jedoch keine eigene Basis zur Durchsetzung von Forderungen mobilisiert werden kann, gibt es keinen Grund, eine Mindestlohnregelung an sich zurückzuweisen. Vielmehr sollte dann am nächsten Tag gleich ihre Verbesserung gefordert werden.

Um die Absprache der Hartz-IV-Parteien im Bereich der Leiharbeit zu erfüllen, wurde am 24. März der bereits seit einem Jahr (9. März 2010) bestehende Mindestlohtarifvertrag zwischen den DGB-Gewerkschaften und den Arbeitge-

berverbänden dieser Branche in das Entsendegesetz aufgenommen. Dies bedeutet, daß – noch rechtzeitig vor dem 1. Mai – für LeiharbeiterInnen im Westen ein Mindestlohn von 7,79 Euro, im Osten von 6,89 Euro gilt. Dies ist immer noch ein Hungerlohn, der nicht viel mehr als ein Feigenblatt für Gewerkschaften ist, die dem Wachstum der Leiharbeit bisher keinen konsequenten Widerstand entgegenzusetzen haben.

Wachsen muss die Einsicht, gegen die geplanten Verschärfungen und für wirksame Verbesserungen kämpfen

zu müssen, vor allem in den Gewerkschaften. Die Forderung nach einer deutlichen Erhöhung des Regelsatzes auf 500,- Euro hängt unmittelbar zusammen mit dem Eintreten für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Hier haben sich große Teile der sozialen Bewegungen auf 10,- Euro verständigt; der DGB fordert mittlerweile immerhin 8,50 Euro. Aber auch dafür müsste er etwas tun, was über den bloßen Appell an vermeintliche sozialpolitische Vernunft hinausgeht.

20. April 2011 ■

Funktions- und Versammlungsverbote gegen Kasseler Metaller



Daimler-KollegInnen am 1. Mai 2011

Nach den Ausschlussverfahren gegen Kollegen des Berliner Daimler-Werks bekamen drei Kollegen aus Kassel im September 2010 Post von der IG-Metall Nordhessen. Wegen der Kandidatur auf einem »nicht von der IG-Metall getragenen Wahlvorschlag« wurde ein Untersuchungsverfahren nach § 10 der IG-Metall Satzung eingeleitet. Dem Kollegen Michael Fuchs wurde noch vorgehalten, er unterstelle gewählten IG-Metall-Betriebsräten Korruption, ohne dies belegen zu können.

Im Kasseler Daimlerwerk stellen 2.895 Beschäftigte, davon ca. 2/3 in Produktion und Instandhaltung, 1/3 in der Verwaltung, Achsen, Gelenkwellen und Komponenten für LKWs und den Sprinter her. Die Geschichte des Werks beginnt 1810 als »Kanonen- und Glocken- (!) Gießerei Henschel«. 1848 beginnen die Henschel-Werke mit dem Lokomotivbau. In den folgenden Jahrzehnten steht der Name Henschel für die industrielle Entwicklung Kassels. 1924 beginnt die LKW-Produktion, 1943 werden die Werke im Bombenkrieg fast vollständig zerstört. Die Arbeiter retten die Maschinen aus den Trümmern und 1945/46 werden wieder Lokomotiven und LKWs repariert. 1969 erfolgt

unter Beteiligung der Daimler-Benz-AG die Gründung der Hanomag-Henschel Fahrzeugwerke. Zu diesem Zeitpunkt hat das Werk mit ca. 5.200 Mitarbeitern fast doppelt so viele Beschäftigte wie heute. In den Jahren bis 1980 wird die Produktion zunehmend von LKWs auf Achsen umgestellt. Ab 1995 läuft die Entwicklung in Stuttgart, produziert wird in Kassel und Gaggenau. 2001 wird mit 10 Millionen Achsen aus Kassel und 1,5 Millionen aus Gaggenau ein Produktionsrekord erzielt.

Die Geschichte der Alternativen Metaller im Kasseler Werk beginnt 1989 mit einer »Initiative für Persönlichkeitswahl«, getragen von neun IG-Metall-Kollegen. Hintergrund ist der schleichende Arbeitsplatzabbau und eine massive Kritik an der Politik des damaligen Betriebsrates: Hinnahme von Kostensenkungsmaßnahmen mittels Leistungsverdrückung zu Lasten der Beschäftigten. Bei der Betriebsratswahl 1987 wurde eine massive Untergrundkampagne gegen kritische BR-Mitglieder geführt: »Im Werk Kassel geh'n die Lichter aus, fliegen nicht die Kommunisten raus!« Von den vier kritischen BR-Mitgliedern landeten daraufhin drei auf aussichtslosen Listenplätzen.

Im Oktober 1989 wurden die Mitglieder der »Initiative« von allen gewerkschaftlichen Initiativen und Sitzungen des IGM-Vertrauenskörpers im Betrieb ausgeschlossen, weil sie auf der Sitzung am 3.10.89 eine Erklärung »Für Persönlichkeitswahl und konsequente Betriebsratspolitik« verteilt hatten. Die Persönlichkeitswahl scheiterte 1990 am CMV und dem mangelnden Engagement der IGM. Daraufhin kandidierte erstmals die Liste »Alternative Metaller«, erhielt 17 % und zog mit vier Mandaten in den Betriebsrat ein. Bis heute sind die »Alternativen« kontinuierlich im Betriebsrat vertreten und geben die Betriebszeitung »Nachrichten vom Mercedesplatz« heraus. Sie haben sich immer öffentlich für Persönlichkeitswahl in Form einer geordneten, offenen Betriebsratsliste eingesetzt, 1998 und 2006 mit Erfolg.

Die IG-Metall reagierte bereits 1990 mit Ausschluss bzw. Funktionsverboten. Zwar konnte die Wiederaufnahme in die IGM durch mehrere Instanzen bis zum Bundesgerichtshof erstritten werden. Die IGM zog aber bis vors Bundesverfassungsgericht und bekam 1999 recht, Mitglieder konkurrierender Listen ausschließen zu können.

In den BR-Wahlen 1994, 1998 und 2002 bekamen die »Alternativen« zwischen 22 und 39 % der Mandate. 2002 wurden alle Alternativen mit der Begründung aus der IG-Metall ausgeschlossen, sie hätten mit ihrer Liste die Persönlichkeitswahl verhindert und sich somit gewerkschaftsschädigend verhalten. Diese Begründung entspricht nicht den Tatsachen. Die Alternativen hatten sich mit der betrieblichen IGM-Leitung schon auf eine offene Betriebsratsliste geeinigt. Gescheitert war die Persönlichkeitswahl schließlich an der Zweiergruppe »Metaller für Alle« die eine eigene Liste beim Wahlvorstand eingereicht hatte. Daraufhin reichten die Alternativen ihre Sicherheitsliste ein, was vorher so mit der IGM vertraglich vereinbart worden war. Gegen den Ausschluss, insbesondere gegen die falsche Begründung, wurde beim IG-Metall-Kontrollausschuss und -Beirat Beschwerde eingelegt. Die Beschwerden wurden aus formalen Gründen abgelehnt. Bei der Persönlichkeitswahl 2006 erhielten die Alternativen 26 % der Stimmen, wobei ihr erster Kandidat mit 1201 Stimmen den amtierenden IGM-Betriebsratsvorsitzenden, einen ehemaligen Alternativen, mit 1067 Stimmen klar abhängte. In der Listenwahl 2010 erzielten die Alternativen 4 Mandate, das entspricht knapp 20 % der Stimmen.

Anlässlich eines bundesweiten Treffens von Daimler-Betriebsräten fand am 4. Februar in Kassel eine mit ca. 70 Teilnehmern sehr gut besuchte Solidaritätsveranstaltung statt (JW, 7.2.2011). Kolleginnen und Kollegen aus sechs Daimler und zwei VW-Werken sowie mehrerer kleiner und mittlerer Betriebe berichteten von ihren Erfahrungen mit Betriebsräten der IGM und IG BCE. Wie ein roter Faden zog sich die Kritik an mangelnder bzw. nur formaler Demokratie durch die Beiträge. Abweichende Positionen werden z.T. mit harten Bandagen bekämpft. Einhellig in den Redebeiträgen auch die Ablehnung der Privilegien, die die Betriebsräte genießen und die, gewollt oder ungewollt, zu ihrer Korruption führen. Einhellig auch die Ablehnung der Politik von Co-management und Standortsicherung, in der erkämpfte Rechte und Standards für eine nur scheinbare »Beschäftigungssicherung« hergegeben werden. »Sicherheit« gibt es im Kapitalismus nicht. Jede dieser Vereinbarungen enthält eine Klausel für den Fall krisenhafter Entwicklungen. In mehreren Beiträgen wurde herausgearbeitet, dass die Konkurrenz: Standort gegen Standort – Arbeiter gegen Arbeiter, in letzter Konsequenz wieder von der ökonomischen in die militärische Auseinandersetzung umschlagen kann. Die Angst der herrschenden Klasse vor wirklicher Opposition und politischen Streiks und die Rolle der Gewerkschaftsapparate als Verteidigungsstellung ge-

gen diese Gefahr wurde zur Sprache gebracht: *»Ich werde deutlich machen, dass die gute Antikrisenpolitik fortgesetzt werden muss. Gleichzeitig müssen wir den Industriestandort Deutschland so stabilisieren, dass er seine besondere Bedeutung behält. Gewerkschaften sollten sich um die Arbeit und deren Gestaltung kümmern. Das Streikrecht ist ein ökonomisches Recht zur Regelung von Arbeit. Wir sind keine unpolitischen Organisationen, aber politische Streiks sind nicht Sache des DGB.«* (Michael Sommer im Vorfeld des DGB-Bundeskongresses 2010 in der FAZ)

Am Samstag nach der Veranstaltung versammelten sich ca. 70 VW-Kolleginnen und Kollegen, deren Partner und Kinder vor dem VW-Haupttor in Baunatal. Außer dem Bürgermeisterkandidaten der Linken Kai Boeddinghausen sprachen die anwesenden Daimler-Betriebsräte aus verschiedenen Werken ihre Solidarität aus. Kritisch wurde angemerkt, dass Daimler-Betriebsräte erschienen, aber kein einziger VW-Betriebsrat, VK-Leiter oder IG-Metall-Funktionär. Die angespannte Stimmung im Werk wegen der Arbeitszeitausweitung und des angesichts der sehr guten Geschäftslage als zu gering empfundenen Abschlusses, entspannte sich mit der Nachricht vom 24. Februar, dass im Laufe des Jahres 700 bis 800 Leiharbeiter der WOB-AG in die Stammebelegschaft übernommen werden sollen.

Am 11. Februar standen anlässlich des Kasseler DGB-Neujahrsempfangs eine Handvoll Kolleginnen und Kollegen mit Megaphon vor dem DGB-Haus. Hier äußerte sich der Erste Bevollmächtigte der Nordhessischen IGM, Ullrich Meßmer, erstmalig öffentlich zu den Ausschlussverfahren. Dabei versteckte er sich hinter der Satzung, die ihm keine andere Wahl lasse, als die Verfahren zu betreiben. Zu seinen Aktivitäten als Mitglied des Verteidigungsausschusses der Deutschen Bundestags, seiner Zustimmung zu den Afghanistan-Einsätzen, seiner Rolle als ehemaliges Aufsichtsratsmitglied bei Krauss-Maffei Wegmann, seinen Besuchen bei Reservistenverbänden und Rüstungsbetrieben wie Eurocopter Kassel und den Zusammenhang zur DGB-Satzung sagte er erwartungsgemäß nichts: *»Der Bund und die in ihm vertretenen Gewerkschaften (...) treten für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein.«*

Mitte April bekamen die drei Kollegen annähernd gleich lautende Briefe vom IGM-Vorstand in Frankfurt. Darin wird Ihnen eine Rüge erteilt. Bis zum 30.6.2013 werden sie von allen gewerkschaftlichen Funktionen und Versammlungen ausgeschlossen. Im »Wiederholungsfall« wird ihnen der Gewerkschaftsausschluss angedroht.

Dieses Vorgehen des IGM-Vorstands entspricht der Linie, in der auch in Berlin gegen die Daimler-Kollegen vorgegangen wurde. Dass die Kollegen nicht ausgeschlossen werden kann als ein Teilerfolg der öffentlichen Unterstützung gewertet werden. Die verhängten Repressionsmaßnahmen zeigen dennoch die inhaltliche Schwäche des Apparats und seine Angst, mit der Standort- und Co-Managementpolitik in gefährliche Gewässer zu geraten, wenn das Export-Strohfeuer zu Ende geht und die Krise in Deutschland voll durchschlägt.

Von Seiten der Unterstützer wird versucht, mit einem offenen Brief, das Thema weiterhin in der Gewerkschaftsöffentlichkeit zu halten. Bei der Kasseler Mai-Kundgebung mit Michael Sommer als Hauptredner wurden gleich gestaltete Transparente zu den Themen »Tarifeinheit« und Streikrecht, Co-Management und Gewerkschaftsausschlüsse getragen. Die Fragen nach innergewerkschaftlicher Demokratie, Interessenvertretung, Standortpolitik und internationaler Solidarität müssen immer wieder aufs Neue konkret gestellt werden. ■

Die Verzichtspolitik des IG-Metall-Betriebsrats vertieft die Spaltung unter den Beschäftigten



Die Konflikte zwischen dem IGM-Betriebsrat und den Alternativen Metallern verlaufen entlang den aus anderen Daimler-Werken, Betrieben der Automobil- und Metallindustrie in Deutschland bekannten Linien.

Das Entgeltrahmenabkommen, Era sollte eigentlich eine Vereinheitlichung und Aufhebung der Unterscheidung Arbeiter und Angestellte in einer Lohn Tabelle sein. Durch Neubeschreibung der Aufgabenprofile werden erheblich mehr Tätigkeiten schon in den niedrigen Profilen integriert. Dadurch wurden die »alten« Aufgabenprofile deutlich abgesenkt. Die Kollegen fühlen sich herab gesetzt und vorgeführt. Die Belegschaft wurde gespalten in Gewinner und Verlierer. Auch haben die Kollegen das Problem, dass Sie die Durchführung höherwertiger Tätigkeiten nachweisen müssen. Neue Kollegen werden wohl nicht mehr auf die, den »alten« Kollegen zugestandenen Aufgabenprofile kommen. Die Unternehmensleitung versucht bei neuen Fertigungen die Arbeitsorganisation in den Bereichen dahingehend abzuändern, dass eine Zuordnung auf die Aufgabenprofile der »alten« Fertigung nicht mehr zum Tragen kommt. Da die Zuordnungen der Kollegen von ihnen als sehr willkürlich empfunden wird, ist ERA ein sehr emotionales Thema.

Die »Zukunftssicherung 2012«, »ZuSi 2012«, ehemals »Erpresswerk« umfasst einen Maßnahmenkatalog, der im August 2004 im Rahmen der Wettbewerbsverbesserung zwischen Gesamtbetriebsrat und Unternehmensleitung ausgehandelt wurde. Hier wurden etliche Punkte geregelt, die eine Verbesserung im Wettbewerb für das Unternehmen bringen sollten. So wurden z.B. der Dienstleistungstarifvertrag (DLTV) und die Personaldrehscheibe DMove eingeführt. Bei DMove werden Auslerner und Neueingestellte eingesetzt und erhalten nur einen Pauschalloon. Dort verbleiben Sie 24 Monate und können überall eingesetzt werden. Weiter wurde eine 80/20-Quote für die Übernahme der Auslerner vereinbart, d.h. 20% der Auslerner bekommen nur einen Zeitvertrag für 12 Monate. Weitere Punkte sind TIB und sonstige Lohnbestandteile, Erhöhung der 18% Quote der Überschreiter der Wochenarbeitszeit (dies wurde im Manteltarifvertrag geregelt) usw.

TIB, Tarifynamischer individueller Besitzstand, ist der Bestandteil des Lohnes, den man dann bekommt, wenn der Lohn nach ERA eigentlich niedriger ist, als der bis zu Einführung von ERA alte erhaltenen Lohn. Durch die Einführung von ERA durfte keine Kollege weniger erhalten als vorher. Da der TIB aber nur bis zum Jahresende 2011 ab-

gesichert ist, müssen nun GBR und Unternehmensleitung darüber verhandeln, wie man in Zukunft mit dem TIB weiter verfährt. Nach Tarifvertrag wird der TIB wie ein Verdienstauegleich behandelt. Sollte es zwischen GBR und UL keine Einigung geben, wird dieser TIB über 4 Jahre abgebaut. Daher kommt die Aussage »Weniger mehr«, denn die Kollegen die früher die gleiche Entlohnung hatten, werden nun durch den TIB später unterschiedliche Entlohnung haben, weil ihnen der Lohnzuwachs entgeht.?

Vergütungsmodelle 1, 2 und 3. Mit ERA und der »ZuSi 2012« wurden die Kollegen in verschiedene Modelle der Entlohnung eingeteilt. Alle Kollegen, die am Tage des Abschlusses der »ZuSi 2012« bei Daimler beschäftigt waren, wurden in die VM 1 + 2 gesteckt. Im VM 1 befinden sich die »Direkten«, also Kollegen, die an den Bändern oder Maschinen und Anlagen arbeiten. Im VM 2 sind alle Indirekten, also »unproduktiven«, d.h. Angestellte, Instandsetzer, Meister oder Logistikttätigkeiten am Band, . Alle nach dem August 2004 ins Unternehmen gekommen Kollegen werden ins VM 3 gesetzt. Die Vergütungsmodelle unterscheiden sich durch die Zusammensetzung der Bestandteile der Entlohnung:

Das VM 3 ist am schlechtesten. Es besteht aus den Bestandteilen tarifliches Grundentgelt (TGE), tarifliches Leistungsentgelt (TLE) und übertarifliche Zulage (ÜTZ). Das VM 2 hat dazu noch den TIB, während das VM 1 keine ÜTZ hat, aber dafür das betriebliche übertarifliche Grundentgelt (BGE), das betriebliche übertarifliche Leistungsentgelt und den TIB. Für Kollegen, die im DLTV beschäftigt sind, entfällt im VM 3 die ÜTZ.

Darüberhinaus bekommen alle nach dem 31.12.2006 eingestellten Kollegen 8% weniger als Ihnen nach dem ERA-Tarifvertrag zusteht.

Der Dienstleitetarifvertrag, DLTV, wurde eingeführt damit Aufgaben und Tätigkeiten im Konzern erhalten bleiben, die von Fremdvergabe bedroht waren. Im DLTV werden die Wochenarbeitsstunden auf 39 Std. hochgesetzt, bis 130 Std. Mehrarbeit und in der Spätschicht werden keine Zuschläge bezahlt. Durch ERA wurde gerade der Bereich des DLTV sehr schlecht eingeordnet.

Der DLTV war eine Möglichkeit Arbeit billiger zu gestalten. Darüber hinaus gab es noch die Möglichkeit, bei Personalbedarf 4 % der Produktionsmitarbeiter als Befristete und 4 % als Leiharbeiter anzuheuern. Diese 4 %/ 4 % Quote war im Konzern an eine maximale Höchstzahl an Beschäftigten gekoppelt. Es durften nur 2500 solcher Beschäftigten im Konzern eingestellt werden. Der vorzeitige Ausstieg aus der Kurzarbeit wurde vom GBR mit der Aufgabe dieser 4 %/4 % Quote und der Obergrenze erkaufte. Ab ca. Mai/Juni 2010 durften 8 % Leiharbeiter ohne Obergrenze eingestellt werden (ca. 9500 Beschäftigte). Zwar erhalten die Leiharbeiter den gleichen Pauschalloon wie die Kollegen in DMove, aber sie haben schlechtere Schichtzulagen und Urlaubsgeld. Auch eine Ergebnisbeteiligung und das Jubiläumsgeld steht ihnen nicht zu.

Trotz der Einführung des DLTV gab und gibt es noch Bereiche in der Logistik, die von Fremdvergabe bedroht sind. Das Unternehmen versucht weiter, obwohl dies durch den DLTV eigentlich ausgeschlossen ist, Fremdvergabe voranzutreiben. Es gibt innerhalb des »Controllings« Teams, die nachrechnen, ob »selber gemacht« oder aber »zugekauft« werden soll (»make or buy«). ■

POLIZEI
STÄRKEN!
DAFÜR STEHT
CHRISTOPH AHLHAUS

GERADE JETZT **CDU**

Positiv denken.
Positiv handeln.

KATJA
SUDING

www.fdp-hh.de

PIRATEN
PARTEI

ANJA HAJDUK
MIT MIR KANN
HAMBURG RECHNEN

SPD

Hartz IV
muss
endlich
weg!

Zur Wahl in Hamburg 2011

Klarheit

Im Unterschied zu den Landtagswahlen in drei Bundesländern war im »Bundesland« Hamburg, die Bürgerschaftswahl, die mit Landtagswahlen gleichzusetzen ist, nicht von der japanischen Atomkatastrophe beeinflusst, weil sie vorher lag – am 20. Februar 2011. Diese Bürgerschaftswahl war stattdessen von den 10 Jahren Landespolitik zuvor, die von der CDU bestimmt war, beeinflusst. Denn die SPD ging aus der Wahl als absoluter Sieger mit einem Stimmenanteil von 48,4 Prozent hervor. Sie löste die CDU, die nur noch 21,9 Prozent der Wählerstimmen erhielt, als Regierungspartei ab. Selbst sogenannte »Urgesteine der SPD« waren so verblüfft über das deutliche Ergebnis, dass sie von einem »Wunder der absoluten Mehrheit« sprachen (HA, 19.3.11). Wie ist diese im Unterschied zu den Wahlen in den anderen Bundesländern deutlichere Hinwendung der Wähler zur Sozialdemokratie zu erklären? Haben die Sozialdemokraten in Hamburg in den Augen der Wähler so vieles besser gemacht als in anderen Bundesländern? Nein, die Erklärung finden wir eher, wenn die Politik der CDU in den letzten Jahren verfolgt wird.

Der CDU liefen die Wähler davon

Im Jahr 2001 trat die CDU mit Ole von Beust als Bürgermeisterkandidaten an, sie erhielt 26,2 Prozent der Stimmen und erreichte mit Hilfe der rechtspopulistischen Schill-Partei die Sessel der Macht. Drei Jahre später, 2004, erreichte sie mit 49 Prozent (389.000 Stimmen) die absolute Mehrheit der Mandate. In 2008 erhielt sie noch 331.100 Stimmen. Bei der jetzigen Wahl erhielt sie nur noch 157.000 Stimmen und 28 von 121 Mandaten insgesamt.

Dieser drastische Rückgang innerhalb von sieben Jahren sollte auf einem Partei-Forum nach der letzten Wahl diskutiert werden. Es wurde von dort berichtet, die einen wollen zurück zu konservativen Werten, die anderen halten an der von Ole von Beust vertretenen Idee der »liberalen Großstadtpartei« fest. Es wurde der Rücktritt Ole von Beusts zur falschen Zeit bemängelt. Beim Wähler stieß auf, dass ihm in seinem Alter von 55 Jahren bereits die Pension nach seinem vorzeitigen Rücktritt vom Amt gewährt wird – während diese Wasserprediger den Sozialversicherten die Rente mit 67 Jahren verordnen. Außerdem wurde der Versuch, die Schulreform für ein längeres gemeinsames Lernen mit der CDU durchzusetzen, von den Anwesenden kritisiert. Für die Reform hatte sich vor allem Exbürgermeister von Beust eingesetzt. »In der eigenen Familie gab es viel Kritik – aber wir sind ihm treu und brav gefolgt«, sagt CDU-Wahlkämpfer Adickes dem Hamburger Abendblatt. (10.02.11) Anders verhielt sich die wohlhabende CDU-Klientel der Elbvororte. Sie kündigte dem Bürgermeister das Treueverhältnis und

organisierte mit dem Rechtsanwalt Scheuerl den Volksentscheid gegen die Gesetzesvorlage der Schulreform. Mit der Aktion verhinderte sie deren Verabschiedung in der Bürgerschaft. (siehe in Arpo Nr. 1 u. 4, 2010) Weitere Gründe, weshalb die Wähler der CDU davonliefen, waren die Skandale um die hamburg-schleswig-holsteinische Landesbank, der HSH Nordbank und den Bau der »Elbphilharmonie«.

Die Politiker werfen den Bankern und Spekulanten vor, verantwortungslose Kreditgeschäfte betrieben und dadurch die Finanzkrise ausgelöst zu haben. Der Vorwurf gilt auch den Vorständen der HSH.

Die Politiker aller Parteien eint mit der Mehrheit der Bevölkerung die gemeinsame Vorstellung, dass die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme innerhalb des bürgerlich-kapitalistischen Systems lösbar seien. Ihre Differenzen tragen sie mit vordergründigen Argumenten aus. Die Mechanismen des anarchischen kapitalistischen Wirtschaftssystems nehmen die Politiker nicht zur Kenntnis. Die Banken geben Kredite auf unberechenbare Kapitalmärkte. Allgemein war bekannt, dass mehr Kapital und Geld zur Anlage drängte, aber es gab keine ausreichende Nachfrage in der sogenannten Realwirtschaft. Daher stiegen die Banken ins risikobelastete Kreditgeschäft ein. Wenn die eine Bank davor zurückschreckte, ging der Kunde zur nächsten, und der Aktionär verkaufte seine Aktie, um beim anderen Institut eine höhere Dividende zu erhalten.

Der Finanzsenator Michael Freytag (CDU) war im Aufsichtsrat der HSH-Landesbank, wie auch sein Vorgänger. Sie verfügten über den Behördenapparat, um die Geschäfte der Bank ausreichend zu prüfen. Sie, die uns glauben machen wollen, die Märkte schaffen zu aller Nutzen das wirtschaftliche Gleichgewicht, erlebten die Finanzkrise als einen Tsunami, diese Wahrnehmung der ökonomischen Entwicklung teilten (und teilen immer noch) sie mit den Politikern der anderen Parteien: Frau Simonis von der SPD: »Wir waren besoffen vom Erfolg« (FAZ, 19.4.11). Freytags Tätigkeit als Finanzsenator war ausgefüllt mit der Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Krise der HSH.

Der Kritik und seines Amtes müde gab Freytag vor ca. einem Jahr sein Amt auf und kehrte der Politik den Rücken. Sein Nachfolger Carsten Frigge legte nach kurzer Zeit sein Amt nieder, da ihm Unsauberkeiten vorgehalten wurden aus seiner vorherigen Tätigkeit bei der Einwerbung von Spenden für die CDU.

Der Bau der Hafencity wurde 1997 unter Bürgermeister Voscherau (SPD) von der Bürgerschaft beschlossen. Die nicht mehr benötigten Hafenanlagen und Hafenbecken boten sich als Neubaugebiet nach dem Londoner Vorbild an.

Unter dem CDU-Senat mit Ole von Beust als Bürgermeister wurde der Ausbau vorangetrieben. Über die gesamte Fläche ist für Wohnen ein Drittel, für Büros und Gewerbenutzung die Hälfte und der Rest für Wissenschaft, Kultur und anderes vorgesehen. Doch auch hier stößt die Wachstumsideologie wenigstens bei den Büroflächen an die Schranke der Nachfrage, »denn in ganz Hamburg stehen 1,1 Millionen Quadratmeter Büroflächen leer – und weitere Bürogebäude sind in Planung« (FAZ, 24.9.10). Die Stadt hatte sich vertraglich verpflichtet, unvermietete Flächen selbst zu mieten. Die Wirtschaftsbehörde soll nun in die Hafencity umziehen, zu deutlich höherem Mietzins als sie bisher zahlen musste.

Öffentlich wirksamer war der Skandal um die ständig steigenden Kosten des Prestigebaus in der Hafencity: die Elbphilharmonie. Allein zwischen Oktober 2006 und November 2008 stieg der Baukostenanteil der Stadt von 114,1 Millionen auf 323 Millionen EUR. Die Gesamtkosten erhöhten sich im selben Zeitraum von 241,3 auf 503 Millionen Euro. Weitere Mehrkosten werden bereits angedeutet und beschäftigen jetzt nach der Wahl die Anwaltskanzleien. Verschiebung der Termine der Fertigstellung des Baues, Baumängel, Kompetenzstreitigkeiten aufgrund einer unprofessionellen Vertragskonstellation, das alles nagte vor allem am Image der CDU.

Als dann von Beust im Mai 2010 vor dem Richtfest der Elbphilharmonie auch noch Einsparungen der Stadt über 1 Mrd. Euro ankündigte, und später der schwarzgrüne Senat ein Sparpaket unter dem Beust-Nachfolger Ahlhaus von rund 480 Mill. Euro öffentlich machte, kam es zur Demonstration, einer Menschenkette von der Elbphilharmonie bis zur Finanzbehörde. Zu dem Zeitpunkt, Sommer 2010, hatte die CDU in Hamburg abgewirtschaftet, Ole von Beust kündigte seinen Rücktritt an. Die SPD, die in den Jahren zuvor ihre industrielle Stammwählerschaft durch den Strukturwandel in der Stadt verloren hat, profitierte nun von Wechselwählern, die sich von der »Großstadtpartei CDU« (das war im Grunde die Person Ole von Beust) wieder abwendeten. Nicht die SPD als Partei mit Programm, sondern der solide und verlässliche Rechtsanwalt Olaf Scholz war nun die attraktivere Wahl.

Der Zulauf zur SPD

Olaf Scholz, der neue Bürgermeister der Hansestadt, stellte mit dem SPD-Regierungsprogramm die Leitlinien der zukünftigen Senatspolitik vor: »Im Mittelpunkt steht unsere Strategie des Konsolidierens und Investierens.« Der Haushalt der Stadt soll bis zum Jahre 2019

strukturell ausgeglichen werden und ab dann sollen keine Schulden mehr gemacht werden. (Schuldenbremse) (Der folgenden blaue text ist umstritten: manfred würde ihn verkürzen, ich möchte ihn möglichst behalten) Die CDU stellte in ihrem Wahlprogramm die Haushaltskonsolidierung in ähnlicher Weise dar. Sie wollte das Ziel nur noch eher als die SPD erreichen. Seit über zwei Jahrzehnten vor jeder Wahl wurde dieses Versprechen von den Politikern verkündet, doch die Produktionsweise macht ihnen immer wieder einen Strich durch ihre vorgegebenen Entlastungsvorschläge. So hat die Finanz- und Wirtschaftskrise der CDU als Regierungspartei, die weniger neue Schulden machen wollte, die guten Vorsätze versalzen. Der schwarzgrüne Senat beschloss noch 2010 ein Milliarden-Rettungspaket für die HSH-Nordbank und beteiligte die Stadt an die ins Schlingern geratene Reederei Hapag-Lloyd.

Angesichts des Haushaltsdefizits, der Schulden der Stadt von 28 Mrd. Euro, der jährlichen Zinsen von 1 Mrd. Euro und der Bürgerschaft für die ausgelagerten Risikopapiere der HSH Nordbank hatte der CDU-GAL-Senat im Sep-

tember 2010 einen Entwurf für den Doppelhaushalt 2011/12 vorgelegt. Danach sollten jährlich 510 Mrd. Euro eingespart werden. Der Haushalt wurde jedoch nicht mehr von der Bürgerschaft verabschiedet, weil die GAL die Koalition mit der CDU verließ. Die CDU war somit in der Bürgerschaft in der Minderheit. Deshalb kam es zur vorzeitigen Neuwahl im Februar 2011.

Olaf Scholz als Bürgermeister mit der SPD-Mehrheit in der Bürgerschaft bleibt in seiner Politik ungebremst von ökologischen Kompromissen mit der GAL.

Olaf Scholz wird seine propagierte Standort- und Wachstumspolitik beginnen umzusetzen. Dafür hatte er sich vor der Wahl den Präses der Hamburger Handelskammer, Frank Horch (parteilos), als zukünftigen Wirtschafts-senator auserkoren. Horch war als Präses der erste Vertreter der Hamburger Privatwirtschaft. »Herr Horch ist der beste für diese Position, ich stehe zu meiner Personalentscheidung«, zitiert die taz Olaf Scholz (14. 01. 11). Schon vorher hatte der Beust-Nachfolger Christoph Ahlhaus bei Horch angefragt, ob er für die CDU antreten würde. Der Präses der Handelskammer, damit quasi der entscheidende politische Repräsentant der Hamburger Wirtschaft, entschied sich für die SPD, für den bodenständigen, verlässlichen Rechtsanwalt Olaf Scholz. Somit ging die SPD mit einem soliden Angebot an die konservativen, bisher an die CDU gebundenen Wirtschaftskreise in den Wahlkampf.

Die Scholz-SPD-Regierung will die Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens zu den konkurrierenden Häfen stärken, indem der Senat der Hafenwirtschaft keine überhöhten Gebührensätze abfordert, und die Stadt die Infrastruktur des Hafens als öffentliche Aufgabe finanziert. Damit beendet er die CDU/GAL-Politik »Hafen finanziert Hafen«. Ein bis heute ungelöstes Problem ist die von der Wirtschaft massiv geforderte Elbvertiefung, der neue Wirtschaftssenator Horch ist ein vehementer Unterstützer dieser Forderung, Scholz ebenfalls. Wachstum bedeutet mehr produzieren, mehr Güter umschlagen, das führt bei gesättigten Märkten zur weiteren Verschärfung des Konkurrenzkampfes unter den Akteuren.

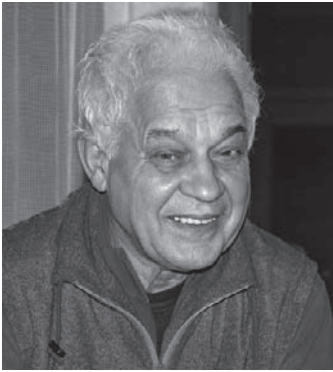
Die neue Rolle von Horch beschreibt sein Nachfolger in der Handelskammer, F.H. Melsheimer: »Auf jeden Fall hat die Wirtschaft mit Frank Horch als Senator eine historisch einmalige Chance« (8HA, 5.3.11). Die hier prognostizierte Chance für »die Wirtschaft« wird Konsequenzen haben für die Sozialpolitik dieses Senats.

Nach der Wahl:

Der neue Fraktionsvorsitzende der CDU sagte, Olaf Scholz agiere »autokratisch«. Wir bezeichnen sein politisches Handeln als »Präsidial«, im Sinne von: auf den Vorsitzenden ausgerichtet, von ihm ausgehend.

Die Hamburger SPD, deren Flügel untereinander zerstritten sind, führende Funktionäre gegeneinander intrigieren, einigte Scholz mit dem Führungsanspruch: Wer bei ihm Führung einfordere, bekomme sie auch«. Seine persönliche Auswahl des Handelskammerpräsidenten Horch zum Wirtschaftssenator und der der Kultursenatorin Kisseler waren zuerst bekannt gemacht worden. Die übrigen Senatskandidaten wurden erst benannt und gewählt, nachdem Scholz sich drei Wochen vorher zum Bürgermeister hat wählen lassen, dies bezeugt sein »präsidiales« Verhalten. Seine vorgezogene Wahl sicherte er so gegen Querschüsse aus der eigenen Partei ab. Denn die Mehrheit der SPD in der Bürgerschaft beträgt 2 Mandate. Inzwischen hat der von der SPD gebildete Senat seine Arbeit aufgenommen, erste Konflikte mit den Interessengruppen, deren Gelder reduziert werden sollen, bahnen sich an. Darüber in Kürze mehr.

Hamburg, 2.5.2011 ■



In seinem Abschiedsbrief schrieb Wolfgang: *»Ich habe ein reiches Leben hinter mir und wem solch ein Leben zuteil wurde, der sollte auch leicht sterben. Ich kürze ein wenig ab, bevor das Leben anfängt keinen Spaß mehr zu machen... Ich sterbe in dem Bewusstsein, dass ich ein buntes farbiges Leben verbringen durfte.«*

Wolfgang spürte seine Krankheiten und die Zeichen des Alters und wollte auf keinen Fall *»entmündigt und geistig umnachtet in einer Deponie für alte Menschen«* enden. Er, der hilfsbereit und für alle Genossen Zeit aufwandte, wollte nicht in die Rolle des Hilfsbedürftigen geraten. So setzte er seinem Leben am 26. Januar ein Ende.

Er wuchs in einer Familie auf, die Sympathie mit dem Nazi-Regime hatte. Obwohl sein Großvater wegen einer schweren Bauchverletzung aus dem 1. Weltkrieg bettlägerig war und vor Schmerzen schrie, wenn das Wetter wechselte, meldete sich sein Vater freiwillig zur Wehrmacht und fiel 1941 nach dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion vor Moskau. Das änderte nichts an der Sympathie der Mutter für das Nazi-Regime, von dem sie zeitlebens schwärmte, man habe damals angeblich als Frau nachts unbehelligt durch die Straßen gehen können. Seine Mutter war der Auffassung, Wolfgang solle später auch Soldat werden, und steckte ihn in ein Militärwaisenhaus, in denen den Kindern mit Prügeln, Drill und Demütigungen die Nazi-ideologie eingepflegt wurde. 1945 floh die Familie – die Mutter hatte wieder geheiratet – aus der Lausitz nach Westen, wo sie östlich von Hamburg in einem Dorf in einem Häuschen Unterschlupf fanden: sechs Personen in zwei kleinen Dachkammern, kein eigenes Bett, Wasser aus der Pumpe, im Winter aus dem Bach.

Mit dem Stiefvater ging es nicht gut. Schule gab es zunächst nicht, da der Lehrer Nazi gewesen war und nicht unterrichten durfte. 1947 dann Zwergschule, später dann im Nachbarort Besuch einer Art Mittelschule. Dort hatte er das Glück auf zwei Lehrer zu treffen, die für sein Leben prägend sein sollten: Einen Kunst- und einen Musiklehrer. Der Kunstlehrer schloss ihm das geheimnisvolle Reich der Kunst auf, Wolfgang begriff, dass Kunst eine Welt in uns sein kann, frei von den materiellen Zwängen des Lebens und doch mit diesem verbunden. Dieser Kunst öffnete er sich und blieb ihr sein Leben lang treu. Der Kunstlehrer öffnete ihm die Augen, der Musiklehrer die Ohren. Dieser nahm die Schüler mit nach Hamburg in die Staatsoper und Wolfgang begriff, dass Musik eine Sprache ist, keiner anderen vergleichbar, mit der es möglich ist, Empfindungen auszudrücken, für die die Sprache keine Worte besitzt. Kunst wurde für ihn zum Lebensinhalt und zur Möglichkeit gegen die oft bittere Realität eine eigene Welt zu er-

schaffen. Er entdeckte sein Talent zur Malerei und fing an zu malen.

1954 begann er eine Druckerlehre in Hamburg, was bedeutete seiner Familie zu entkommen. Er konnte von den 70 Mark Lehrlingsgeld eine kleine Abstellkammer in HH-Bergedorf beziehen. Täglich fuhr er mit der S-Bahn nach Rothenburgsort und ging von dort mit Rolf, einem befreundeten Lehrling, die 45 Minuten durch die Trümmerwüste, die der Bombenkrieg hinterlassen hatte, zu Fuß in den Betrieb auf der Veddel. Das war die GEG, eine gewerkschaftseigene Druckerei der Konsumgenossenschaften, mit über 600 Kollegen ein Großbetrieb, gewerkschaftlich organisiert. Viele dort waren Sozialdemokraten, viele waren im Krieg, einige im KZ gewesen, zum Teil erst vor kurzem aus der Gefangenschaft heimgekehrt.

Wolfgang traf dort auf den Drucker Josef »Pepp« Bergmann, der später Betriebsratsvorsitzender wurde und sich nicht freistellen ließ. Was ihm die beiden Lehrer auf der Schule für den Zugang zur Kunst und Musik bedeuteten hatten, wurde Pepp für den Zugang zur Politik. In seinem Nachruf auf Pepp erzählt Wolfgang: *»Meine erste Begegnung mit Pepp war, als ich durch Unachtsamkeit eine Maschine in die »Grütze« gefahren hatte. Das mag wohl im ersten Lehrjahr gewesen sein und ich hatte Schiss, dass die Firma meinen Lehrvertrag kündigen könnte, wegen erwiesener Unfähigkeit, den Druckerberuf zu erlernen. Ich wandte mich an Pepp, vermutlich, weil ich spürte, dass er der einzige war, der mir helfen würde. Er schickte sofort einen Kollegen zum Meister in den Glaskasten, um ihn abzulenken, damit er nicht zu uns herüber sah, holte einen Vorschlaghammer und brachte damit die Maschine wieder zum Laufen, die lief jetzt etwas anders und machte zudem Geräusche, wie vorher nicht, und dann sagte er zu mir: ‚Tu so, als wenn nichts gewesen ist, und wenn sie was merken, dann stellst du dich dumm – dürfte dir doch nicht schwer fallen.‘ Er hat nie wieder darüber geredet. Das hat mich schwer beeindruckt, deshalb habe ich diesen Vorfall in Erinnerung behalten.«*

Mit der Zeit begriff Wolfgang, dass die Gesellschaft eine Klassengesellschaft ist und dass er zur Arbeiterklasse gehört. So wie die Kunst wurde Klassenbewusstsein seine zweite Natur. Und die Politik kam dazu: 1956 nach dem Nato-Beitritt Westdeutschlands wurde die Bundeswehr wieder gegründet. Es gab einen massiven Aufschrei und riesige Demonstrationen, die ganze Belegschaft der GEG-Druckerei marschierte auf den Rathausmarkt. Von da an war Wolfgang dabei: ab 1957 in der Bewegung »Kampf dem Atomtod« (gegen die Pläne, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten), dann in der Ostermarschbewegung. Ende der 50er Jahre traf er dabei auf Renate, die bei den »Falken« Mitglied war und später seine Frau wurde. Renate wurde zum wichtigsten Menschen in seinem Leben, sie vertraute ihm und mochte ihn so, wie er war. Sie waren fortan unzertrennlich, nicht nur privat, auch politisch, beide kamen zur »Gruppe Arbeiterpolitik«, auf Demos und Ostermärschen sah man sie immer gemeinsam – zwischen Privat und Politik gab es keine Trennung. 1965 kam Katrin zur Welt und von nun an waren sie zu

dritt. »Für uns war klar, wir sind jetzt zu dritt und du, Katrin, nimmst jetzt an unserm Leben teil.«

Wolfgang war ungeheuer wissbegierig; unruhig, rastlos, wie er war, zog es ihn immer wieder auf Reisen. Nachdem er mit Bestnoten seinen Gesellenbrief bekommen hatte, fuhr er zusammen mit zwei Lehrlingsfreunden von der GEG mit dem Fahrrad durch Deutschland und Frankreich; ein Jahr später, die drei hatten wieder gekündigt (es war damals, als die Arbeitskraft Mangelware war, ein Leichtes, wieder eine Stelle zu bekommen) dreieinhalb Monate mit dem Rad durch Österreich, Jugoslawien, Griechenland bis in die Türkei. Für seine beiden Begleiter, Rolf und Klaus, war Wolfgang der Motor, der Kompass, er wusste an jedem Ort, welches Museum, welche Sehenswürdigkeit angelaufen werden musste. Nebenher malte er Aquarelle und hielt seine Eindrücke fest.

Später, mit der Familie, schafften sie sich ein Faltboot an und von da an war kein Fluss oder See in Europa mehr sicher vor ihnen. Rad-, Paddel-, Wandertouren: Im Zelt und ohne viel Geld wurde die Welt erobert.

Ende der 50er Jahre kam er über Pepp näher zur Gruppe »Arbeiterpolitik«, deren Treffen vorwiegend politische Abende mit Heinz Brandler waren: Geschichte der Arbeiterbewegung, die Geschichte der kommunistischen Bewegung, die Auseinandersetzungen in den 20er Jahren, die Geschichte der Sowjetunion, politische Ökonomie: Schulung auf höchstem Niveau. Als Brandler nach einer Operation ins Pflegeheim kam, wo es ihm nicht gutging, übernahm Wolfgang die Pflege, bis Brandler wieder soweit gehen konnte, dass er nach Hause zurück konnte. Brandler erzählte ihm bei Rotwein seine Lebensgeschichte, zum Beispiel wie er nach einem zwölfstündigen Arbeitstag noch zwei Stunden zu Fuß marschierte, um einer Rede von Engels zuhören zu können. Solche Geschichten prägten sich ihm ein. Die Episode mit Brandler war typisch für Wolfgang: Wo Hilfe nötig war, war er zur Stelle, was getan werden musste, tat er. Solidarität war für ihn kein Wort, sondern Lebensprinzip.

Mit fünf, sechs anderen Genossen gehörte er zu den wenigen, die in der wirtschaftlichen Aufschwungphase Westdeutschlands in der Gruppe Arbeiterpolitik politisch überwinterten, als die Arbeiter einen Lebensstandard erwerben konnten, der in der Geschichte beispiellos war und der sie unpolitisch und individualistisch werden ließ. Erst Ende der 60er, Anfang der 70er stießen wieder junge, politisch Interessierte aus der Studenten- und Lehrlingsbewegung zur Gruppe. Für viele, die bis dahin an der Uni theoretisch über Arbeiterklasse diskutiert und im Grunde keine Ahnung hatten, war Wolfgang auf einmal jemand, der Arbeiter war, der wusste, was »Klassengesellschaft« bedeutete und der ihnen die kompliziertesten Zusammenhänge einfach und praktisch erklären konnte. Theoretische Diskussionen und Höhenflüge im praxisfernen Raum waren nie Wolfgang's Sache, für ihn mussten sich Theorien in der Praxis bewähren oder sie blieben eben Theorie. Dabei war er aus der Kenntnis des Bewusstseins der Kollegen im Betrieb und der Gewerkschaft immer skeptisch und den optimistischen Glauben an eine baldige revolutionäre Veränderung,

den viele mitbrachten, teilte er nie. Wenn er mal mit Pepp stritt, dann darüber. Missionar zu sein lag ihm fern, trotzdem war auch er enttäuscht über die Entwicklung in den letzten Jahren, besonders nach 1990, dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder. Dass dadurch die Chancen für eine revolutionäre Bewegung wachsen würden, wie manche meinten, diese Hoffnung hatte er nicht. Auch wenn er versuchte, sich das nicht anmerken zu lassen, sein gelegentlich aufblitzender Zynismus sprach für sich.

In den 70er Jahren konnte die Bremer Gruppe den Druck der Zeitung nicht mehr bewältigen, so übernahm Hamburg die Aufgabe. Von nun an war Wolfgang nicht nur Drucker im Betrieb, sondern auch der Drucker der Gruppe, bis in die 90er, als wir die Zeitung in Lohndruck herstellen ließen. Das bedeutete oft nächtelange Arbeit oder Arbeit an Wochenenden, natürlich waren auch andere dabei, aber Wolfgang war der entscheidende Mann. Aber er druckte nicht nur unsere Zeitung und auch Broschüren, sondern war auch immer da, wenn Anfragen von außen kamen wegen Flugblättern z.B. Wolfgang war immer bereit, allerdings unter einer Bedingung: Es musste immer einer von denen dabei sein und mithelfen, die etwas drucken lassen wollten.



Josef Bergmann und Wolfgang Müller

Das war sein Prinzip: Ich helfe dir, aber du musst mitmachen, ich bin nicht dein Dienstmädchen. So verstand Wolfgang Solidarität: keine Almosen, sondern Unterstützung beim eigenen Tun.

Diese Solidarität galt auch bei Arbeitskonflikten, wenn es darum ging Kontakt aufzunehmen, sich zu informieren. 1993 besuchte Wolfgang die Kumpel vom Kalibergwerk in Bischofferode, die sich gegen den von der Treuhand und den westdeutschen Konzernen verordneten Kahl-schlag zur Wehr setzten. Wolfgang fuhr 1994 zu den Busfahrern nach Esbjerg, die gegen ihre Privatisierung streikten, wo ihm ein Polizeihund die Hose aufriss. Im selben Jahr nahm er an der Reise einer Gewerkschafter-delegation nach Batman in der Türkei teil und berichtete über den Staatsterror gegen die dortige kurdische Bevölkerung.

Ganz wichtig wurde für ihn der Krieg der NATO gegen Jugoslawien. Jugoslawien hatte er früher auf seinen Reisen sehr gut kennen und lieben gelernt und war dort immer wieder auf die Spuren der Nazibesatzung gestoßen, die die Bevölkerung terrorisiert und ermordet hatte. Nun wurde wieder ein Krieg gegen Jugoslawien geführt und wieder mit deutscher Beteiligung. Für ihn war klar sich an der Gewerkschafterinitiative »*Dialog von unten – Gegen Bomben von oben*« zu beteiligen und mitten im Krieg mit anderen Gewerkschaftern nach Belgrad und Kragujevac zu fahren und dort Kollegen zu treffen und ihnen davon zu berichten, dass nicht alle in Deutschland und nicht alle Gewerkschafter in Deutschland – entgegen der Unterstützung des Kriegs durch den DGB – mit dem NATO-Angriff einverstanden waren. In Deutschland berichtete er an mehreren Orten von seinen Erfahrungen und betreute die Gewerkschaftskollegen aus Serbien, als sie hierher zum Gebenbesuch kamen.

Als sich 2005 das »*Jour Fix der Gewerkschaftslinken*« gründete, war Wolfgang sofort dabei. Er verstand das Treffen als einen Ort, wo sich aktive Kollegen, die sich zur Wehr setzen und mit der Gewerkschaftsführung in Konflikt geraten, treffen und ihre Erfahrungen austauschen können. Er suchte den Kontakt zu jüngeren Berufstätigen. Dabei war ihm der Widerspruch bewusst, den es auszuhalten und zu verstehen gilt, dass die Gewerkschaften einerseits in ihrer Rolle als staatstragende Ordnungskraft und Partner des Kapitals selbstständige Aktionen der Kollegen abblocken, abwürgen, für die Interessen der Kollegen kämpfende Kollegen beiseite schieben und zur Not auch ausschließen; andererseits aber im Konflikt die

Kollegen die Gewerkschaft brauchen, in der direkten Auseinandersetzung mit dem Unternehmer wegen Kündigungen oder Schließung auf die Gewerkschaften angewiesen sind, ohne den Apparat und die Organisation hilflos sind. Hier verwies er auf seine Erfahrungen als Betriebsobmann im Kleinbetrieb, wo er ohne den Sachverstand der Gewerkschaftsfunktionäre die Auseinandersetzungen mit dem Unternehmer vor Gericht verloren hätte.

Mit dem Jourfix nahm er Kontakt auf zu der Belegschaft von Gate Gourmet in Düsseldorf, die sich gegen eine »Heuschrecke« zur Wehr setzte und wochenlang gegen die geplanten Verschlechterungen streikte; er fuhr nach Nordhausen zu den Kolleginnen und Kollegen von Bike Systems, die den Betrieb besetzten, als ein Privatinvestor – auch eine »Heuschrecke« – den Laden dichtmachte, und 1850 Fahrräder (»Strike Bikes«) produzierten. Und er war dabei, als Hafenarbeiter in Bremerhaven und Bremen als Folge der Wirtschaftskrise ab 2008 auf Niedriglohn gesetzt bzw. entlassen werden sollten, mit ver.di in der Rolle des Arbeitgebers.

1998 war Renate nach kurzer schwerer Krankheit gestorben, kurz nach Beginn ihrer lang ersehnten Rente. Das traf ihn mit voller Wucht, weil die Partnerin, mit der er alles teilte und der er alles mitteilen konnte, auf einmal fehlte. Hesses Wort »*Leben ist einsam sein*« galt nun auch für ihn. Immer wieder suchte er seinem »*Affenkäfig*«, zu dem ihm seine Wohnung geworden war, zu entkommen. Auf monatelangen Paddel- und Fahrradtouren durch Europa spannte er all seine Kräfte an, versuchte die Geschichte der Orte zu ergründen und zu erfassen und verarbeitete später mit Hilfe seiner Tagebucheinträge die Reiseindrücke zu wunderschönen Reiseberichten.

Malerei, Literatur, Musik blieben ihm daneben als Möglichkeit zum Überleben, mehr als je zuvor. Er hatte ein unglaubliches Wissen gesammelt, war über die Jahre zu einem hochgebildeten Menschen geworden, obwohl er sich selbst nur als »*halb gebildet*« bezeichnete. Dabei erfasste er die Kunst nicht nur vom Ästhetischen her, sondern jedes Kunstwerk war für ihn Geschichte des Lebens eines Autors, eines Malers, eines Musikers, Ausdruck des Könnens und Denkens und der Verhältnisse der jeweiligen Zeit. Er redete nicht von historischem oder dialektischem Materialismus, aber wenn man ihm zuhörte, dann waren es Vorträge auf einfache, verständliche Weise, in denen diese Denkweise Ausdruck bekam. Er hatte viel von einem Künstler, wäre aber viel zu bescheiden gewesen, sich als solchen zu bezeichnen. Sein sinnlicher Zugang zur Welt war auch in seinem politischen Auftreten zu spüren. ■